uz
unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung
Zeitung der DKP

www.unsere-zeit.de

Ende der Debatte

Der Abschluss in der Metallindustrie steht in den Büchern. Ein abschließender Beitrag der UZ-Debatte zur Tarifrunde von Achim Bigus.

Seite 3

Etwas ist anders

Vor den Wahlen in Israel: Protest gegen Netanjahu, linke Bündnisliste könnte drittstärkste Kraft werden.

Seite 6

Diskussionstribüne

Parteidebatte

Mit zwei Beiträgen der Theoretischen Konferenz setzen wir die Diskussion in Vorbereitung des 21. Parteitages der DKP fort.

Seiten 12 und 13

Zusätzlich finden Sie in dieser UZ als Beilage den Entwurf des Leitantrages an den 21. Parteitag. In den kommenden Monaten besteht die Möglichkeit, die Parteidebatte mit Beiträgen von maximal 4 500 Zeichen von Gliederungen der DKP, aber auch von einzelnen GenossInnen, zu unterstützen.

13. März 2015 · Nr. 11 · 47. Jahrgang PVSt K 4956 D · Entgelt bezahlt · **2,80 €**

Wann kommt die Flut?

EZB druckt Geld und hofft auf Inflation

Ein neues geldpolitisches Zeitalter bricht an, glaubt zumindest das *Handelsblatt*, und durch den Blätterwald geht die Erklärungswut – dem deutschen Sparer soll die Angst vor der Inflation erst vermittelt und dann genommen werden.

Anlass ist der diese Woche startende Ankauf von Staatsanleihen und Wertpapieren durch die nationalen Notenbanken. Das Geld kommt von der Europäischen Zentralbank (EZB), insgesamt sollen über 1 000 Milliarden Euro in Umlauf gebracht werden. Dieses als „Quantitative Easing“ bezeichnete geldpolitische Instrument soll bewirken, dass die Inflationsrate steigt und Mittel bei den Banken – von denen die Notenbanken die Staatsanleihen kaufen – frei werden.

Nur: An freien Mitteln hat es nie gemangelt. Allein das Geldvermögen privater Haushalte in Deutschland ist auf über 5 Billionen (5 000 Milliarden) Euro angewachsen, Pensionsfonds sollen weltweit sogar über 32 Billionen Euro angehäuft haben, in den Kriegskassen der Unternehmen wurden weitere 7 Billionen US Dollar an Geldreserven gehäuft. Das Aufhäufen von Geld ist nicht etwa der Vorliebe der Reichen zu verdanken, es lieber in Geldspeichern zu lagern oder darin zu baden, als es anzulegen. Die Billionen suchen in den letzten Jahren immer verzweifelter nach Anlagemöglichkeiten, um sich mehren zu können.

Dabei ist vor allem die Konzentration des Reichtums in einigen wenigen Händen ein Problem für die weitere Verwertung. Selbst EZB-Präsident Mario Draghi – früher beim Wertpapierhändler Goldman Sachs beschäftigt – plädierte aus Not für höhere Löhne, damit die Reichen das viele Geld nicht mehr ganz so schnell stapeln müssen und hier und da so etwas wie eine steigende Nachfrage gemessen werden kann.

Foto: J. Patrick Fischer (CC BY-SA 3.0)

Gebäude der EZB in Frankfurt

Der an den Lehren von John Maynard Keynes orientierte Ökonom Heiner Flassbeck hat es als Milchmädchenrechnung bezeichnet, dass in Deutschland immer noch Inflationsgefahren heraufbeschworen würden: „Mehr Geld ins System, und schon springt die Inflation aus dem Busch. Mehr als 30 Jahre hat die Deutsche Bundesbank, der letzte Hort eines wirklich unaufgeklärten Monetarismus in dieser Welt, den Politikern das Tag für Tag gepredigt.“ Völlig wirkungslos blieb die Geldpolitik der EZB allerdings nicht: Die Aktien stiegen bei Ankündigung des „Quantitative Easing“ wie auch bei Beginn der Ankäufe von Staatsanleihen. Nicht profitieren werden Länder wie Zypern oder Griechenland, deren Staatsanleihen fallen nicht unter das EZB-Vorhaben, solange sie als „Sanierungsfall“ eingestuft sind und nicht alle „Sparauflagen“ erfüllt haben.

In den USA sind bereits Erfahrungen mit „Quantitative Easing“ gemacht worden. 2,284 Billionen US Dollar wurden dort ausgegeben, 81,5 Prozent davon sind in den Geldkoffern von Privatbanken gelandet, bilanzierte die „Huffington Post“. Der große Wachstumsimpuls, der damit einhergehen sollte, blieb also aus, es ist aber durchaus eine wirtschaftliche Erholung erzielt worden. Lucas Zeise, Finanzkolumnist und Buchautor, erklärt dies dadurch, dass es in den USA gelungen sei, Vermögenswerte wie Aktien und Immobilien zu verteuern. „Der staatlich geförderte Spekulationsboom hat zu einer Erholung der US-Wirtschaft beigetragen. Und auch in England hat diese Politik des billigen Geldes zu einer Verteuerung von Aktien und Immobilien und in der Folge zu einer Anregung des Konsums beigetragen. Diese Absicht verfolgt auch EZB-Chef Draghi“, sagte Zeise gegenüber UZ. Die aktuell zu erwartenden Effekte seien aber geringer als in den USA oder in England.

Viel schlimmer als die Politik Draghis findet Zeise die Kampagne hierzulande, die sich gegen eine Ausweitung der Geldmenge, gegen niedrige Zinsen und gegen Inflation richte. „Die Finanzierung der Staaten durch die EZB ist keineswegs der Skandal, als der er hingestellt wird. Sie ist schlicht notwendig und sicher besser als die übliche Praxis der Finanzierung der Banken und großen Finanzvermögen durch die Notenbank.“, so Zeise.

Lars Mörking

Kai Degenhardt on tour

Konzerttermine

20. März 2015 Kaisheim, Kleinkunstbrauerei Thaddäus, 20.00 Uhr

21. März 2015 München, EineWeltHaus, 21.00 Uhr

24. März 2015 Düsseldorf, BiBaBuze, 20.00 Uhr

Bereits zum zweiten Mal macht sich die italienische Band Banda Bassotti auf den Weg in den Donbass, um ihre Solidarität mit der Bevölkerung und dem antifaschistischen Kampf auszudrücken. Nachdem sie zuletzt im Herbst in Lugansk und Rostow am Don spielten, gehen sie nun gemeinsam mit AntifaschistInnen aus Europa auf eine Tour rund um den 9. Mai, dem 70. Jahrestag des Sieges über den Faschismus. Nach der Reise werden die TeilnehmerInnen der Karawane in ihren Ländern über die Situation im Donbass informieren. Weitere Infos auf **news.dkp.de**

Zukunftsprojekt Eskalation

Merkel und Co. für Junckers EU-Armee

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker forderte am vergangenen Sonntag den Aufbau einer gemeinsamen europäischen Armee. Die Idee einer solchen Armee stammt noch aus den fünfziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts und wurde über die Jahrzehnte immer wieder von verschiedener Seite vorgetragen.

Sie blieb unwirksam, weil die Gründung der Nato sie überflüssig gemacht hatte. Die europäischen Streitkräfte waren in ihr vereinigt mit der entscheidenden Ergänzung, dass die USA als großer Bruder mit im Boot saßen – und zwar am Steuer, auf dem Ausguck und im Maschinenraum. Man war's zufrieden, man musste es zufrieden sein.

Jetzt jedoch findet Junckers Vorschlag viel Zustimmung aus den Reihen der Großen Koalition. Bundeskanzlerin Merkel ist offen für eine „vertiefte militärische Zusammenarbeit in Europa“, sagt aber, dass dies ein „Zukunftsprojekt“ sei, ohne konkreten Terminplan. Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier ist ganz SPD, für die „das langfristige Ziel einer europäischen Armee ein wichtiges politisches Anliegen und seit vielen Jahren Teil des Parteiprogramms“ ist – übrigens auch Teil der Koalitionsvereinbarung zwischen Union und Sozialdemokraten.

Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) wird blumig: „Wir waren vor 70 Jahren Todfeinde – und heute unterstellen wir uns mit den Niederlanden gegenseitig unsere Streitkräfte … Unsere Zukunft als Europäer wird irgendwann eine europäische Armee sein.“

Das hört sich alles sehr nach St. Nimmerleinstag an. Um etwas auf die lange Bank zu schieben, bräuchte es aber kaum so viele Erklärungen, vor allem nicht programmatische. Anlass und Stoßrichtung von Junckers Forderung ist der Konflikt mit Russland, wie Christine Buchholz von der Linksfraktion richtig feststellt. Und da ist er, wie sie richtig sagt, „ein Beitrag zur Eskalation, nicht zur Deeskalation“.

In der Behandlung des Konfliktes an der Ostgrenze der Nato sind die Unterschiede zwischen den Partnern diesseits und jenseits des Atlantiks deutlich geworden. Die Europäer und Deutschland an der Spitze fühlten sich hier vom großen US-Bruder des öfteren gegängelt und würden sich gern etwas freier schwimmen. Die Bundesregierung allemal – denken wir nur an die vielen öffentlichen Überlegungen zu „mehr Verantwortung und Eigenständigkeit“ in der Außen- und Sicherheitspolitik.

Die US-Administration hat das sehr wohl registriert – bestens informiert sind sie ja bekanntermaßen (Stichwort: Handy Merkel). Dass diese Seite keine Schlussfolgerungen zieht, ist auszuschließen. Von daher erklären sich auch die vorsichtigen Einlassungen von Merkel und Co.

Eins lässt sich festhalten: Die europäische Armee – mit möglichst großem deutschen und möglichst geringem US-Einfluss – ist gewollt, je schneller desto besser. Sie wird die Welt nicht sicherer machen. Und das vielleicht schneller als wir alle denken.

AR

Leipziger Buchmesse
Leipzig liest
12.–15. März 2015

Die UZ ist auf der Leipziger Buchmesse
Halle 5, Stand C403

Gastkolumne von Bernd Müller

Überaus sozial – überaus arm

Ein starkes Stück: Diejenigen, die heutzutage „die Alten“ pflegen, werden sich für ihren eigenen Lebensabend keine Pflege leisten können – bei Weitem nicht. Eher das Gegenteil wird der Fall sein. Wo ist da die Gerechtigkeit, wo ist da die angemessene Würdigung der geleisteten Arbeitsjahre? Aber sie werden nicht die Einzigen sein, wie eine Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung kürzlich zeigte: Auf Erzieherinnen und Erzieher trifft das Gleiche zu – auch sie werden „alt aus der Wäsche gucken“.

Sollten sich die heutigen Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht wesentlich ändern, so werden all die Fleißigen und Unermüdlichen in Krippen, Kindergärten und Pflegeheimen genau dann in kleinen Sozialbehausungen wohnen und sich bei den Warteschlangen der Tafeln einreihen dürfen, wenn sie eigentlich ihren Ruhestand hätten genießen sollen.

Eine Vollzeitbeschäftigung, die obendrein noch so gut vergütet wird, dass sie vor Altersarmut schützt, ist eine Seltenheit. Prekäre Arbeitsverhältnisse sind dagegen an der Tagesordnung. Von allen, die in der Kindererziehung tätig sind, arbeiten mehr als 60 Prozent Teilzeit oder werden geringfügig entlohnt. In der Altenpflege sind es sogar 68 Prozent.

Freuen könnte man sich natürlich darüber, dass von den Erziehern wenigstens gut drei Viertel in einem tarifgebundenen Betrieb beschäftigt sind, und wenn sie 38,5 Stunden in der Woche arbeiten dürften, durchschnittlich 2500 Euro im Monat verdienen könnten. Aber was nutzt es, wenn weit weniger als die Hälfte auf diese Stundenzahl kommt? Auch aus dem Pflegebereich ist seit Jahren bekannt – und dies wird in der Studie nochmals bekräftigt –, dass gerade die, die nur in Teilzeit arbeiten dürfen, keine existenzsichernde Entlohnung haben und mit Renten an der Armutsgrenze rechnen müssen.

Wir leben in einer älter werdenden Gesellschaft – das ist bekannt. Auch wenn deshalb die Pflege- und Gesundheitsberufe zu den besonders zukunftsträchtigen Wirtschaftsfeldern zählen, finden sich nicht genügend junge Menschen, die diese

Berufe ergreifen wollen. Da hilft auch alles Jammern nicht: Wenn in 20 Jahren wirklich eine halbe Million Pflegekräfte fehlen, liegt es nicht am schlechten Ruf dieser Arbeiten, wie manche Zeitungen uns glauben machen wollen.

Ordentliche Arbeit will auch ordentlich bezahlt sein, und wer ordentliche Arbeit leistet, soll auch im Alter nicht am Bettelstab gehen müssen. Wenn das beherzigt wird, werden sich auch mehr junge Menschen in den sozialen Berufen ausbilden lassen.

Tarifergebnis bei VW mit „ordentlich Sahne drauf“?

Nach drei Nullmonaten (März – Mai) gibt es eine Erhöhung von 3,4 Prozent ab dem 1. Juni 2015 bei einer Laufzeit von insgesamt 15 Monaten bis 31. Mai 2016. Der Abschluss gilt für rund 115 000 Beschäftigte der Volkswagen AG und Financial Services.

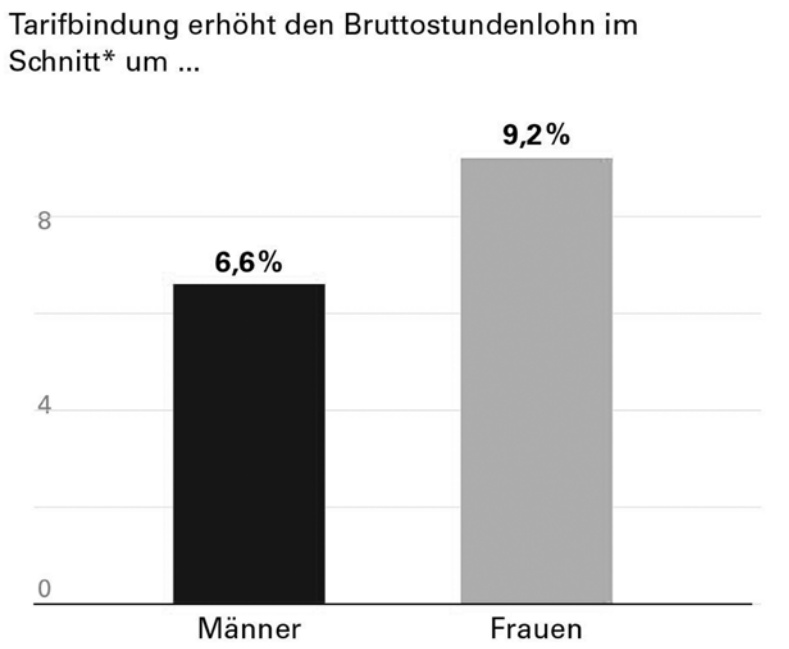
Volkswagen hat sich zudem tarifvertraglich verpflichtet, in den nächsten drei Jahren jährlich 1 400 Ausbildungsplätze zu schaffen, außerdem übernimmt Volkswagen die Semestergebühren von dual Studierenden in Höhe von 350 Euro brutto. Hartmut Meine, IG Metall-Bezirksleiter für Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, ist zufrieden: „Erst nach den spontanen Aktionen der Beschäftigten in den Werken war Volkswagen bereit, in einen konstruktiven Verhandlungsmodus umzuschalten, so dass wir in der Nacht den Durchbruch erzielen konnten. Es ist ein gutes Tarifergebnis mit ordentlich Sahne drauf.“

Rund 39 000 Beschäftigte der Volkswagen-Standorte Wolfsburg, Kassel, Hannover, Braunschweig, Salzgitter und Emden hatten sich im Rahmen der Tarifrunde an Informationsveranstaltungen beteiligt, „um die schleppenden Verhandlungen mit Volkswagen zu beschleunigen“.

Quellen: IG Metall Wolfsburg, WSI-Tarifarchiv

Beschäftigte mit Tarifvertrag verdienen besser ...

Das gilt besonders für Frauen, zeigt eine neue Untersuchung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Insituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung. Nach Tarif bezahlte weibliche Beschäftigte erhalten gut neun Prozent höhere Stundenlöhne als Frauen mit vergleichbaren Tätigkeiten ohne Tarifvertrag. Bei Männern beträgt der Tarif-Vorsprung knapp sieben Prozent.



*unter Berücksichtigung von Kontrollvariablen; Privatbetriebe mit mindestens 10 Beschäftigten
Quelle: Verdienststrukturerhebung 2010, Berechnungen des WSI | © Hans-Böckler-Stiftung 2015

Zukunftskonzept gegen Schließung

Ein Interview mit dem Betriebsratsvorsitzenden Ulli Hasert

Seit mehr als acht Monaten kämpft die Belegschaft der ThyssenKrupp Presta GmbH im schwäbischen Esslingen gegen die vom Konzern beschlossene Betriebsschließung. Dafür hat sie sogar ein Konzept vorgelegt, wie es weiter gehen kann. Doch davon will der Konzern nichts wissen.

UZ: *Eure Belegschaft gehört zu den aufmüpfigen im Land. Seit Juni 2014 wehrt ihr euch erbittert gegen die geplante Betriebsschließung. Nun seid ihr ja nicht eine Belegschaft, von der man typischerweise solche Aktionen erwartet, keine typische Arbeiterhochburg. Wie sieht eure Belegschaftsstruktur aus?*

Ulli Hasert: Wir sind ein reiner Entwicklungsstandort mit einer hochqualifizierten, relativ jungen Mannschaft.

UZ: *Im Juni letzten Jahres habt ihr entschlossenen Widerstand angekündigt. Das war keine leere Drohung. Was habt ihr alles gemacht?*

Ulli Hasert: Wir waren von Anfang an sehr gut vorbereitet. Es gab im Vorfeld schon gewisse Anzeichen, dass unserem Standort etwas „droht“. Erste Hinweise gab es auch vom Konzernbetriebsrat (KBR) sowie von der IG Metall.

Zu aller erst haben wir die Homepage *www.igm-tkpe.de* in Verbindung mit Facebook vorbereitet, bevor wir überhaupt offiziell über die bereits geplante Verlagerung bzw. Schließung unseres Standortes informiert wurden. Wir haben unser Motto mit Logo: „Ohne Esslingen keine Lenkung“ entwickelt und T-Shirts für die kommende Auseinandersetzung entworfen. Entwickler sind sehr kreative Menschen. Dies hat sich in den ganzen kommenden Wochen immer wieder gezeigt.

Am 5. Juni 2014 wurden wir dann offiziell vom Bereichsvorstand nach Duisburg eingeladen und über die Schließung informiert. Innerhalb von einer Stunde konnten wir aufgrund unserer Vorbereitungen die Belegschaft in Esslingen über die Homepage mit Nachrichten und ersten Videostatements von uns sowie von Mitgliedern des KBR informieren. Den Arbeitgeber haben wir damit vollkommen überrascht. Mit dieser Situation hatte er nicht gerechnet.

Am nächsten Tag haben wir eine ganztägige Betriebsversammlung (BV) abgehalten. Dem Arbeitgeber haben wir 30 Minuten Redezeit eingeräumt. Mehr nicht. Danach mussten sie die BV verlassen.

Wir hatten schon bei der ersten BV einige Gastredner eingeladen – u.a. den OB der Stadt Esslingen, Dr. Zieger, der uns die ganze Zeit wo immer er konnte unterstützt hat.

Ebenso hatten wir unseren ehemaligen Betriebsratskollegen aus unserem bis dahin geschlossenen Werk in Düsseldorf, Klaus Specht, bei uns, der uns und der Belegschaft beistand und seine Erfahrungen im Arbeitskampf mitgab.

Und vor allem die IG Metall Esslingen, ohne die wäre dieser Arbeitskampf, der nunmehr in den neunten Monat geht, nicht möglich gewesen. Wir hatten hier die allerbeste Unterstützung in jedweder Form.

UZ: *Ihr habt ja sogar mal demonstrativ kurzfristig den Betrieb besetzt. Was treibt eine Belegschaft wie die eure zu solcher Entschlossenheit?*

Ulli Hasert: Wir wollten deutlich machen, dass wir zu allem bereit sind. Wir wollten unsere Entschlossenheit zeigen und zuletzt trägt so eine Aktion auch zum weiteren Zusammenhalt der Belegschaft bei. Wir haben die ganze Nacht zusammengesessen und dabei gegrillt und uns auch die Zeit genommen für uns und unsere Situation, uns viel ausgetauscht, einen gemeinsamen Gottesdient abgehalten und für jeden Arbeitsplatz der abgebaut werden soll eine Kerze entlang des Firmengeländes aufgestellt. Ich bin mir sicher, dass jeder, der in dieser Nacht dabei war, dies sein Leben lang nicht vergessen wird.

Unterstützt wurden wir bei dieser Aktion von unserem Konzernbetriebsratsvorsitzenden sowie von der IG Metall Frankfurt, unserem Kollegen Markus Grolms.

Für viele Kollegen war es ein einmaliges Erlebnis und die schönste Weihnachtsfeier, die wir je hatten.

UZ: *Was genau will der Konzern?*

Ulli Hasert: Der Konzern, oder besser gesagt die ThyssenKrupp Presta AG Liechtenstein, möchte unseren Standort schließen. Es gab gravierende Fehlentscheidungen auf der Managementebene in den letzten Jahren. Teilweise wurden Zukunftstechnologien einfach verschlafen oder ignoriert. Wir haben die letzten Jahre immer wieder Dinge angebracht, Missstände aufgedeckt und wollten zudem unseren Standort mit einem Zukunftsprojekt nach vorne bringen. Das war aber nicht gewollt.

Seit einigen Jahren bereits wurden Doppelstrukturen in Liechtenstein aufgebaut und jetzt will man den Standort in Liechtenstein für die Zukunft absichern und lässt deswegen unseren Standort sterben. Den Know-How-Verlust nimmt man billigend und leichtsinnig in Kauf. Dabei wurden in den letzten Jahren die meisten Entwicklungen von Esslingen aus betrieben und ins Ziel gebracht. Teilweise wurden Fehler aus Liechtenstein in Esslingen abgearbeitet und behoben.

UZ: *Nun sind ja die Sorgen um euren Standort nicht neu. Bereits 2007 hat die IG Metall mit der Geschäftsleitung einen „Tarifvertrag zur Förderung von Innovation“ geschlossen. Hat der nichts gebracht?*

Ulli Hasert: Hier wurde schlichtweg auf Zeit gespielt. Mit warmen Versprechungen und halbwahren Zusagen wurden wir hingehalten und vertröstet.

UZ: *Ihr habt ja auch eigene Konzepte entwickelt. Wie reagiert ThyssenKrupp auf eure Vorschläge?*

Ulli Hasert: Im Zuge der Auseinandersetzung um den Erhalt unseres Standortes hier in Esslingen haben wir unser Konzept „ProSteering“ ausgearbeitet und entwickelt.

Es beinhaltet unter anderem den Ausbau unseres Entwicklungsstandortes hier sowie die nachhaltige Sicherung der Arbeitsplätze. Langfristig soll es das ganze Lenkungsgeschäft in unserem Konzern sichern.

ThyssenKrupp hat sich unser Konzept angesehen. Wir hatten auch die – Thyssen eigene – TK Management Consulting bei uns im Haus und haben denen unser Konzept vorgestellt.

Aus unserer Sicht war dies aber wohl nur eine kosmetische Maßnahme. Es war nie die ernsthafte Absicht vorhanden, objektiv und fair auf unser Konzept einzugehen.

Am 17. Dezember 2014 wurde unser Konzept abgelehnt. Der Schließungsbeschluss bleibt bestehen.

UZ: *Wie geht es weiter?*

Ulli Hasert: Wir als Betriebsrat sind im Augenblick daran Verhandlungen über den Abschluss eines Interessenausgleichs und Sozialplanes zu führen. Dies wäre dann bereits mein dritter den ich in meiner Zeit seit dem Jahr 2000 mit abschließen werde.

Unser Ziel wird es sein, das maximal Mögliche für unsere Kollegen rauszuholen. Wenn die Fehlentscheidung, unseren Standort hier in Esslingen zu schließen, nicht zurückgenommen wird, dann werden wir das so teuer wie möglich machen.

Das Interview führte Manfred Jansen

Aktionen und Maßnahmen der Belegschaft von ThyssenKrupp Presta Esslingen (TKPE)

- ★ Juni 2014: Insgesamt vier Tage Betriebsversammlung
- ★ Ständiger Informationsbedarf der Belegschaft beim Betriebsrat, kein normaler Arbeitsablauf mehr.
- ★ IG-Metall-Mitgliederversammlung mit Bildung einer Tarifkommission.
- ★ Anschreiben aller Betriebsräte der Kunden von TKPE, sowie Treffen unter den Betriebsräten.
- ★ Juli 2014: Mehrtägige Betriebsversammlung in der Gemeindehalle in Altbach mit Demo.
- ★ Kontaktaufnahme mit im Arbeitskampf erfahrenen Betrieben und deren Betriebsräten (Alstom Mannheim, Wolfgang Alles).
- ★ Insgesamt drei Tage Information und Unterrichtung des Wirtschaftsausschusses, in denen 29 von 75 Fragen von Seiten des Arbeitsgebers beantwortet wurden. Danach Abbruch, Demo und Belegschaftsaktion.
- ★ Ausarbeitung des Konzeptes „PROSTEERING“ zum Erhalt des Standortes gemeinsam mit dem IMU-Institut, der IG Metall Esslingen und der Belegschaft.
- ★ September 2014: Demo vor dem Werkstor mit Besuch von IGM-Bezirksleiter Roman Zitzelsberger und anschließend erneut mehrtägige Betriebsversammlung in Esslingen im „alten Rathaus“.
- ★ Vorstellung unseres Konzeptes beim Vorstand in Essen, anschliessend Flugblattaktion vor unserem Produktionswerk in Mülheim a.d. Ruhr.
- ★ Artikel für die Daimler-Werkszeitung Scheibenwischer.
- ★ Workshop aller drei deutschen Standorte in Dresden mit Verabschiedung der „Dresdener Erklärung“.
- ★ IG-Metall-Mitgliederversammlung mit Abstimmung einer Tarifforderung und Aufforderung zur Verhandlung an den Arbeitgeber.
- ★ Flugblatt und Infoaktion in Esslingen an der „inneren Brücke“.
- ★ Gemeinsame Protestkundgebung bei der Konferenz des europäischen Betriebsrates der ThyssenKrupp AG in Essen mit Kollegen aus dem französischen Angers, die ebenfalls von Personalabbau betroffen sind.
- ★ Erster ganztägiger Warnstreik am Werkstor, Mitteilung an alle Medien.
- ★ Erneut Flugblattaktion an unserem Produktionswerk in Mülheim a.d. Ruhr.
- ★ Technischer Infostand mit „Produktshow“ begleitend zur Aufsichtsratssitzung der ThyssenKrupp AG in Essen.
- ★ Erneut drei Tage Betriebsversammlung in Altbach und Esslingen.
- ★ Warnstreik und 24 Stunden Werksbesetzung mit Gottesdienst am Werkstor mit Unterstützung der Betriebsseelsorge (Peter Maile).
- ★ Teilnahme an der Aktionärsversammlung der Thyssen Krupp AG in Bochum mit technischem Infostand und Flugblättern. Mehrfache Wortmeldung zum Thema Schließung des Standortes Esslingen.
- ★ Flugblattaktion am Produktionswerk in Mülheim a.d. Ruhr, das ebenso von Schließung im Jahr 2020 bedroht ist.
- ★ Begleitend: Nutzung der Homepage und Facebook zur Bereitstellung von Informationen, eigenen Videosequenzen, Comics etc.

Kommunikation in Echtzeit revolutioniert die Bürowelt

Office 2.0 kennt weder örtliche noch zeitliche Beschränkungen

Was in der Produktion beim Kapital unter dem Schlagwort „Industrie 4.0“ Hoffnungen auf höhere Profite weckt, ist in den Verwaltungen „Office 2.0“. Die Digitalisierung der Arbeit hat längst die Dienstleistungs- und Bürobereiche erreicht und lässt die Zukunft der Arbeitsplätze nicht rosig aussehen. Die Prognosen gehen davon aus, dass bis zur Hälfte die heutigen Arbeitsplätze in den Büros, Verwaltungen, Dienstleistungen und im Verkauf in den nächsten 20 Jahren wegfallen werden. Ebenso wird ein Großteil der heutigen Ausbildungsberufe vom Arbeitsmarkt verschwinden.

Foto: pixabay.com/CC0 1.0

Rasante Entwicklung der Digitalisierung

Nach dem Einzug der Computer in die Arbeitswelt Anfang der 70er Jahre wurden die Maschinen zunächst nur zu Automaten und steuerten die Fließbänder. Die Optimierung von Arbeitsprozessen löste eine Rationalisierungswelle in der Industrie aus. Die Gewerkschaften reagierten folgerichtig, indem sie den Produktivitätsgewinnen der Unternehmen mit der Forderung nach Umverteilung der Arbeit begegneten, also die Verkürzung der Wochenarbeitszeit durchsetzten. Schon damals wurde darauf hingewiesen, dass diese Entwicklungen vor den klassischen Dienstleistungs- und Bürobereichen nicht haltmachen werden. Mitte der 80er Jahre wurden die Computer zu einem in der Masse erschwinglichen und leicht bedienbaren Werkzeug und standen bald an jedem Arbeitsplatz. Textverarbeitungsprogramme, Tabellenkalkulationen und die Möglichkeiten Daten an Dritte zu übertragen veränderten die Arbeitsweisen. Tätigkeiten, die bisher viel Zeit erforderten und ganze Stäbe beschäftigten, waren nun fast im Handumdrehen zu erledigen.

Ende der 90er Jahre wurden die Computer mobil und die Arbeitsorganisation veränderte sich, da die Technik zunehmend auch die Ergebnisorientierung förderte. Bezahlung nach dem Ergebnis und flexiblere Arbeitszeiten erhielten verstärkt Einzug in die Dienstleistungs- und Bürobereiche. Die Leistungsfähigkeit der Prozessoren potenzierte die Möglichkeiten und verschärfte den Wettbewerb. Benchmarks (Maßstäbe, zielgerichtete Vergleiche) wurden dadurch immer detaillierter möglich. Betriebsvergleiche und Rankings wurden Teil der Unternehmenssteuerung. Betriebsinterne Vergleiche erhöhten den Leistungsdruck und die Arbeitsverdichtung.

Viel wesentlicher war in dieser Phase jedoch die Möglichkeit, dass durch die Entwicklung die Arbeit im Grunde nicht mehr an einem festen Ort erledigt werden musste. Die Kommunikation via Internet über Mails ließ die Übermittlung der nötigen Arbeitsunterlagen via Datenübertragung zum Kinderspiel werden. Der qualitative Sprung in der technischen Entwicklung setzte jedoch erst vor wenigen Jahren ein. Mit der massenhaften Nutzung von Smartphones und Tablets sind die ursprünglich als Arbeitsmittel gestarteten technischen Geräte zum ständigen Begleiter der Menschen geworden. Chats und betriebsinterne Netzwerke ermöglichen die Kommunikation und den Datenaustausch in Echtzeit.

Entgrenzung der Arbeitszeit

Die Auswirkungen auf die Arbeitsweise bzw. die Arbeitsorganisation sind gewaltig. Die technischen Möglichkeiten sind ausgereift und bereits jetzt vollziehen sich Veränderungen. Es ist beispielsweise nicht mehr erforderlich, die Tätigkeit auch an dem dafür vorgesehen Arbeitsplatz zu erbringen. Das „Mail checken“ auf dem Weg zur Arbeit oder abends vom Sofa, gegebenenfalls noch kurz eine Antwort auf dienstliche Anforderungen verfassen, gehören immer mehr zu Selbstverständlichkeiten, die sich in die Freizeit der Erwerbstätigen eingeschlichen haben. Eben noch schnell via Internet in den Rechner des Unternehmens einloggen und schon mal ein paar Unterlagen für den nächsten Tag vorbereiten. Interessensvertretungen und Gewerkschaften sehen sich einer völligen Entgrenzung der Arbeitszeit ausgesetzt.

Massenhafte prekäre Beschäftigung droht

Es werden Betriebsvereinbarungen mit Regelungen für „Home Office“ abgeschlossen und damit müssen sich die Beschäftigten nicht mehr an den dafür vorgesehen Arbeitsplatz setzen, sondern an den Schreibtisch in der eigenen Wohnung. Die Umstellung der Telefonie via Internet („Voice over IP“) lässt es Außenstehende nicht mal mehr erkennen, dass er mit seinem Gesprächspartner nicht im Firmensitz spricht.

Für die Unternehmen bieten sich damit gleich mehrere Möglichkeiten der Profitmehrung: Es muss nicht mehr für jeden Mitarbeiter ein physischer Arbeitsplatz vorgehalten werden, die Arbeitsschutzbestimmungen lassen sich umgehen und lästige Arbeitszeitbestimmungen können kaum noch kontrolliert werden. Mittels „Desk Sharing“ müssen Beschäftigte ihren Arbeitsplatz am Arbeitsort künftig buchen. Die Unternehmen halten nur noch eine reduzierte Anzahl von Arbeitsplätzen in den Bürokomplexen vor.

Doch auch für die Auftragsbearbeitung ergeben sich neue kostengünstigere Möglichkeiten. Mittels „Crowdsourcing“ stellen Unternehmen mit einem quasi offenen Aufruf für Lösungen bestimmte Aufgaben ins Internet und an eine unbestimmte Menge von Menschen („Crowds“). Die billigste und beste Lösung erhält den Zuschlag. Es ist nur noch eine Frage der Zeit bis diese Methode größere Ausmaße annimmt. Kein Wunder, dass hier eine Goldgräberstimmung des Kapitals für mehr Profit entsteht. Prekäre Beschäftigung als Massenphänomen ist die Prognose, aber angesichts der rasanten Entwicklung keine ferne Zukunft.

Forderungen nach selbstbestimmtem Arbeiten

Die beschriebene Entwicklung ist noch nicht die Regel und hält gerade Einzug vornehmlich in größeren Unternehmen. Gefördert wird diese Entwicklung auch dadurch, dass die Einführung einer veränderten Arbeitsorganisation den Interessen der Beschäftigten entgegenkommt. Flexible Arbeitszeitgestaltung wird als Mittel für die „Work-Life-Balance“, – also die bessere Vereinbarkeit von Arbeit und Privatleben – angeboten und kommt dem Interesse nach selbstbestimmtem Arbeiten entgegen. Betriebsräte berichten, dass eingeführte Regelungen von den Beschäftigten nicht nur positiv angenommen werden, sondern auch gefordert werden. Die Gewerkschaften sehen sowohl die Chance von neuen qualifizierten Tätigkeiten und neuen Arbeitsplätzen, als auch die Anforderung an sich, mit Nachdruck Rahmenbedingungen für Arbeitsschutz und humane Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Eine Aufgabe die sich den Betriebsräten längst stellt.

Deutlich wird – wie auch im so genannten „Industrie 4.0“ – dass sich die Produktivkräfte qualitativ weiterentwickelt haben, mit massiven Folgen für die Arbeitswelt und Herausforderungen für die Interessensvertretungen.

Rainer Perschewski

Metalltarifrunde 2015:

Veränderung der Gewerkschaften muss von unten kommen

In der Ausgabe Nr. 4 vom 23.1. hat die UZ mit einem Artikel von Christiaan Boissevain (Gewerkschaftslinke München) und einigen kritischen Anmerkungen dazu eine Debatte zur Metalltarifrunde und zur Haltung linker Gewerkschafter zu gewerkschaftlichen Forderungen und Kampfformen in Tarifrunden begonnen. Dies ist nun der Versuch einer vorläufigen Bilanz, in welchen Fragen wir uns einig sind und wo weiter Diskussionsbedarf besteht.

Foto: Stephen Petrat

Peter Willmitzer (München) hat in einem Leserbrief *(UZ vom 20.2.)* geschildert. „unter welchen Bedingungen linke, kämpferische Gewerkschafter in Bayern bzw. in München unterwegs sind“ und welche Erfahrung „linke Gewerkschafter wie z. B. Chr. B. zornige Artikel schreiben lässt“: die „betrieblichen und gewerkschaftlichen Gremien sind sozialpartnerschaftlich zementiert“, „Vertrauensleute… werden, wenn sie aufmucken, kaltgestellt“. Solche Bedingungen (und den Zorn darüber!) kennt auch der Autor aus den Anfangsjahren seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit. Mein Anliegen in der Debatte war daher auch nicht, Christiaan „noch eine Watschen in der UZ“ zu verpassen. Aber wenn wir solche Bedingungen verändern wollen, müssen wir miteinander diskutieren, wie das gehen kann – auch kontrovers.

Streiks als „Schule des Klassenkampfes“

In seiner Antwort auf meine Kritik (UZ vom 6.2.) betont Christiaan, dass Streiks als „Schule des Klassenkampfes“ einen „Selbstzweck“ bei der Entwicklung von (elementarem, gewerkschaftlichem) Klassenbewusstsein haben. Das entspricht absolut meiner Erfahrung – gilt aber eben auch schon für Warnstreiks! Aktiver, kämpferischer als vorher durchgeführte Warnstreiks – länger als gewohnt, mit Demonstrationen in die Innenstadt – waren in „meinem“ Betrieb (damals noch Karmann Osnabrück) Anfang der neunziger Jahre – angesichts eines aggressiver gewordenen Auftretens der Unternehmer – ein wichtiger Ausgangspunkt für die Herausbildung einer Widerstandskultur. In Vertrauenskörper und Betriebsrat formierten sich neue Kräfte, die auf aktivere Beteiligung und Mobilisierung der Beschäftigten orientierten – in Auseinandersetzung mit der damaligen BR-Mehrheit.

So kamen wir in der Folge nicht nur zu aktiveren Warnstreiks, sondern auch zu Arbeitsniederlegungen „bezüglich nicht tariflich regelbarer Forderungen“ (V. Metzroth, UZ vom 20.2.): zu politischen Themen (Kohls Kürzungspaket 1996, Riesters Rentenraub 2000 usw.) und betrieblichen Konflikten. Der Höhepunkt war 2007 eine zweitägige „Informationsveranstaltung“ gegen den Versuch der Geschäftsführung, die Einführung eines einheitlichen EntgeltRahmenAbkommens (ERA) für Arbeiter und Angestellte zur flächendeckenden Abgruppierung der Belegschaft zu missbrauchen.

Dabei verstanden sich durchaus nicht alle TrägerInnen dieser Entwicklung als politisch „links“. Einige der aktivsten gehören der SPD oder auch der CDA (CDU-Sozialauschüsse) an. Alle aber orientieren sich am „grundsätzlichen Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit“ und an der „Herstellung gewerkschaftlicher Gegenmacht“ *(Chr. B., UZ vom 6.2.)*, was in Niedersachsen auch nach wie vor in der gewerkschaftlichen Schulungsarbeit der IG Metall vermittelt wird. Beides hat über die Jahre auch das Denken der Belegschaft geprägt: „Schule des Klassenkampfes“. Aber für die Beschäftigten ging es dabei nie um diese „Schulbank“, sondern immer um die konkrete Notwendigkeit – für sie (!) war es nie ein „Selbstzweck“.

Lohnkampf und „Wettbewerbsfähigkeit“

Christiaan kritisiert die „Grundlinie der IGM-Politik…“, „zugunsten der Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Kapitals Verzicht zu üben“. Doch gilt das nur für „die Führung“ der IG Metall? Bewegt sich nicht auch die breite Masse der Mitglieder (und mehr noch der allzu vielen Nichtmitglieder) in diesem ständigen Spagat zwischen dem Interessensgegensatz zum „eigenen“ Kapital und der gleichzeitigen Abhängigkeit von dessen „Wettbewerbsfähigkeit“ – „in den von betriebswirtschaftlicher Gehirnwäsche durchtränkten Köpfen“ *(Anne Rieger, UZ vom 13.2.)*? Und ist nicht die objektiv vorhandene Konkurrenz der Beschäftigten untereinander die mit dem Kapitalverhältnis immer wieder reproduzierte Grundlage dieser „betriebswirtschaftlichen Gehirnwäsche“?

Der „subjektive Faktor“

Dies war mein zentraler Kritikpunkt an Christiaans Artikel: Er nahm bei der Kritik an der „Grundlinie der IGM-Politik“ nur die Führung in den Blick, nicht aber die Millionen Mitglieder und vor allem die Tausenden Vertrauensleute, Betriebsräte und anderen Funktionäre in den Betrieben und Verwaltungsstellen. Von diesen aber, „von unten“, muss jede denkbare Veränderung der IG Metall zu höheren Forderungen und Kampfformen ausgehen – oder es gibt sie nicht. Dafür braucht es zum einen eine viel aktivere Einmischung der betrieblichen „Basis“ in die eigene Organisation als heute, mehr gelebte und nicht nur formale innergewerkschaftliche Demokratie – und zum anderen die beharrliche Auseinandersetzung um die Köpfe der Beschäftigten, die den marxistischen Kräften niemand anderes abnehmen wird

Achim Bigus
(IGM-Vertrauenskörperleiter VW Osnabrück, Mitglied der Tarifkommission Osnabrück-Emsland)

Kämpferische Frauentagsproteste

Anlässlich des Internationalen Frauentags haben am 8. März in Berlin über 5000 Menschen an einer Demonstration für Gleichberechtigung teilgenommen. Ein breites Bündnis, dass auch von DKP und SDAJ, feministischen Organisationen, Gewerkschaftsgliederungen und anderen Verbänden unterstützt wurde, hatte zu den Protesten aufgerufen. Getrübt wurde der Mobilisierungserfolg von Berlin durch Vorkommnisse in Nürnberg. Dort griffen offensichtliche Anhänger der selbsternannten Partei „Die Rechte“, die zuvor für die Freilassung des Holocaustleugners Gerd Ittner demonstriert hatten, bereits am Sonnabend eine feministische Demonstration an. Rund ein Dutzend vermummter Nazis attackierte die linken Demonstranten dabei mit Wurfgeschossen und Pfefferspray, wodurch einige Linke leicht verletzt wurden. Mehrere Nazis wurden von der Polizei festgenommen. (bern)

„Kein Bier für Rassisten“

Die Fanabteilung von Borrussia Dortmund hat die Aktion „Kein Bier für Rassisten“ gestartet und auf ihrer Internetseite die häufigsten Stammtischparolen sowie die dazu passenden Fakten und Argumentationshilfen veröffentlicht. Gerade in Anbetracht der wachsenden Flüchtlingsströme hätten sich die Debatten um das Asylrecht sowie die Unterbringung von Flüchtlingen enorm verschärft. So würden in mehreren Städten Neonazis ihren rassistischen Hass auf die Straße tragen, gegen Flüchtlingsunterkünfte agitieren und damit auch auf Sympathien in der Bevölkerung treffen. „Diese Politik der generellen Feindschaft gegen Migration pauschalisiert, befördert zutiefst irrationale Emotionen und schürt ein Klima der Angst“, so die BVB-Fanabteilung in einer Erklärung. Die Fussballfans wollen dieser Entwicklung mit der Aktion „Kein Bier für Rassisten“ entgegentreten, aufklären und „Ängste nehmen und dazu beitragen, dass auch BVB-Fans für eine solidarischere Gesellschaft eintreten, in der sich Menschen unterstützen, anstatt sich zu bekriegen.“ (bern)

Protest gegen Entzug der Gemeinnützigkeit

Die globalisierungskritische Organisation Attac kämpft weiter um ihre Gemeinnützigkeit. Das Finanzamt Frankfurt hatte Attac für zu politisch befunden, um gemeinnützig zu sein. Auf der Internetseite der Organisation kann eine Protesterklärung unterzeichnet werden, die bereits jetzt von rund 15000 Menschen unterzeichnet wurde. Darin wird die Finanzverwaltung in Hessen aufgefordert, den Bescheid, mit dem Attac die Gemeinnützigkeit entzogen wurde, zurückzunehmen. „Attac leistet wichtige Bildungs- und Aufklärungsarbeit, die nicht durch eine einseitig enge Auslegung der gesetzlichen Grundlage, der Abgabenordnung, behindert werden darf“, heißt es darin weiter. Bereits in der Vergangenheit hatten Finanzämter mehrfach versucht, ihnen offensichtlich unbequeme Vereinigungen mit dem Entzug der Gemeinnützigkeit in ihrer Arbeit zu behindern. (bern)

Naziaufmarsch am Arbeiterkampftag

Die neofaschistische NPD will am 1. Mai in Mönchengladbach aufmarschieren. Die extrem rechte Partei kündigte an, dass der Aufmarsch bereits angemeldet sei. Er steht unter dem rassistischen Motto „Wir arbeiten, Fremde kassieren – Asylbetrug macht uns arm!“. Damit wollen die Neonazis offensichtlich vor allem im Spektrum der „Pegida“-Unterstützer auf Sympathien stoßen. Zwar hatte die NPD sich in der Vergangenheit an deren Aufmärschen beteiligt, es gelang ihr jedoch nicht, diese politisch für sich zu vereinnahmen. Bereits jetzt rufen verschiedene antifaschistische Organisationen zum Protest gegen die neuerliche Provokation der Neonazis auf. Die NPD selbst kündigte unterdessen an, im Vorfeld ihres Aufmarsches landesweit Mahnwachen und Informationsstände durchführen zu wollen. (bern)

„Kernschmelze und kein Plan?“

Forschungsreaktor Wannsee – Stresstest nicht bestanden

Foto: heba/Umbruch Bildarchiv

Keine andere Hauptstadt der Welt leistet sich einen Atomreaktor im Stadtgebiet. Der älteste der Bundesrepublik, der Berliner Experimentierreaktor II (BER II), soll jedoch noch bis 31. 12. 2019 weiter betrieben werden – unmittelbar nahe eines Zehlendorfer Wohnviertels. Wegen eines erheblichen, lange verschleierten Störfalls im November 2013 war er 15 Monate abgeschaltet, dann aber am 18. Februar 2015 still und heimlich wieder angefahren. Obwohl BER II nach heutigen Kriterien nicht mehr betriebsgenehmigungsfähig wäre, wird die Betriebsgenehmigung von 1973 nicht zurückgenommen, stellt Alf Jarosch vom Anti-Atombündnis Berlin und Potsdam fest.

Deshalb hatte das Bündnis am 5. März ins Rathaus Zehlendorf zu einer Infoveranstaltung über den Katastrophenschutz eingeladen. Mehr als 70 Bürger nahmen daran teil, doch kein einziger der eingeladenen verantwortlichen Politiker kam. Der Bezirksbürgermeister, der Landesbranddirektor und die zuständige Berliner Umweltsenatorin Kolat glaubten, zum Thema „Kernschmelze und kein Plan?“ hätten sie schon alles gesagt.

Kein Handlungsbedarf?

Dabei hat dieser dritte in der Bundesrepublik noch verbliebene Forschungsreaktor, verglichen mit Mainz und Garching der bei weitem gefährlichste, als einziger den Stresstest der Reaktor-Sicherheitskommission (RSK) des Bundes nicht bestanden. Im Fall einer noch immer nicht völlig ausschließbaren Kernschmelze würde immerhin ein Zehntel der radioaktiven Strahlung des Supergaus von Fukushima freigesetzt. Der Berliner Senat einschließlich Michael Müller (SPD) – damals fürs Umweltressort zuständig, heute Regierender Bürgermeister – bewertete 2012 das Ergebnis einer weitgehend geheimgehaltenen Befragung durch den TÜV Rheinland als positiv und sah keinerlei Handlungsbedarf, ebensowenig forderte er den Betreiber zu einer eigenen Untersuchung auf.

Zu einem völlig anderen Ergebnis kam die unabhängig eingesetzte RSK: „Keiner der definierten Schutzgrade ist erfüllbar.“ Die Umweltministerin von Rheinland-Pfalz, die davon erfuhr, veranlasste umgehend für den Mainzer Forschungsreaktor eine tiefgreifende Untersuchung, die Ergebnisse sind seit einem Jahr einsehbar. Der dritte, in Garching bei München, hielte nach RSK-Maßstäben mit seiner riesigen Betonkuppel selbst den Absturz einer brennenden A 380 aus. Der Wannseereaktor befindet sich in einem nach oben hin ungesicherten 40 Jahre alten Fabrikgebäude und hat keine Betonummantelung. Beim größten anzunehmenden Unfall würden auch ohne – bisher nicht berechneten – Treibstoffbrand die Eingreif-Richtwerte für Katastrophenschutzmaßnahmen deutlich überschritten.

Binnen 20 Minuten nach solch einem Unfall, so hieß es 1994 zum Reaktor in einer Untersuchung des nach Hahn und Meitner benannten Vorgänger-Instituts, setzt die Kernschmelze ein. Das leugnet schlicht der heutige Betreiber, das aus einer Fusion hervorgegangenen Großforschungsinstitut Helmholtzzentrum Berlin für Materialien und Energie (HZB). Bei einem worst case würde Strahlung zwischen 52 000 und 72 000 Terra-Becquerel (TBq) freigesetzt. In lediglich 20 Minuten, die vom Trockenfallen der 28 Brennelemente in einem auslaufenden „Schwimmbad-Reaktor“ bis zur trockenen Kernschmelze verbleiben, lässt es sich für Berlin und Potsdam nicht umsetzen, mehr als Zehntausend Menschen aus einem Umkreis von bis zu 20 Kilometern zu evakuieren.

Ineffektiver Katastrophenschutz

Stephan Worseck wies für das Bündnis nach, dass selbst diese amtlich festgelegten Ausbreitungszonen zu klein sind, weil die Forschungsreaktoren bei den Strahlungsschutzanpassungen für Atomkraftwerke im Bund nach der Katastrophe von Fukushima außer Acht gelassen wurden. Dementsprechend fordert die Bürgerinitiative, die Radien für die Betroffenen von drei Gefahrenzonen in den Berliner West- und Innenstadtbezirken und Teilen Brandenburgs entsprechend um das Zwei- bis Vierfache auszudehnen. Der Durchmesser der äußeren, dann 30 Kilometer umfassenden Zone läge dann auf der Linie vom Kanzleramt bis hin nach Potsdam-Stadt. „Jedem dürfte klar sein, dass diese Empfehlung in Berlin bei mehreren Millionen Menschen nicht umsetzbar ist. Selbst die Verteilung von speziellen Jodtabletten ist kompliziert geregelt und bleibt völlig unklar.“ Damit das Sofortmittel gegen innere Verstrahlungen im richtigen Moment wirken kann, müssen kurz bevor die radioaktive Wolke die Menschen nach den jeweiligen Luft- und Windströmungen erreicht amtliche Messwerte bekanntgegeben sein.

Die vielen Fragen zu den Plänen und dem Vorgehen der Behörden dazu, insbesondere nach dem Desaster der Berliner Teilnahme an einer bundesweiten Katastrophenübung 2013, blieben hier allerdings durch die Politiker-Abstinenz unbeantwortet. „Deshalb kann es keinen wirksamen Katastrophenschutz in Berlin geben. Die einzige sichere Maßnahme ist die sofortige Stilllegung des Forschungsreaktors“, folgert das Anti-Atombündnis. Die Versammlung forderte den Senat entsprechend auf, die Betriebsgenehmigung zu widerrufen.

Forschung im militärischen Dienst?

Alf Jarosch hatte eingehend eine verharmlosende Selbstdarstellung des HZB – nach seinen Worten ein „Lügen-Video“ – widerlegt und klargestellt, dass in Zehlendorf mit analoger Technik der 70er Jahre (jedoch verdoppelter Leistungsfähigkeit) nach wie vor die Spaltung von Atomkernen und „Null medizinische Forschung“ durch Wissenschaftler und Konzerne des In- und Auslands betrieben wird. Bei den Versuchsreihen am Wannsee, im fünftgrößten Forschungsreaktor der Welt, werden am meisten Neutronenströme für eine stets nebulös gehaltene „Materialforschung“ mit einem neuen, international einzigartigen Hochfeldmagneten herausgefiltert. Sie könnten auch im militärischen Dienst stehen. Der eigentlich für die Solarforschung vorgesehene und finanzierte Supermagnet überbietet den Feldmagnetismus der Erde etwa eine Million Mal und hält Gase eingeschlossen, deren Hitze nach Millionen-Graden kein irdischer Werkstoff standhalten könnte.

Gerade diese Tatsache ist im Kontext zu der seit 2010 bekannten Rissbildung durch Materialversprödung in zwei Schweißnähten zu einer zentralen Kühlmittelleitung in der Nähe des Reaktorkerns zu sehen. Dieser Prozess, der noch 2012 im Abgeordnetenhaus „abgebügelt“ wurde, schritt bis 2013 auf zusammen fast 30 Zentimeter fort und führte zum schnellen Herunterfahren des Reaktors. Die per se anfälligen Schweißnähte sollten den Spalt zwischen der Saugleitung des Primärkreislaufs und der Trennwand zwischen den beiden Hälften des Kühlbeckens schließen. Das HZB hatte die Halbherzigkeit einer 16monatigen Reparatur im Widerspruch zur vorgeschlagenen Vorgehensweise seines ehemaligen Chefkonstrukteurs weitgehend unter den Tisch gekehrt bzw. als normale Wartung angegeben. Dieser geschasste Mann war aber aus Gewissensgründen bereits vorher warnend in der Fernsehsendung „Kontraste“ aufgetreten und hat bis heute Recht behalten.

Sofort dichtmachen!

Jetzt wurde bekannt, die rissige Beckenhälften-Schweißnaht sei entfernt worden. Stephan Worseck zitierte dazu gültige HZB-Vorschriften für die „vitale Funktion“ des Reaktors im Störfall: Das sicherheitstechnisch ausgelegte Risiko eines „Lochs“ von einem Quadratzentimeter in diesem Bereich bedeute, dass mehr radioaktiv verseuchtes Wasser austritt als nachgefüllt werden kann, damit wenigstens das spaltbare Material beherrschbar unter Wasser bleibt. Mit einem Nachpumpen von 20 Kubikmetern Wasser pro Stunde könnten maximal fünf Stunden nach dem Ereigniseintritt überbrückt werden. Berlin im Fünf-Jahres-Marathon gegen den Supergau? **Hilmar Franz**

Gift in der Luft

Greenpeace warnt: EU fördert schmutzige Energiegewinnung

Deutsche Braunkohlekraftwerke sind besonders schmutzig, stellt die Umweltschutzorganisation Greenpeace wieder einmal in einer Studie fest, und wenn sich die Europäische Union nicht auf strengere Grenzwerte einigen kann, wird es wohl auch weiterhin so bleiben.

In Brüssel werden derzeit neue Grenzwerte für den Schadstoffausstoß von Industrieanlagen diskutiert und sollen ab 2020 gelten. Sollten sich die vorgeschlagenen Limits für Schwefeldioxid, Stickoxide, Feinstaub und Quecksilber durchsetzen, wären sie deutlich höher als in den USA, Japan oder China. Demnach würden die bislang diskutierten EU-Werte 30 Prozent mehr Schwefeldioxid und 80 Prozent mehr Stickoxide erlauben als die entsprechenden Werte in China. Würden die EU-Standards beschlossen, dürften neue Kraftwerke doppelt so viel Feinstaub ausstoßen und fünfmal so viel Schwefeldioxid und Quecksilber wie die effizientesten bestehenden Kraftwerke. Die Bundesregierung müsse sich in Brüssel für ehrgeizige Grenzwerte einsetzen, wenn sie sich für die Interessen der Bürger einsetzen wolle, fordert Greenpeace. „Die Gesundheit der Menschen darf nicht hinter den Interessen der Kohleindustrie zurückbleiben“, so Energieexperte Tobias Münchmeyer.

Kohlekraftwerke stoßen nicht nur riesige Mengen klimaschädliches CO_2 aus, sie sind auch die größte Quelle gesundheitsschädlichen Schwefeldioxids und Quecksilbers in Europa. Große Mengen von giftigem Arsen, Blei und Cadmium finden sich ebenso in den Abgasen. Der Feinstaub aus den Kohleschloten verschärft Asthma-Erkrankungen, während das Quecksilber im Blut von tausenden von Neugeborenen in Europa gefährliche Werte erreicht. Die Luftverschmutzung durch Kohlekraftwerke hat im Jahr 2010 zu geschätzten 22 300 vorzeitigen Todesfällen in der EU geführt, wie die Universität Stuttgart für eine Greenpeace-Studie 2013 berechnet hat.

Dass die Braunkohle in Europa wegen ihrer offenkundigen Gefahren als Energieträger weniger genutzt wird, scheint derzeit unwahrscheinlich. Forscher des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) warnten deshalb in einer im Februar veröffentlichten Studie vor einer falschen Politik, welche die Braunkohle begünstigt. „Beschränkt sich die Politik darauf, die erneuerbaren Energien in den Markt zu bringen – so wie derzeit in Deutschland –, wird weniger Gas genutzt, während die Nutzung von billiger, aber schmutziger Kohle unverändert hoch bleibt oder sogar zunimmt“, schrieben sie.

In ihrer Argumentation betonen sie, dass der Emissionshandel nicht das entscheidende Element im Klimaschutz sein kann. Selbst mit einem niedrigen Preis für Kohlendioxid könnte der Umbau des Energiesystems angestoßen werden. Es müssten nur die richtigen Technologien gefördert werden. PIK-Projektleiter und Ko-Autor Gunnar Luderer kommentiert: „Kluge Technologiepolitik sollte vermeiden, dass zusätzliche emissionsintensive Infrastruktur aufgebaut wird.“ So treibe ein Ausbau der Kohleverstromung nicht nur die heutigen Emissionen hoch, sondern mache wegen der langen Lebensdauer der Kraftwerke auch künftige Reduktionen schwieriger. Auch der PIK-Chefökonom Ottmar Edenhofer meint: „Ein hoher CO_2-Preis wäre ökonomisch zwar effizienter, ist aber nur schwer durchsetzbar.“ Eine Technologiepolitik verbunden mit einem moderaten CO_2-Preis führe zwar zu höheren Kosten, sei dafür aber realistischer.

Ob die Verstromung von Braunkohle auch weiterhin attraktiv für die Konzerne bleibt, wird sich auch daran zeigen, wie hoch die Grenzwerte sämtlicher Schadstoffemissionen sein werden. Je geringer die Limits sind, desto höher werden die Kosten der Braunkohleverstromung und ihre Rentabilität wird deutlich sinken. **Bernd Müller**

„Regionaler Amoklauf“

Sächsische Christdemokraten auf stramm rechten Kurs

Die sächsische CDU, die seit der Annexion der DDR die Landesregierung des Freistaates anführt, ist seit jeher nicht für liberale Positionen bekannt. Auch aktuell werden die Christdemokraten dort ihrem Ruf gerecht, die Heimstätte für Nationalkonservative und andere Reaktionäre zu sein. Wie jetzt bekannt wurde, sollen sich bereits Ende Januar verschiedene CDU-Abgeordnete im Landtag mit „Pegida“-Anhängern getroffen haben. Koordinator der Gespräche soll der CDU-Landtagsabgeordnete Lars Rohwer gewesen sein. Erst kürzlich wurde Rohwer in der Sächsischen Zeitung mit den Worten zitiert, dass er von der „Pegida“-Gruppe positiv überrascht sei. Außerdem müsse man „doch konstatieren, dass Pegida es geschafft hat, die Systemfrage wieder auf die Tagesordnung zu setzen“.

Rohwers Fraktionskollege, der sächsische CDU-Landtagsabgeordnete Alexander Dierks, hatte vor wenigen Tagen in Bezug auf Diskussionen um ein neues Einwanderungsgesetz festgestellt, dass Multikulti eben nicht funktioniere. Dierks forderte außerdem „unverkrampft mit nationalen Symbolen“ umzugehen und attackierte seine sozialdemokratischen Koalitionspartner, der keinen positiven Patriotismus vertrete. „Während wir am Ende eines Parteitages die Nationalhymne singen“, stimmten die Sozialdemokraten lieber „Wann wir schreiten Seit’ an Seit‘“ an, so Dierks.

„Islamisierung Deutschlands bereits erfolgt“

Der sächsische Linkspartei-Fraktionschef Rico Gebhardt forderte unterdessen die CDU-Bundesführung auf, den „regionalen Amoklauf“ der sächsischen Christdemokraten zu beenden. „Wenn sich ein maßgeblicher sächsischer CDU-Politiker wie Lars Rohwer, immerhin langjähriger Landtagsabgeordneter und Vorsitzender des Kuratoriums der Landeszentrale für politische Bildung, freut, dass ‚Pegida‘ von rechts die ‚Systemfrage‘ stellt, wenn Arnold Vaatz, CDU-Bundestagsabgeordneter aus Sachsen und viele Jahre Mitglied der Sächsischen Staatsregierung, Angela Merkels Aussage, der Islam gehöre zu Deutschland, als ‚Beweis für eine erfolgte Islamisierung Deutschlands‘ bewertet, und wenn Herr Vaatz dann auch noch ‚Pegida‘ den Weg zu einem Staatssekretär des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwickelung ebnet – dann erleben wir einen regionalen Amoklauf der sächsischen CDU“, begründete Gebhardt seine Kritik. Vor diesem Hintergrund sei die „gemeinsame Pflege islamophober Phantome durch Sachsen-CDU und ‚Pegida‘ sowie die Zusammenarbeit an einer ‚Systemfrage‘ von rechts nicht nur eine gemeingefährliche Grenzüberschreitung, die den Ruf der CDU Deutschlands gefährdet“, so Gebhardt weiter.

Foto: Frontex 2015

Im Mittelmeer gerettet, in Dresden gejagt: Flüchtlinge.

In den letzten Wochen hatten sich Funktionäre von CDU und FDP mehrfach in Stimmungsmache gegen Migrantinnen und Migranten geübt. Als Flüchtlinge und deren Unterstützer vor knapp zwei Wochen vor der Semperoper Dresdens ein Camp errichtet hatten, um die Öffentlichkeit auf den menschenunwürdigen Umgang mit ihnen aufmerksam zu machen und für gleiche Rechte zu werben, forderten beide Parteien die Räumung des Camps, die sodann auch tatsächlich von der Polizei vollzogen wurde. „Uns muss klar sein, dass die Geduld der Dresdner mit solchen Aktionen arg auf die Probe gestellt wird – Toleranz darf nicht ausgenutzt werden und kann Rechtsbruch nicht entschuldigen. Aktionen wie diese treiben die Spaltung der Bevölkerung weiter voran und befördern letztlich eine Eskalation“, hatte zuvor die CDU-Fraktion im Dresdener Stadtrat gewarnt und das Camp als „unwürdige Provokation“ bezeichnet.

Während die CDU weiter auf „Pegida“ zugeht, kam es allein rund um das vergangene Wochenende im gesamten Bundesgebiet zu diversen Aufmärschen und Angriffen gegen Flüchtlinge und deren Unterkünfte. Im sächsischen Freital marschierten etwa über 1 500 Rassisten auf, um gegen eine dortige Flüchtlingsunterkunft zu protestieren. Aus dem Demonstrationszug heraus, der unter dem Motto „Freital wehrt sich. Nein zum Hotelheim“ stand, kam es mehrfach zu Würfen von Feuerwerkskörpern und Attacken auf Polizeibeamte und Journalisten. Auch brachen Neonazis wiederholt aus dem Demonstrationszug aus und versuchten, zu der Flüchtlingsunterkunft vorzudringen, um diese zu attackieren. Im bayerischen Hof beschmierten Rechte am Sonnabend eine Asylbewerberunterkunft mit Hakenkreuzen. Auch in Gera war es am Wochenende zu rassistischen Ausfällen gekommen. Dort waren am Freitag über 2 000 vermeintlich „besorgte Bürger“ aufmarschiert, um gegen eine Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge zu protestieren. In Sachsen-Anhalt erhielt der Magdeburger Oberbürgermeister Lutz Trümper (SPD) bereits mehrfach Morddrohungen, die dem Umfeld der rassistischen Initiative „Magida“ zugerechnet werden. Trümper steht seitdem unter Polizeischutz. Um nur einige Beispiele zu nennen.

Markus Bernhardt

Immunität aufgehoben

PKK-Fahne im deutschen Bundestag

Der Bundestag hat am 5. 3. die Immunität der Abgeordneten Nicole Gohlke aufgehoben. Die Immunitätsaufhebung war beantragt worden, da gegen Nicole wegen Verstoßes gegen das PKK-Verbot ermittelt wird. Der Abgeordnete Jan van Aken zeigte während seines Redebeitrages selbst die PKK-Fahne mit dem roten Stern. Auch die *Süddeutsche Zeitung* druckte das „verbotene“ Symbol.

Nicole Gohlke hatte im vergangenen Jahr auf einer Kundgebung in München, die sich gegen den Terror des sog. Islamischen Staates richtete, die Fahne der in Deutschland seit 1993 verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans PKK hochgehalten.

In ihrer Rede hatte Nicole Gohlke ihre Solidarität mit den kurdischen Selbstverteidigungskräften ausgedrückt und gesagt: „Dieser Mut, diese Standhaftigkeit, dieser Opferbereitschaft zeigen uns auch: In Kobanê werden zur Stunde nicht nur Menschenleben und Menschenrechte verteidigt, sondern auch ein politisches Projekt, für das die kurdischen Selbstverteidigungskräfte bereit sind ihr Leben zu geben.“ Zum Schluss ihrer Rede forderte sie die Aufhebung des PKK-Verbots und hielt dabei die „verbotene“ Fahne der PKK hoch. Nach dem sie von der Polizei vorübergehend festgenommen worden war, erklärte sie: „Ich glaube, es ist Zeit, dass PolitikerInnen, Prominente, Intellektuelle, KünstlerInnen, … ein Zeichen setzen gegen diese Kriminalisierung und gegen die unerträgliche Heuchelei der Bundesregierung. Wer es ernst meint mit der Unterstützung des kurdischen Widerstandes muss jetzt vor allem zwei Dinge tun: das PKK-Verbot abschaffen und Druck auf die Türkei machen, die Grenze nach Syrien zu öffnen für Flüchtende, humanitäre Hilfe und Nachschub für die kämpfenden KurdInnen und die Grenze zu schließen für den IS!“

Foto: Linksfraktion

Nicole Gohlke

Die Staatsanwaltschaft in München leitete ein Ermittlungsverfahren ein und beantragte die Aufhebung der Immunität der Bundestagsabgeordneten. Gestern hob der Bundestag mit den Stimmen der Regierungskoalition die Immunität der Abgeordneten der Linksfraktion auf. Die Grünen enthielten sich. Vorher hatte der Abgeordnete Jan van Aken im Namen der Linksfraktion sein Nein zur Immunitätsaufhebung verkündet und zeigte selbst die PKK-Fahne mit dem roten Stern. Wörtlich sagte er: „Das ist die Fahne unter der im August letzten Jahres mehrere Zehntausende Jesidinnen und Jesiden freigekämpft worden sind. Das ist genau die Fahne unter der Kobanê befreit worden ist. … Und in dieser Situation wollen sie hier Menschen strafrechtlich verfolgen, weil sie so eine Fahne zeigen.“ Vom Bundestagspräsidium wurde ihm dafür eine Rüge erteilt. Für CDU-Kauder war der Beitrag von Jan van Aken ein „unglaublicher Vorgang, den es so in diesem Bundestag noch nie gegeben hat“.

In der heutigen Ausgabe der *Süddeutschen Zeitung* wird ebenfalls das „verbotene“ Symbol der PKK gezeigt. Wird jetzt auch die *Süddeutsche Zeitung* verklagt? Oder nach türkischem Vorbild gleich verboten?

lm/kommunisten.eu

Zur Aufhebung meiner Immunität

Bereits im vergangenen Jahr hatte sich Nicole Gohlke zur Immunitätsaufhebung im zuständigen Bundestagsausschuss erklärt. Es folgen Auszüge:

Am 18. Oktober 2014 habe ich bei einer Kundgebung zur Solidarität mit der vom sogenannten Islamischen Staat IS umzingelten kurdischen Stadt Kobanê auf dem Rindermarkt in München eine Rede gehalten und mit den Worten geendet: „Ich fordere die Bundesregierung auf, Symbole wie diese hier nicht länger zu kriminalisieren, denn unter dieser Fahne wird in diesen Minuten ein Kampf für Freiheit, Menschenrechte und Demokratie geführt. Weg mit dem Verbot der PKK!“ Dabei habe ich die Fahne der in Deutschland verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans, PKK, hochgehalten. Dafür wurde ich kurz darauf von Polizei und Staatsschutz in Gewahrsam genommen, meine Personalien wurden festgestellt, die Fahne wurde beschlagnahmt ...

Ich bedaure nicht, die Fahne der PKK hochgehalten zu haben. Die PKK ist keine „Terror-Organisation“ . Sie ist vielmehr die Organisation, die einen wichtigen Bündnispartner im Nahen Osten für eine demokratische Perspektive in der Region darstellt. Alle demokratischen Kräfte müssten ein Interesse an einem Austausch haben über die Ideen und Ansätze einer direkten kommunalen Demokratie und dem Zusammenleben jenseits kultureller, ethnischer und religiöser Grenzen, wie es aktuell in Rojava versucht wird. Die PKK und die mit ihr verbündeten YPG/YPJ haben unsere Solidarität verdient, und keine Verfolgung!

Schluss mit der gescheiterten Griechenlandpolitik

In zwei Erklärungen vom 9. und 6. März hat Sahra Wagenknecht von der Bundesregierung ein Ende ihrer gescheiterten Griechenland gefordert. Es heißt dort unter anderem:

„Offensichtlich ist die Eurogruppe nicht bereit, der griechischen Regierung jene Atempause zu verschaffen, die sie zur Verbesserung des Steuervollzugs und zur Heranziehung des Vermögens der Superreichen benötigt … Statt einer Linksregierung den Kampf gegen Korruption und Vetternwirtschaft zu ermöglichen, will man die verhassten Troika-Beamten wieder nach Athen schicken, damit die Ausplünderungspolitik zugunsten korrupter Oligarchen fortgesetzt werden kann. Es ist eine Schande, dass nicht nur Merkel und Schäuble, sondern auch Sozialdemokraten wie Gabriel und Oppermann stur an einem Programm festhalten, dass die griechische Bevölkerung ins Elend gestürzt hat, während internationale Banken und griechische Multimillionäre das Geld der europäischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler eingestrichen haben. Oder sollte uns nicht zu denken geben, dass das Vermögen der griechischen Oberschicht allein 2013 um ein Fünftel auf 60 Milliarden US-Dollar gewachsen ist.

Mit ihrer Weigerung, die Kredite an die griechische Regierung auszuzahlen, schneidet sich die Eurogruppe in erster Linie ins eigene Fleisch. Wenn die Gläubiger diese Kredite nicht gewähren, werden sie damit leben müssen, dass ihre alten Kredite nicht bedient werden. Dann wird offenkundig, dass auch Milliarden deutscher Steuergelder verloren sind, weil sie für eine falsche und verantwortungslose Politik verschleudert wurden. Die Verantwortung für dieses Desaster tragen Frau Merkel und Herr Schäuble und nicht Herr Tsipras oder Herr Varoufakis … Die Bundesregierung muss die andauernde Erpressung der neuen griechischen Regierung sofort beenden. Die Drohung von Merkel & Co., Griechenland finanziell austrocknen zu lassen, soll die neue Regierung in Athen zu Zugeständnissen zwingen … Merkel & Co. drehen weiter an den finanziellen Daumenschrauben der Syriza-Regierung. Stattdessen sollte die Bundesregierung die neue Regierung in Athen dabei unterstützen die griechischen Oligarchen angemessen zur Finanzierung des Staates heranzuziehen. Dazu ist es notwendig, dass die Auslandsvermögen reicher Griechen hierzulande erfasst werden. Nur eine Unterstützung des Kurswechsels der neuen griechischen Regierung kann jetzt noch den Schaden für die europäischen Steuerzahler minimieren. Dazu sind unter anderem ein Schuldenschnitt und das Einfrieren griechischer Auslandskonten über 200 000 Euro dringend erforderlich.“

„Werwölfe“ keine Terroristen?

Hinter dem „Werwolf-Kommando“, das vor zwei Jahren ins Visier der Justiz geraten war, steckt keine rechtsterroristische Zelle. Die Bundesanwaltschaft hat das Ermittlungsverfahren eingestellt.

Im Juli 2013 war die Bundesanwaltschaft mit einer europaweit angelegten Razzia gegen die Gruppierung vorgegangen. Neben Rechtsextremisten in der Schweiz und den Niederlanden sollten auch zwei Neonazis aus Norddeutschland zum „Werwolf-Kommando“ zählen. Ziel der Vereinigung sei es gewesen, das politische System der Bundesrepublik Deutschland zu beseitigen. Diese „Werwolf“-Zelle stellte sich jedoch offenbar als Luftnummer heraus. Die Ermittlungen hätten den Anfangsverdacht der Bildung einer terroristischen Vereinigung nicht belegen können, erklärte ein Sprecher der Bundesanwaltschaft bereits im vergangenen Jahr. Inzwischen stellte die Strafverfolgungsbehörde das Verfahren ein, weil die Auswertung des sichergestellten Beweismaterials den Verdacht nicht erhärten konnte, sagte eine Behördensprecherin auf Anfrage. (Blick nach rechts)

Auch in Zypern: Gegen die EZB

Mehrere tausend Demonstranten empfingen die Chefs der Europäischen Zentralbank (EZB) bei ihrer jüngsten Tagung auf Zypern mit den Rufen: „Nieder mit dem Sparzwang – Wir fordern Würde!“. Der EZB-Rat tagte am 5. März in der zyprischen Hauptstadt Nikosia, um sein Programm zum Aufkauf von Staatsanleihen zu beschließen. Zu der Demonstration hatten rund 20 Organisationen aufgerufen, darunter die kommunistische „Fortschrittspartei des Werktätigen Volkes Zyperns“ (AKEL). Ein AKEL-Sprecher erklärte: „Das zyprische Volk kann seine sozialen Rechte, die Rechte der arbeitenden Menschen nur verteidigen, indem es den tödlichen Weg des Memorandums zurückweist“.

Propaganda und Taktik

Das Bundeskanzleramt wirft dem NATO-Oberbefehlshaber in Europa, Philip M. Breedlove, „gefährliche Propaganda“ vor. Das berichtet „Der Spiegel“ in seiner aktuellen Ausgabe. Demnach stelle Breedlove die militärischen Aktivitäten Russlands im Osten der Ukraine völlig überzogen dar, einige seiner Behauptungen widersprächen den Tatsachen.

Dass die Bundesregierung jetzt Kritik an mutmaßlichen Lügen des NATO-Oberbefehlshabers in Europa übt, hat seine Ursache in innerwestlichen Machtkämpfen. Berlin setzt im Ukraine-Konflikt auf eine Doppelstrategie: einerseits Druck auf Moskau, andererseits Einbindung durch gewisse Formen der Kooperation. Die ungezügelte Aggressionspolitik, die ein Flügel des US-Establishments vertritt, steht dazu im Widerspruch.

German Foreign Policy/UZ

Überall Partner

Vor dem Hintergrund des Ukrainekonflikts und der Spannungen mit Russland treibt die Europäische Union ihre Pläne für eine neue Strategie im Umgang mit früheren Sowjetrepubliken wie Georgien und Moldavien voran. Bei einem Treffen in der lettischen Hauptstadt Riga bereiteten die EU-Außenminister am Samstag den für Mai geplanten EU-Gipfel zur sogenannten Östlichen Partnerschaft vor.

Die EU müsse jetzt sicherstellen, dass die Östliche Partnerschaft nicht neue Trennlinien in Europa ziehe, kommentierte der österreichische Außenminister Sebastian Kurz zu den informellen Beratungen. Deswegen gelte es, Russland in die Gespräche einzubeziehen.

Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini sprach von Fragen, die die Krisen in der östlichen und südlichen Nachbarschaft aufwürfen. Antwort könne letztlich aber nur die Entwicklung einer stärkeren Partnerschaft sein.

Freiwillige Mobilmachung

Die lettische Freiwilligenarmee erhält mehr Zulauf. Bis Ende Februar hätten sich bereits 338 Bewerber bei der Zemessardze (Landwehr) gemeldet, sagte Brigadegeneral Leonids Kalnins im lettischen Fernsehen. Im vergangenen Jahr hatten sich 812 Letten zum freiwilligen Dienst an der Waffe gemeldet. Als Teil der regulären lettischen Armee zählt die Freiwilligenarmee derzeit etwa 8 000 Mitglieder. Nach Plänen der Regierung in Riga soll ihre Zahl auf bis zu 13 000 steigen.

In der Zemessardze werden Bürger nach dem Vorbild etwa der Nationalgarden der USA-Bundesstaaten in Übungen in ihrer Freizeit an der Waffe ausgebildet. Die Einheiten können im Kriegsfall oder für Hilfsaufgaben mobilisiert werden.

Mit Japan gegen Russland

Bundeskanzlerin Merkel und Japans Regierungschef Shinzo Abe sehen „wegen der Ukraine-Krise“ derzeit keine Möglichkeit für eine Rückkehr Russlands in den Kreis der großen Industriestaaten. Mit Blick auf den G7-Gipfel im Juni betonte Merkel am Montag in Tokio: „Ungelöst darf natürlich auch nicht das Thema der Krim bleiben.“ Abe sagte, die G7 und Russland seien jetzt nicht in der Lage, ein inhaltliches Gespräch zu führen. Er warnte, der Ukraine-Konflikt sei kein regionales, sondern ein globales Problem. Wegen der Übernahme der Halbinsel Krim war Präsident Wladimir Putin 2014 aus der Gruppe der Industrienationen ausgeschlossen worden.

„Bibi, geh‘ nach Hause!“

Opposition gegen Netanjahu gewinnt an Unterstützung – Wahlbündnis von kommunistischer Partei, linken jüdischen und arabischen Kräften könnte drittstärkste Kraft werden

Die Brandrede gegen den Iran, die der israelische Ministerpräsident Netanjahu am 3. März zum Ärger von Präsident Obama im USA-Kongress hielt, hat ihm offenbar in Israel selbst für seine Chancen bei der Parlamentswahl am kommenden Dienstag (17. März) nichts genutzt.

Nach den Ergebnissen einer für die Tageszeitung „Maariv“ durchgeführten Umfrage kam Netanjahus rechte Bündnisliste von Likud und Israel Beitenu zwölf Tage vor der Wahl nur auf 22 Abgeordnetensitze in der künftigen Knesseth (bisher 31), während dem Konkurrenzbündnis „Zionistische Union“ aus der sozialdemokratischen Arbeitspartei und den Liberalen 24 Sitze vorhergesagt wurden. In einer Umfrage des gleichen Instituts am Tag vor der Netanjahu-Rede in Washington kamen Likud/Beitenu auf 23, die Zionistische Union auf 25 Sitze. Das in den Medien verkündete „Kopf-an-Kopf-Rennen“ zwischen den beiden größten Wahlblöcken hält also unvermindert an.

Am letzten Samstag fand in Tel Aviv eine große Anti-Netanjahu-Kundgebung auf dem legendären Rabin-Platz statt, an der nach Veranstalterangaben rund 50 000, nach Polizeiangaben 25 000 Menschen teilnahmen. Das war die bisher größte Kundgebung im aktuellen Wahlkampf. Dazu aufgerufen hatte eine Vereinigung namens „Eine Million Hände“, die für ein Friedensabkommen mit den Palästinensern auf der Grundlage von „zwei Staaten für zwei Völker“ eintritt. „Bibi *(Spitzname für Netanjahu),* geh nach Hause“, lautete ein immer wieder zu hörender Sprechchor.

Bei den sich abzeichnenden Stärkeverhältnissen ist völlig offen, wie die nächste israelische Regierung aussehen wird. Die derzeitige Koalition unter Netanjahu kann jedenfalls nicht fortgesetzt werden. Doch auch eine Ablösung Netanjahus durch eine sozialdemokratisch-liberale Koalition ist schwierig, weil die beiden Parteien der „Zionistischen Union“ auf weitere Koalitionspartner angewiesen wären, die schwer zu finden sein dürften.

In manchen Medien wurde deshalb eine Kampagne für eine „Regierung der nationalen Einheit“ gestartet, also eine Große Koalition von Netanjahus Likud mit den Sozialdemokraten und Liberalen. Doch ein rasches Zusammengehen dieser beiden Blöcke nach der Wahl, obwohl sie sich im Wahlkampf heftig bekämpft hatten, wäre dem Wahlvolk wohl nur schwer zu vermitteln. Möglicherweise würde dies die verbreitete Proteststimmung in der Bevölkerung, die sich im voraussichtlichen Rückgang der Stimmen für Netanjahu ausdrückt, weiter verstärken. Sie betrifft vor allem soziale Fragen wie die enorm steigenden Mieten, was sich aber auch mit einer zunehmenden Kritik an den großen Militärausgaben für das Besatzungsregime und an den Kosten für den Ausbaus israelischer Siedlungen im Westjordanland verbindet.

Unter diesen Umständen bekommt ein weiterer Faktor ein besonderes Gewicht, der das eigentlich Neue in diesem Wahlkampf ausmacht. Zum ersten Mal in der Geschichte haben sich nämlich die drei Listen der arabischen Minderheit in Israel („Islamische Bewegung“, „Nationale Demokratische Versammlung“ und „Arabische Bewegung für eine Wende“) mit der maßgeblich von der Kommunistischen Partei unterstützten Liste „Demokratische Front für Frieden und Gleichberechtigung“ (Chadasch) zu einer „Vereinigten Liste“ zusammengeschlossen. Die Umfragen sagen dieser Liste voraus, dass sie mit 13 bis 15 Mandaten in der künftigen Knesseth (bisher 11) drittstärkste politische Kraft im israelischen Parlament werden könnte.

An der Spitze der „Vereinigten Liste“ steht Chadasch-Generalsekretär Aiman Odeh, zwei Mitglieder des Politbüros der israelischen KP stehen auf Platz 5 (Aida Tuma Suleiman) und 8 (Dov Khenin). In der vereinbarten „Politischen Plattform“ heißt es, die Vereinigte Liste sei „ein Ausdruck der Einheit des Kampfes der arabisch-palästinensischen Bevölkerung gegen alle Zweige und Parteien der Regierung mit den Bemühungen progressiver jüdischer Kräfte, die gegen Besatzung, Rassismus und Diskriminierung kämpfen“. Die Liste spricht sich klar „für einen gerechten Frieden in der Region auf der Grundlage der Resolutionen der Vereinten Nationen“, für „ein Ende der Besetzung aller 1967 eroberten Gebiete“, für die „Auflösung aller israelischen Siedlungen“ und die Beseitigung des „rassistischen Trennzauns“ in den besetzten Gebieten, für die Freilassung aller politischen Gefangenen und die „Errichtung eines souveränen, unabhängigen Staates Palästina in den Grenzen vom 4. Juni 1967 mit seiner Hauptstadt in Ostjerusalem“ aus.

In einem Interview mit der „Jerusalem Post“ hob eine Sprecherin der „Vereinigten Liste“ hervor, dass die Liste keinerlei Absicht habe, sich einer eventuell von den Sozialdemokraten geführten Regierungskoalition anzuschließen, denn sie wolle „nicht Teil der schlechten Entscheidungen werden, die eine solche Regierung voraussehbar treffen“ werde. Sie schloss aber nicht aus, dass es von Fall zu Fall eine „Unterstützung von außen“ für eine solche Regierung geben könnte, wenn es um konkrete Vorhaben im Interesse der Menschen gehe, oder auch, wenn eine Rückkehr von Netanjahu an die Regierungsmacht damit verhindert wird.

Dirk Grobe

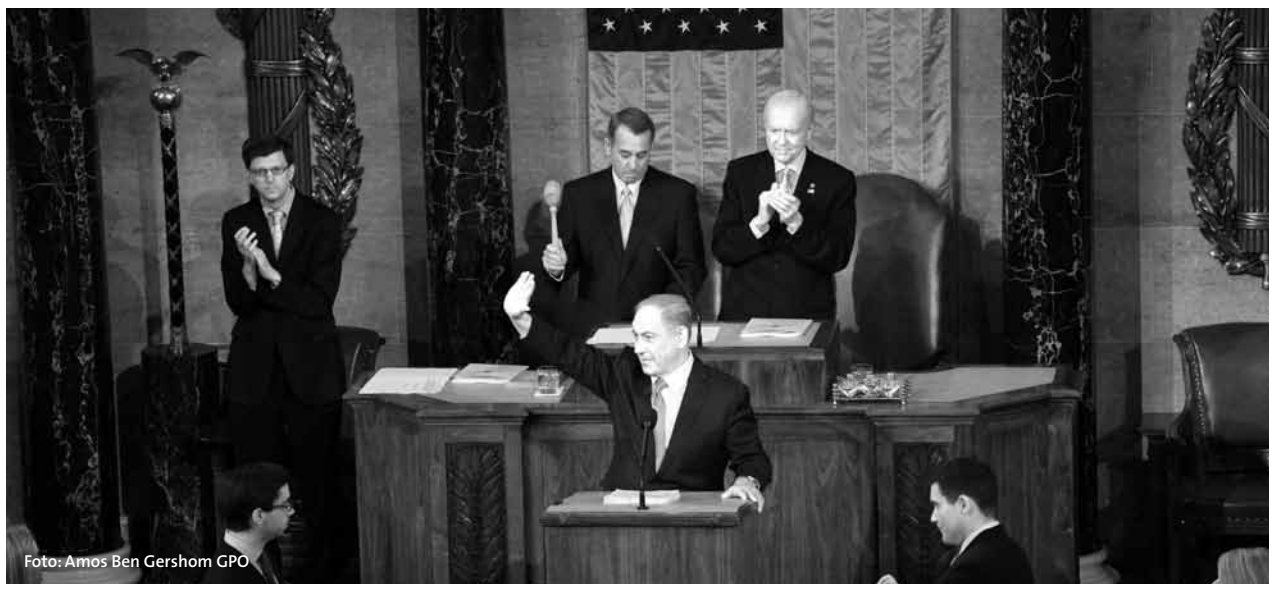


Foto: Amos Ben Gershom GPO

Netanjahu nach seiner Rede im US-Kongress. Er hatte einmal mehr davor gewarnt, dass Iran innerhalb kürzester Zeit eine Atombombe bauen könnte – wie in den letzten neunzehn Jahren schon häufiger.

Der Beitrag der Kommunisten

Treffen kommunistischer Jugendorganisationen in Frankfurt

„PEGIDA Flandern“ in Belgien, ein gestärkter Front National in Frankreich, aggressive griechisch- und türkisch-nationalistische Kräfte in Zypern – die Erscheinung der rechten Kräfte ist unterschiedlich, ihre Funktion grundsätzlich gleich.

Über ihre Erfahrungen im antifaschistischen Kampf, über die Lehren des antifaschistischen Sieges vor 70 Jahren und über die laufenden Klassenkämpfe in ihren Ländern tauschten sich die Vertreter 13 kommunistischer Jugendorganisationen aus. Zum 11. Mal trafen sie sich zum „Meeting of European Communist Youth Organisations“ (MECYO), zum ersten Mal richtete die SDAJ das Treffen am 7. und 8. März in Frankfurt aus. In einer Erklärung zum 70. Jahrestag des Sieges über den Nazifaschismus betonte das Treffen, dass die unterschiedlichen faschistischen und reaktionären Kräfte den Interessen des großen Kapitals dienen.

Die Beiträge der Organisationen machten auch deutlich, wie lebendig die Kämpfe der Vergangenheit heute sind: Die Rednerin der Portugiesischen Kommunistischen Jugend machte deutlich, dass die heutige Schwäche faschistischer Kräfte in Portugal auch mit der Nelkenrevolution von 1974 zusammenhängt, während der Vertreter der Griechischen Kommunistischen Jugend die Traditionslinie des faschistischen Einflusses in Griechenland in den Zusammenhang der Niederlage im griechischen Bürgerkrieg stellte.

Den zweiten Tag der Konferenz nutzten die Delegierten unter anderem zu einem Erfahrungsaustausch über ihre jeweilige Arbeit unter Schülern, Studierenden und jungen Beschäftigten, über die Lage der Jugend in ihren Länder und die Aufgaben junger Kommunisten in Gewerkschaften und Bewegungen.

Alle teilnehmenden Organisationen sind gleichzeitig Mitglieder des Weltbundes der Demokratischen Jugend (WBDJ). Dementsprechend nahm auch der WBDJ-Präsident, der Zyprer Nicolas Papadimitriou, am MECYO teil. Im Gespräch mit UZ unterstrich er, dass der WBDJ mit den kommunistischen Mitgliedsorganisationen „ein gemeinsames Verständnis davon teilt, wie der Faschismus von den imperialistischen Kräften genutzt wird, ein gemeinsames Verständnis des Antikommunismus der EU und des Beitrages der Kommunisten und der Sowjetunion zum antifaschistischen Kampf“ .

UZ

Kräfte bündeln

SDAJ richtet MECYO aus – Gespräch mit Jule W.

Wie bewertet ihr die Ergebnisse des Treffens?

Wir sind sehr zufrieden, dass trotz aller Kontroversen eine gemeinsame Erklärung kommunistischer Jugendorganisationen zur Situation Europas 70 Jahre nach dem Sieg über den Faschismus zustande gekommen ist. Das zeigt, dass wir in der Lage sind, unsere Kräfte zu bündeln – gegen alle Formen des Faschismus, gegen die reaktionäre EU, für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Krieg.

Welchen Nutzen hat so ein Treffen für eure Arbeit hier in Deutschland?

Mit dem Treffen haben wir ein Zeichen gesetzt, dass ein Ausweg aus der Krise im Interesse der Werktätigen nur auf dem Weg des Internationalismus erreicht werden kann. In diesem Sinne werden alle Organisationen in ihren Ländern gemeinsame Aktivitäten zum 8. und 9. Mai 2015 entwickeln.

In welchem Verhältnis stehen für euch die Arbeit im WBDJ und die Zusammenarbeit kommunistischer Jugendorganisationen?

Unser Engagement im WBDJ steht in keinerlei Widerspruch zur Vernetzung kommunistischer Jugendorganisationen in Europa. Im Gegenteil, wir sind davon überzeugt, dass diese enge Zusammenarbeit eine Stärkung für den antiimperialistischen Weltbund bedeuten kann, der dieses Jahr sein 70-jähriges Bestehen feiert.

Jule W. ist beim Bundesvorstand der SDAJ für internationale Arbeit verantwortlich.

Die einzig mögliche Zukunft

Aus der gemeinsamen Erklärung des 11. Treffens der europäischen kommunistischen Jugendorganisationen:

„70 Jahre nach dem antifaschistischen Sieg sind wir stolz darauf, dass wir – als junge Kommunistinnen und Kommunisten – in der Tradition derer stehen, die am konsequentesten gegen den Faschismus und gegen das System, das ihn hervorbringt, gekämpft haben. (...)

Wir als europäische kommunistische Jugendorganisationen rufen (...) die arbeitende und lernende Jugend Europas dazu auf, gemeinsam mit der Arbeiterklasse zu mobilisieren – gegen die EU, für das Ende aller Gegenreformen (...) und um zum Gegenangriff überzugehen für die Eroberung der einzig möglichen Zukunft der Jugend von heute und von morgen.

In den Kämpfen, die wir heute führen, können wir Erfolge erzielen. Dennoch müssen wir für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, ohne Krieg und Unterdrückung, eine Gesellschaft des Friedens und der Solidarität kämpfen, in der die politische Macht nicht länger vom Monopolkapital ausgeübt wird, sondern in den Händen der Arbeiterklasse liegt. Diese Gesellschaft ist der Sozialismus/Kommunismus.“

Comac (Belgien), SDAJ (Deutschland), MJCF (Frankreich), KNE (Griechenland), FGC (Italien), KJÖ (Österreich), JCP (Portugal), RKSMB (Russland), CJC (Spanien), UJCE (Spanien), KSM (Tschechien), KG (Türkei), EDON (Zypern).

Übersetzung: UZ

Nur durch den Kampf der Massen

Troika-Diktat und Rechtsregierung, Hoffnungen und Perspektiven – die PCP verteidigt die Werte der Nelkenrevolution

UZ: *Portugal ist eines der am meisten in die Krise der EU verstrickten Länder. Welchen Nachhall hatte das Wahlergebnis in Griechenland bei euch?*

Pedro Guerreiro: Für die Portugiesische Kommunistische Partei (PCP) haben die Wahlergebnisse in Griechenland die Zurückweisung der so genannten Memoranden der EU und einen tiefen Willen nach einem Politikwechsel ausgedrückt. So ergab sich eine Niederlage für die Rechtsparteien und die Sozialdemokratie, die neben der EU verantwortlich für die Politik der Intensivierung der Ausbeutung und der Zerstörung der Arbeits- und sozialen Rechte sind, sowie für die Negierung der grundlegendsten Lebensbedingungen, für den wirtschaftlichen Niedergang und für das Ende der nationalen Souveränität – was dem griechischen Volk auferlegt wurde.

Das Bild, das sich vorher abzeichnete, und der Prozess nach den Wahlen in Griechenland war und ist ständig charakterisiert von unzulässigen Erpressungen und Druck der EU, was deren Natur und Klassenpolitik offen legt.

Es ist ein Prozess, der klarmacht, dass die Orientierungen und Auflagen der Europäischen Union und der Wirtschafts- und Währungsunion inakzeptable Bedingungen sind, wenn Politik zu Gunsten der legitimen Interessen und Wünsche der Völker gemacht werden sollen. Und es ist ein Prozess, der zeigt, dass man zur Bekämpfung dieser Politik und der Auflagen der EU kohärent das Recht jedes Volkes auf seine eigene Entscheidung, ohne äußere Einmischung, über seinen Entwicklungsweg verteidigen muss.

Für die PCP kann nur ein effektiver Bruch mit der Politik, den Instrumenten und den Herrschaftsmechanismen der kapitalistischen europäischen Integration eine Lösung der schweren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme möglich machen, die die verschiedenen Staaten der EU belasten.

Die Portugiesische KP ist solidarisch mit den Arbeitern und dem Volk Griechenlands, so wie auch mit den anderen Völkern Europas, denn sie denkt, dass die Konkretisierung ihrer Wünsche und die Verteidigung der nationalen Souveränität in ihrem Kampf untrennbar sind.

UZ: *Wie drückt sich der Widerstand des portugiesischen Volks gegen die antidemokratischen und volksfeindlichen Maßnahmen der Troika aus? Wankt die Regierung oder ist sie stabil?*

Pedro Guerreiro: In Portugal haben 38 Jahre rechte Politik und 28 Jahre kapitalistische europäische Integration die Neubildung der Monopolgruppen und ihre wirtschaftliche und politische Herrschaft, den Angriff auf die Arbeits- und Sozialrechte, den Niedergang der Demokratie sowie die Unterwerfung und die Aufopferung der nationalen Interessen unter ausländische Interessen gebracht – eine Politik in ständigem Widerspruch zur portugiesischen Verfassung. Das stellt eine ernste Gefahr für die Souveränität und die nationale Unabhängigkeit dar und hat dazu geführt, dass die zwischen 1974 und 1976 errungenen tiefgreifenden Transformationen der Aprilrevolution zerstört wurden.

Der Weg der Ausbeutung, der Verarmung und der Abhängigkeit vom Ausland, den die PS, die PSD und die CDS-PP mit den „Memoranden" der EU und des IWF auf eine desaströse Stufe gehoben haben und wo die Auslandsschulden als Instrument der Plünderung und der Einmischung benutzt werden, hat das Land in die Rezession und wirtschaftliche Stagnation getrieben, in die Arbeitslosigkeit, die Armut und die Emigration.

Angesichts dieser gewaltsamen Offensive haben die Arbeiter, die verschiedenen Sektoren und gesellschaftlichen Schichten in der Bevölkerung große und kleine Kämpfe, General- und Branchenstreiks, Demonstrationen und Zusammenkünfte in den Unternehmen und Arbeitsstellen und in den Ortschaften zur Verteidigung ihrer Rechte, Interessen und Lebensbedingungen durchgeführt – ein Kampf, in dem die Arbeiter und die gewerkschaftliche Einheits- und Klassenbewegung, organisiert über die CGTP-IN, eine entscheidende Rolle haben.

Als Konsequenz des Kampfs der letzten Jahre ist die PSD/CDS-PP-Regierung politisch isoliert. Hierbei kämpft die PCP für einen Bruch mit der Rechtspolitik und für eine patriotische und linke Alternative.

UZ: *Und mit welchen politischen Kräften strebt deine Partei einen Wechsel in der nationalen Politik an, hin zu einer volksnahen Linksregierung?*

Pedro Guerreiro: Um das zu beantworten, ist es nützlich darauf hinzuweisen, dass die patriotische und linke Politik, die die PCP dem portugiesischen Volk vorschlägt, auf Folgendem beruht: Neuverhandlung der Schulden, des Gesamtbetrags, der Zinsen und der Fristen; Bewerbung und Aufwertung nationaler Produktion und Schaffung von Arbeit; Rückgewinnung von strategischen Sektoren und Unternehmen in die öffentliche Kontrolle, unter anderem im Finanzsektor; Aufwertung der Löhne, Renten und Einkommen der Arbeiter und des Volkes; Verteidigung des öffentlichen Dienstes und der sozialen Funktionen des Staates, unter anderem der Rechte auf Bildung, Gesundheit und sozialen Schutz; eine Steuerpolitik, die die Belastungen der Einnahmen der Arbeiter und der kleinen und mittleren Unternehmen verringert und die Renditen und den Besitz des Großkapitals, die Gewinne und die Finanzspekulation stark besteuert; Ablehnung der Unterwerfung unter die Auflagen des Euro und der Europäischen Union, womit dem Land seine wirtschaftliche, haushälterische und monetäre Souveränität zurückgewinnen würde.

Pedro Guerreiro ist Mitglied des Sekretariats des Zentralkomitees der Portugiesischen Kommunistischen Partei (PCP) und dort für internationale Beziehungen verantwortlich.

Um diese Alternative umzusetzen, bemüht sich die PCP um die Einheit und Verbreiterung des Zusammenflusses der Kämpfe der Arbeiter, der Menschen der verschiedenen Sektoren und gesellschaftlichen antimonopolistischen Schichten, die, ausgehend von ihren speziellen Zielen und Forderungen, für einen Bruch mit der Rechtspolitik und für eine patriotische und linke Alternative aktiv werden.

Die Erringung dieser Politik und der Regierung, die sie durchführt, geht über die Entwicklung von Massenkampf, über die Konstituierung einer breiten gesellschaftlichen Front, über die Konvergenz von Demokraten und Patrioten sowie notwendigerweise über die Stärkung der PCP und ihres gesellschaftlichen und politischen Einflusses.

Man muss unterstreichen, dass der entsprechende politische Ausdruck der gesellschaftlichen Bündnisse ein komplizierter Prozess ist, untrennbar verbunden mit der Verbreiterung und der Entwicklung des Kampfes und der Erhöhung des gesellschaftlichen und politischen Bewusstseins weiter Volksschichten – ein politischer Ausdruck, der immer mit der PCP rechnen muss!

Die patriotische und linke Alternative, um die die PCP kämpft, steht in Konfrontation mit den Interessen und der Macht der großen Monopole und des Imperialismus und ist eine Alternative, die den Weg zu einer fortgeschrittenen Demokratie öffnet, verbunden mit den Werten der Nelkenrevolution, die integraler Bestandteil des Kampfes für den Sozialismus in Portugal ist.

UZ: *Die PCP gehört nicht zur Europäischen Linkspartei. Warum ist sie keine Option für euch, und gibt es nicht auch Vorteile in einer Konstruktion, wie sie die ELP hat?*

Pedro Guerreiro: Die Realität in Europa stellt uns Kommunisten und die fortschrittlichen Kräfte vor große Herausforderungen.

Die EU, versunken in einer Krise und wachsenden Widersprüchen, intensiviert die Ausbeutung, die Rücknahme von Arbeitsrechten und die Unterdrückung der nationalen Souveränität; sie fördert die Konzentration und Zentralisation der wirtschaftlichen und politischen Macht, vertieft ihren neoliberalen, föderalistischen und militaristischen Kurs und bekräftigt sich als imperialistischen Block zu Gunsten der Interessen des Großkapitals und der Großmächte.

Angesichts der Vertiefung der strukturellen Krise des Kapitalismus begibt sich der Imperialismus in eine aggressive Eskalation und setzt auf Krieg und Faschismus – Beispiele sind die Ausweitung der NATO nach Osten und die Entwicklung in der Ukraine.

Foto: CGTP-IN

„An diesem Frühlingstag waren es viele, viele tausend, die bekräftigten, dass sie widerstehen und ihr Recht auf ein besseres Leben nicht aufgeben werden", erklärte der Gewerkschaftsverband CGTP-IN, nachdem er am 7. März im ganzen Land – hier in Porto – Demonstrationen durchgeführt hatte.

Für die PCP ist in diesem Rahmen die Stärkung und solidarische Zusammenarbeit der Kommunistischen Parteien untereinander und mit anderen fortschrittlichen Kräften fundamental – bei Respektierung unterschiedlicher Situationen, Ansichten und Vorschlägen –, wobei zuvorderst die gemeinsame Aktion hinsichtlich der dringendsten Fragen der Arbeitenden und der Völker und der Kampf für ein Europa der Zusammenarbeit, des Fortschritts und des Friedens stehen.

Allerdings denkt die PCP, dass Positionen der Anpassung an das System, wie sie die Europäische Linkspartei hat, oder dogmatische und sektiererische Konzeptionen Faktoren von Spaltung und Unverständnis gebracht haben, welche die notwendigen Fortschritte in der Kooperation und Solidarität zwischen den Kommunistischen Parteien und anderen fortschrittlichen und antiimperialistischen Kräften in Europa erschweren.

Die Fragen stellte Günter Pohl

Sie war neunzehn

Internationalistin aus Duisburg in Rojava gefallen

„Hinter uns ist das Gebiet des IS", sagt die junge Frau im Tarnanzug, vermummt mit einem grünen Tuch, in der Hand ein Sturmgewehr, in dem Youtube-Video. Sie trägt den Kampfnamen Avasin Tekosin Günes, tatsächlich heißt sie Ivana Hoffmann.

„Immer positiv" sei sie gewesen, so eine linke Duisburger Aktivistin gegenüber UZ. Sie kennt Ivana Hoffmann aus Duisburg, wo sie aufgewachsen ist und in den Bildungsstreiks der Jahre 2008 und 2009 aktiv war. Später kam sie zu der linken Jugendorganisation „Young Struggle". Sie trat der türkischen „Marxistisch-Leninistischen Kommunistischen Partei" (MLKP), die auch in Deutschland eine Organisation hat, bei.

„Sechs Monate lang kämpfte sie mit den kurdischen Kräften gegen den IS."

Der Versuch, im syrischen Teil Kurdistans eine neue Gesellschaft aufzubauen, die Berichte von der blutigen Bedrohung durch den IS brachten sie dazu, sich dem bewaffneten Kampf anzuschließen. „Nichts hält mich mehr hier. Ich kann nicht tatenlos zusehen während meine Schwestern, Brüder, Freunde, Mütter, Väter, Genossen um die Freiheit, um die Unabhängigkeit vom Kapitalismus kämpfen", schrieb sie in einem Abschiedsbrief, als sie im vergangenen Jahr nach Rojava ging.

Mit den kurdischen Selbstverteidigungskräften kämpfte sie sechs Monate lang gegen die Terroristen. In dem Youtube-Video fährt sie fort: „Rojava ist der Anfang, Rojava ist unsere Hoffnung."

„Ivana fiel im Kampf für die Freiheit. Es ist schrecklich, Freundinnen, Genossinnen zu verlieren. Noch schrecklicher ist es, wenn sie, wie Ivana, in so jungen Jahren durch die Kräfte der Reaktion aus unseren Reihen gerissen werden", schrieb Patrik Köbele, der Vorsitzende der DKP, an „Young Struggle". In der Nacht zum 7. März fiel Ivana Hoffmann im Alter von 19 Jahren im Kampf gegen den IS in dem syrischen Dorf Tell Tamer, nahe der türkischen Grenze, etwa 200 km östlich von Kobane. Durch den Ort verläuft eine Straße ins irakische Mossul, die der IS unter seine Kontrolle bringen will. In einer Erklärung zum Tod ihrer Genossin meldete die MLKP, dass der Vorstoß des IS gestoppt worden sei.

Olaf Matthes

Menschenrechts-Erpressung

EU hält am „Gemeinsamen Standpunkt" zu Kuba fest

Während die USA nach der von Obama verkündeten Kursänderung in der Kuba-Politik schon bis zum Sommer wieder diplomatische Beziehungen zwischen den beiden Staaten herstellen zu wollen, hinkt die EU bei der Normalisierung des Verhältnisses zu der sozialistischen Insel hinterher.

Am 4./5. März absolvierten die Unterhändler der EU und Kubas zwar ihre dritte Gesprächsrunde in Havanna. Aber da wurden lediglich Möglichkeiten der Zusammenarbeit im Bildungs- und Gesundheitswesen, in der Landwirtschaft, in der Kultur und beim Handel sondiert. Die „politischen Fragen", nämlich Fragen der nationalen Souveränität, Menschenrechte, Frieden und Sicherheit sowie Kampf gegen den Terrorismus sollen erst bei einer nächsten Zusammenkunft, deren Termin noch nicht festgelegt wurde, zur Debatte stehen.

Beide Seiten haben den Verlauf der dritten Gesprächsrunde zwar als „konstruktiv" bewertet und von „substanziellen Fortschritten" gesprochen. Dennoch will die EU bis auf weiteres unverändert an ihrem 1996 beschlossenen und 2003 verschärften „Gemeinsamen Standpunkt gegenüber Kuba" festhalten, der die Beziehungen seither erheblich behinderte und blockierte. In dem Text heißt es wörtlich, Ziel der EU sei es, in Kuba „einen Prozess des Übergangs in eine pluralistische Demokratie und die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten … zu fördern". Mit anderen Worten: Die EU macht eine Änderung des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems auf der Insel nach den alleinigen Vorstellungen der EU-Oberen unter Missachtung der eigenen Entscheidungsrechte des kubanischen Volkes zur Vorbedingung.

Die seit April 2014 abwechselnd in Havanna und Brüssel durchgeführten Gesprächsrunden haben deshalb auch lediglich das Ziel, in einem Abkommen über „politischen Dialog und Zusammenarbeit" die Modalitäten und ein Art Fahrplan für weitere Verhandlungen festzulegen. Dabei werde „EU-seitig die Geschwindigkeit der Verhandlungen von der Lage der Menschenrechte in Kuba abhängig gemacht und deren Entwicklung laufend überprüft", heißt es in einer vom deutschen Auswärtigen Amt veröffentlichten Übersicht.

Offensichtlich beharren die EU also weiter auf dem Standpunkt, eine umfassende Normalisierung der Beziehungen zu Kuba von der Erfüllung von Vorbedingungen abhängig zu machen. Da scheint USA-Präsident Obama schon weiter zu sein. Er gab immerhin zu, dass die seit Jahrzehnten betriebene Politik der Erpressung gegenüber Kuba ein Fehlschlag war und deshalb aufgegeben werden muss.

Georg Polikeit

Unaufgeregt

Frankreich: Wenig Interesse für „Rüge" der EU

Während die „Rüge" der EU-Kommission für Frankreich wegen Nichteinhaltung der Defizitregeln des Euro-Stabilitätspakts in den deutschen Mainstream-Medien zum Anlass zahlreicher kritischer Berichte und Kommentare gegenüber dem europäischen Nachbarland über seine nach wie vor schwächelnde Wirtschaft genutzt worden ist, hat das Vorgehen der EU-Kommission in den französischen Medien weitaus weniger Aufregung hervorgerufen.

Die führende französische bürgerliche Tageszeitung „Le Monde" hatte für den Vorgang gerade mal einen kleinen Bericht von 2500 Zeichen übrig, der Tenor in den meisten anderen führenden französischen Medien war ähnlich. „Le Monde" beschränkte sich im Wesentlichen auf die Mitteilung, es sei ja schon seit einem halben Jahr „ausgeschlossen" gewesen, dass Frankreich sein Haushaltsdefizit schon 2015 auf 3 Prozent reduziert, wie es die EU-Regeln eigentlich verlangten. Deshalb sei es jetzt in Brüssel nur darum gegangen, ob die EU Frankreich eine Fristverlängerung um zwei oder drei Jahren genehmigt. Die Zielmarke bis 2017 zu erreichen, wie von der EU jetzt zur Auflage gemacht wurde, habe die französische Regierung aber schon vorher selbst in der Haushaltsplanung festgelegt, wie Finanzminister Sapin anmerkte. Premierminister Valls habe dazu erklärt, Frankreich werde die europäischen Direktiven befolgen, aber „nach unserem Rhythmus und unter steter Bevorzugung unserer Prioritäten". Darüber hinaus fügte die Zeitung noch den Hinweis hinzu, dass außer Frankreich noch 7 weitere Euro-Staaten im Jahr 2013 die 3-Prozent-Regel nicht eingehalten haben, nämlich Spanien, Portugal, Italien, Irland, Slowenien, Griechenland und Zypern.

P. P.

Internationaler Frauentag 2015

Foto: Shari Deymann

Frauen im Kampf gegen Faschismus und Krieg

Im Hamburger Magda-Thürey-Zentrum der DKP fand am 8. März im überfüllten Saal eine Veranstaltung zum Internationalen Frauentag statt. Der mit „Frauen im Kampf gegen Faschismus und Krieg“ überschriebene Abend hatte ein interessantes Programm zu bieten.

Damals wie heute kämpften und kämpfen Frauen gegen Krieg und Faschismus, häufig in vorderster Front. Viele haben ihr eigenes Leben für die Freiheit und den Sieg der Menschlichkeit gegeben. Diesen Frauen war diese Veranstaltung gewidmet.

Eröffnet wurde der Abend mit der Lesung von Clara Zetkins Eröffnungsrede als Alterspräsidentin des Reichstags am 30. August 1932, in der sie eine Einheitsfront aller Werktätigen gegen den Faschismus forderte. Für die musikalischen Zwischenspiele sorgte Claudia, die aus Münster angereist war und zur Gitarre ein breites Repertoire von Tucholsky über italienischen Widerstand bis zu Joan Baez gesungen hat. Beeindruckend war auch die anschließende Lesung von Esther Bejarano aus ihren Erinnerungen an Auschwitz und Ravensbrück und ihre Familiengeschichte während des Faschismus.

In die literarische Gegenwart ging es anschließen mit Doris Gercke, die einige Passagen aus ihrem Bella-Block-Krimi „Bella Ciao“ vorlas, in dem es hintergründig um die Rüstungsproduktion in Hamburg geht.

Den Abschluss bildeten zwei junge Kurdinnen, die über die Situation und den Kampf der Kurdischen Frauen in Rojava berichteten. In der Politik haben Frauen trotz großer Schwierigkeiten bewiesen, dass sie auf jeden Fall eine führende Rolle spielen können und diese auch einnehmen werden. An der provisorischen Regierung der Region nehmen Frauen aktiv teil.

Einen Bogen zu spannen von Rosa Luxemburg und Clara Zetkin über den Widerstand gegen den Faschismus, gegen den Angriffskrieg gegen Jugoslawien hin zu den Kämpferinnen in Kobane, das ist an diesem Abend absolut gelungen.

N. Noreik

Foto: Püsche

Heidenheimer GenossenInnen haben zum Internationalen Frauentag einen Infostand durchgeführt und 300 Blumen inkl. Handzettel verteilt. Am Tag zuvor verteilten sie 200 UZ-Extra vor den Toren der Firma Osram.

Foto: Shari Deymann

Friedenskampf der Frauen

Die diesjährige Frauentagsveranstaltung von DKP Baden-Württemberg und SDAJ fand erstmals in den Räumen der DIDF in Stuttgart-Feuerbach statt. Das Motto lautete „Frauen gegen den Krieg“. Die Veranstalter konnten über 70 TeilnehmerInnen – darunter auch Gäste von befreundeten Organisationen und aus dem erweiterten linken Spektrum – begrüßen. Nach der Eröffnung und einigen Worten über die Eskalation imperialistischer Kriege weltweit wurde von einer Genossin der SDAJ die aktuelle Lage der Frauen in Deutschland geschildert. Die Hauptreferentin Susann Witt-Stahl sprach über die Hintergründe und Entwicklung des Euro-Maidan, über die Rolle der Faschisten, über die Lage in der Ostukraine und die Situation der Bevölkerung dort sowie über die Rolle der Kommunisten in der Ostukraine. Danach waren von Susann Witt-Stahl sehr viele Fragen aus dem Publikum zu beantworten.

Die Veranstaltung wurde von Marianne musikalisch begleitet und umrahmt.

Für das leibliche Wohl sorgte ein hervorragendes Buffet, das von den KollegInnen der DIDF liebevoll bereitgestellt wurde und sehr großen Zuspruch fand.

Insgesamt war der diesjährige Frauentag ein echtes Highlight. Ein großer Teil der Gäste gesellte sich anschließend noch zu einem gemütlichen Beisammensein.

Konni Lopau

„Bombenstimmung“

Auch in diesem Jahr besuchten wieder knapp 200 ZuschauerInnen die bereits traditionelle Frauentagsveranstaltung des Essener DKP-Frauenarbeitskreises.

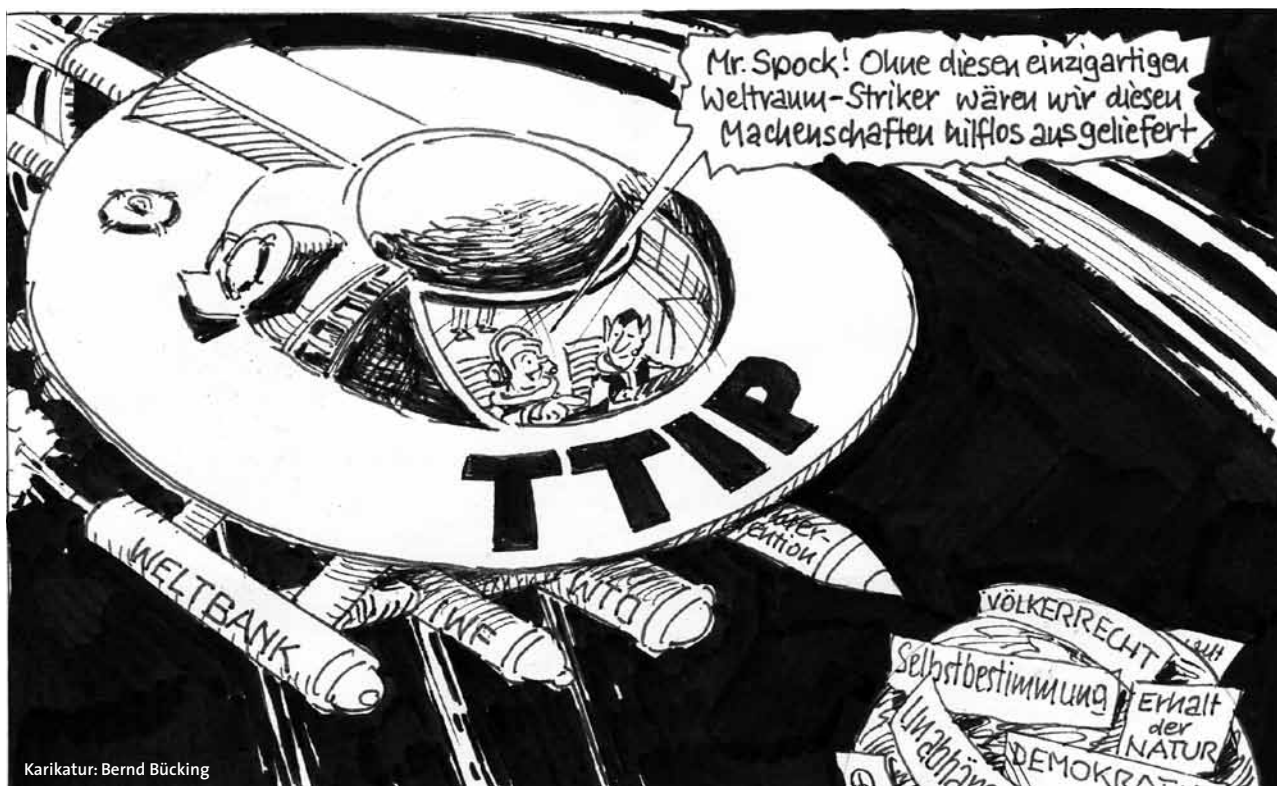
Bei der Anti-Kriegs-Revue „Bombenstimmung“ führte ein zynischer und kriegslüsterner Teufel durch das Programm und stellte seine diabolischen MitstreiterInnen Gauck, Merkel, von der Leyen & Co vor, die von den großartigen Darstellerinnen aufs Vergnüglichste und Bissigste parodiert wurden.

Keineswegs zu kurz kamen dabei entlarvende und beängstigende Informationen über die verlogene und heuchlerische Politik der herrschenden Imperialisten und die gezielten Fehlinformationen durch ihre Medienvertreter.

Bundeswehrwerbung in der Schule wurde ebenso amüsant karikiert wie die Vergabe der Friedensnobelpreise. Kämpferische Statements rundeten zum Schluss das Programm ab.

„Die Waffen nieder“ hieß es da und „ … gib nicht auf, tu was!“ Dieser Aufforderung werden sicherlich viele der begeisterten ZuschauerInnen nachkommen. Die Revue wird am kommenden Samstag noch einmal in Berlin aufgeführt.

Barbara Kuprat



Karikatur: Bernd Bücking

„Kriegsvorbereitungen subtiler“

Friedensbewegung mobilisiert zu traditionellen Ostermärschen

UZ: *Die traditionellen Ostermärsche stehen kurz bevor. Was werden in diesem Jahr die dominierenden Themen sein?*

Felix Oekentorp: Wir haben beim Aufruf zum Ostermarsch Rhein-Ruhr den Fokus auf NRW gelegt. Krieg beginnt hier. Wir kritisieren Rüstungstechnik und -produktion durch Konzerne in NRW beispielsweise bei der URENCO in Gronau, wir klagen Kriegsplanung und -vorbereitung in NRW in der Kommandozentrale in Kalkar und beim Deutsch-Niederländischen Korps in Münster an und wir wenden uns gegen den Missbrauch von Forschung und Lehre durch die noch immer geltende Kooperationsvereinbarung der Bundeswehr mit Schulministerien, auch in NRW.

Sowohl bei uns als auch bei vielen anderen Ostermarsch-Aufrufen in Deutschland wird gefordert, Flüchtlinge aufzunehmen und menschenwürdig zu behandeln. Weltweit sind mehr als 50 Millionen Menschen auf der Flucht, davor darf unsere Gesellschaft nicht die Augen verschließen. Da müssen wir uns unserer Verantwortung stellen.

UZ: *Andere Themen wären die Stationierung US-amerikanischer Atomwaffen in Büchel, die Überwachung der Bundesbürger durch NSA und deutsche Geheimdienste, das Vorrücken der NATO an die russische Grenze, Bundeswehr-Propaganda an Jobcentern und eine zunehmende Kriegsgefahr. Droht der Ostermarsch zu einer Art politischem Gemischtwarenladen zu werden?*

Felix Oekentorp: Es ist tatsächlich angesichts der Vielzahl von friedenspolitischen Missständen ausgesprochen schwierig, sich bei einem gemeinsamen Aufruf auf einen Punkt zu fokussieren. Wir sind nicht mehr in der Phase wo die Stationierung der Pershing deutschlandweit das eine gemeinsame Thema für Hunderttausende war, die Militarisierung und Kriegsvorbereitung geht schleichender und subtiler über die Bühne.

UZ: *Der Krieg in der Ukraine hat die Konfrontation zwischen der „westlichen Wertegemeinschaft“ und Russland wieder auf die Tagesordnung gebracht. Wird bei den Ostermärschen die Beteiligung von Faschisten auf Seiten der ukrainischen Armee Thema sein?*

Felix Oekentorp: Im Aufruf des Ostermarsches Rhein-Ruhr ist diese Beteiligung der Faschisten nicht explizit erwähnt, auch wenn das für die an der Debatte Beteiligten kein Geheimnis war. Es ist auch ohnehin schrecklich und gefährlich genug, wie dort gezündelt wird.

UZ: *Ist der Kampf gegen Krieg von dem gegen Faschismus – in Ost und West – überhaupt zu trennen?*

Felix Oekentorp: Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg, das ist Konsens unter allen Beteiligten beim Ostermarsch Rhein-Ruhr und auch bei allen anderen relevanten Organisationen und Gruppen in der Friedensbewegung. Wenn ich hier einschränkend von relevanten Organisationen und Gruppen spreche, dann grenze ich bewusst Teile der Montagsmahnwachen aus, und erst recht spreche ich den Nazis, die seit Jahren in Dortmund und anderswo ihr Unwesen treiben, das Recht ab, sich mit ihrem so genannten „Nationalen Antikriegstag“ als friedensengagiert zu präsentieren.

UZ: *In der Friedensbewegung wird nunmehr seit Monaten über den Umgang mit Bündnispartnern – etwa aus dem Spektrum der mittlerweile abklingenden Montagsmahnwachen – gestritten. Ist die traditionelle Friedensbewegung so desolat aufgestellt, dass diese Debatten für so viel Unruhe sorgen konnten?*

Felix Oekentorp ist Landessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) und einer der Organisatoren des Ostermarsches Ruhr www.ostermarsch-ruhr.de.

Felix Oekentorp: Es ist leider nicht immer so einfach, wie es scheint. Nicht an jedem Ort wo diese Montagsmahnwachen stattfanden oder noch stattfinden, sind diese nach rechts so offen wie es andernorts der Fall ist. Und bei dem unbestrittenen Nachwuchsproblem der Friedensbewegung war es für manche wohl zu verlockend in der Montagsmahnwachenbewegung neue Bündnispartner zu sehen. Da gab es Fehleinschätzungen, verbunden mit massiver Beratungsresistenz.

UZ: *Wäre es nicht einmal an der Zeit, eine schonungslose Bestandsaufnahme der Friedensbewegung durchzuführen?*

Felix Oekentorp: Wie soll denn eine solche Bestandsaufnahme stattfinden? Wer reist als Engagierter womöglich durch die halbe Republik, um mit einer Nabelschau das Wochenende zu verbringen? Wenn ich als ehrenamtlich Engagierter schon zu einem Treffen anreise, dann möchte ich dort Anregungen bekommen für gemeinsame Aktivitäten und motivierende Belege, was wir gemeinsam erreicht haben. Wenn überhaupt, dann kann das bei den bundesweit agierenden Organisationen vorgedacht werden, nur dort existieren die Strukturen zum Erarbeiten derartiger Analysen.

UZ: *Bei aller Solidarität: Existiert eigentlich überhaupt noch eine wirkliche Bewegung, die sich für Frieden stark macht, oder haben wir es nicht eher mit versprengten lokalen Initiativen zu tun?*

Felix Oekentorp: Gemessen an dem was mal in den 1980er Jahren üblich war, verbietet es sich tatsächlich fast, noch von Bewegung zu sprechen. Es hat aber leider ganz allgemein einen Rückgang ins Private, ins Konsumieren und weg von einem solidarischen Eintreten für bessere Bedingungen für alle gegeben. Das betrifft nicht nur die Friedensbewegung; unter sinkenden Mitgliederzahlen leiden auch Gewerkschaften, Parteien und auch Kirchen. Die Menschen wollen sich nicht mehr langfristig binden und empfinden es als Belastung statt als Bereicherung sich mit Gleichgesinnten zu engagieren. Und wenn es wie in der Friedensbewegung dazu gekommen ist, dass die Aktiven in den örtlichen Initiativen sich teilweise bis zum Rand der Selbstaufopferung engagieren, dann wirkt das auf mögliche Neueinsteiger eher abschreckend.

Es gibt aber auch positive Beispiele, wie etwa die Verbindung von politischem Engagement und Freizeitaktivitäten. Ein Beispiel dafür ist die Friedensfahrradtour, die die DFG-VK NRW im letzten Jahr mit einer Tour von Köln über Duisburg, Dortmund und Herford nach Berlin organisiert hat. Da gab es reichlich Gelegenheit für die Teilnehmenden, Eindrücke zu sammeln beim Besuch von Ausstellungen, bei Veranstaltungen mit und bei gastgebenden Friedensgruppen aber auch beim gemeinsamen Kochen. Im August wird es eine Neuauflage dieser Tour geben, diesmal von Münster über Kalkar nach Büchel.

UZ: *Fernab der Probleme der Friedensbewegung: Diese scheint noch immer stark genug zu sein, den sogenannten Reformerflügel der Linkspartei bei dessen Anbiederungskurs in Richtung NATO und sogenannte „humanitäre“ Bundeswehreinsätze im Ausland gehörig zu stören …*

Felix Oekentorp: Es ist sicher nicht nur der traditionellen Friedensbewegung geschuldet, dass die Linkspartei weiterhin die parlamentarische Kraft ist, die sich dem Entsenden von Soldaten verweigert. Die Linkspartei hat genau zwei Alleinstellungsmerkmale, das ist neben der Ablehnung der Hartz-IV-Gesetze der Antimilitarismus. Wenn auch nur eines dieser Standbeine aufgegeben wird, dann macht sich die Partei überflüssig, und das weiß sie auch. Die Grünen sind in den 1990ern diesen Weg gegangen, sie waren bis dahin für die Friedensbewegung der Ansprechpartner in den Parlamenten. Davon haben sie sich mit dem Bielefelder Kriegsparteitag verabschiedet. Inzwischen haben die Grünen als Partei der Besserverdienenden den Platz der FDP eingenommen. Der Platz dort ist also besetzt, die Linkspartei ist gut beraten, Friedenspartei zu bleiben.

Das Gespräch führte Markus Bernhardt

Gastkolumne von Alice Elles

Weit weg von der Zielgruppe

Alle Jahre wieder zum 8. März verteilen die verschiedensten Leute Blumen und Flyer, um auf die Unterdrückung von Frauen aufmerksam zu machen. Zurecht! Aber gerade junge Frauen wissen mit diesem Thema wenig anzufangen. Frauen meiner Generation fühlen sich nicht unterdrückt. Sie wollen auch nicht, dass ihnen das jemand einredet. Und während Alice Schwarzer mit ihrem ständigen Gerede von der weiblichen Opferrolle einfach nervt, zeichnen sich neuere bürgerlich-feministische Theorien durch völligen Realitätsverlust aus. In kaum einem anderen Politikfeld haben sich Theorie, Praxis und Zielgruppe derart weit voneinander entfernt. Während studentische FeministInnen mit der Diskussion ihrer gesellschaftlichen Geschlechter beschäftigt sind und beschließen, ihre Blogbeiträge jetzt mit Sternchen zu gendern, schlägt die durchschnittliche junge Frau sich mit prekärer Beschäftigung, Hausarbeit und überteuerter Kosmetik herum.

Bei diesem alltäglichen Spagat helfen auch kleinbürgerliche Appelle für mehr Selbstverwirklichung mit dem Verweis auf weiblich besetzte Führungspositionen nicht. Bei der „politisch korrekten“ Berufswahl entscheidet man sich entweder für einen typischen (Teilzeit-)Frauenarbeitsplatz inklusive der finanziellen Herausforderungen am Monatsende oder man geht in einen (Vollzeit-)Männerberuf und hat sowohl mit sexistischen Belästigungen als auch der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu kämpfen, um obendrein auch noch weniger Geld zu verdienen als die männlichen Kollegen.

Der Minimalanspruch heißt dann, wenigstens „etwas gegen sexistische Anmache und Benachteiligungen zu sagen“. Aber selbst das ist nicht immer umsetzbar. Neben der dazu nötigen Kraft und Schlagfertigkeit, die auch mal fehlen dürfen, ist man manchmal auch nicht in der Position etwas unternehmen zu können. Oft sind Anpassen und Ignorieren die leichteren Wege.

Weil das nicht gut klingt, lässt es sich ganz subjektiv-emanzipiert verpacken: „Ich entscheide mich freiwillig für eine klassische Frauenrolle.“ So sieht es dann nach maximaler Selbstverwirklichung in der kapitalistischen Lebensrealität aus, wenn jungen Frauen ihre Lebensgestaltung von den Spaltungsmechanismen unserer Gesellschaft diktiert wird.

Etwas ändern können wir daran nur, wenn Frauen ihre spezifischen Interessen als Teil der arbeitenden Klasse im Kampf um sie erkennen und durchsetzen. Das geht in Tarifrunden von frauendominierten Berufen, in Auseinandersetzungen um kostenlose Kita-Plätze und für gleichen Lohn für gleiche Arbeit sowie im täglichen Streben nach einem solidarischen Miteinander. Motivierend dabei: Wir sind nicht alleine. Wir lernen und kämpfen gemeinsam mit unseren männlichen Kollegen und Genossen.

Kommentar von Herbert Münchow

Keine Einwendungen

Wer auch nur ein Fünkchen Ahnung von den Interessen der Lohnarbeiter oder weiter gefasst der Lohnabhängigen hat, muss dem Tarifeinheitsgesetz seine Zustimmung versagen, denn es ist nicht nur verfassungswidrig, sondern stellt einen Frontalangriff auf die Gewerkschaften dar. Mit einem solchen Angriff hat die deutsche Arbeiterbewegung hinreichende und schmerzliche Erfahrung. Die UZ ließ daran keinen Zweifel.

Eigentlich sollte das auch für ein Mitglied der Linkspartei, welches sogar aktiv in gewerkschaftlicher Funktion tätig war und dafür von den Kollegen geschätzt wurde, ohne größere Erklärung klar sein. Die Rede ist von Bodo Ramelow, der den „Unrechtsstaat“ DDR inzwischen so verinnerlicht hat, dass ihm der Blick für die unterdrückte und ausgebeutete Klasse in der BRD völlig verloren gegangen ist, mag sie sich nun so fühlen oder nicht. Es ist doch bemerkenswert und kommt einem Skandal gleich, dass sich der Ministerpräsident von Thüringen in der 930. Sitzung des Bundesrates vom 6. Februar 2015, auf der als Tagesordnungspunkt 10 der „Entwurf eines Gesetzes zur Tarifeinheit (Tarifeinheitsgesetz)“ Drucksache 635/14 behandelt wurde, nicht zu Wort gemeldet hat, bevor es zur Abstimmung kam. Anwesend war er.

Zu einem anderen Tagesordnungspunkt hat er gesprochen. Eine Ausnahme war er allerdings nicht, denn niemand hatte eine Rede angemeldet. Und so gilt auch für Ramelow, dessen Abstimmungsverhalten aus dem Protokoll nicht ersichtlich ist: Der Gesetzentwurf „ist so beschlossen“, Einwendungen wurden nicht erhoben. Das muss doch ein Arbeiter wissen, wenn er über das Verhältnis der Linkspartei zum Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital nachdenkt. Wem nützt es?

Kommentar von Krassni Medwed

Fehlende Wertschätzung

Wir brauchen sie unser Leben lang, die Beschäftigten der sozialen und Erziehungsberufe. Ohne sie würde schon die Geburt unserer Kinder und Enkel eine riskante Angelegenheit. Wir vertrauen sie ihnen in Kindertagesstätten und Schulen an, wo wichtige Grundlagen für das ganze Leben gelegt werden. Wenn sie oder wir selbst schwer krank sind, tut es in jeder Hinsicht gut, sie in der Nähe unseres Krankenbetts zu wissen.

Und irgendwann brauchen wir fast alle mal Pflege. Wir sind froh, dass sie, wenn nötig, für unsere Eltern und Großeltern da sind, ob in der ambulanten oder in der stationären Pflege.

Warum aber werden ErzieherInnen in den Kita nicht akademisch ausgebildet, wie in anderen Ländern auch? Warum sind Kitas, Krankenhäuser und Pflegeheime unterbesetzt? Warum gibt es für angestellte Lehrer immer noch keine Tarifverträge? Warum tummeln sich gerade in der Pflege wie in der Weiterbildung Unternehmen, deren Geschäftsmodell Armutslöhne sind?

Weil den politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen Anderes wichtiger ist. Ob „Schwarze Null“, Auslandseinsätze der Bundeswehr, Steuergeschenke für Reiche oder die Rettung von Zockern und Spekulanten. Ob da nun für 172 Mrd. Euro die faulen Papiere der HRE (Hypo Real Estate) übernommen wurden oder unter dem verlogenen Titel „Griechenlandrettung“ 250 Mrd. an Athen und allen GriechInnen vorbei gleich in den Tresoren deutscher und französischer Banken landeten.

Der Umgang mit den Beschäftigten in den Sozial- und Erziehungsberufen zeugt über weite Strecken von wenig Wertschätzung. Wenig Wertschätzung aber auch für uns, für die Arbeitenden, die Rentner, unsere Kinder und Jugendlichen, die wir immer wieder auf funktionierende Sozial- und Erziehungseinrichtungen angewiesen sind. Der Mensch muss vor dem Profit kommen. Wenn wir jetzt solidarisch sind, tun wir auch uns selbst etwas Gutes.

(aus „Der Funke“, Zeitung der DKP Bad Kreuznach, Extra zum Internationalen Frauentag 2015)

Der Lehrmeister

Jupp Schleifstein zum 100. Geburtstag • Artikelsammlung in der Edition Marxistische Blätter erschienen

Wer die beiden größten Niederlagen der europäischen Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert, den Aufstieg des Faschismus zur Staatsmacht und den Niedergang des Sozialismus als Staatsmacht nicht nur vom Hörensagen kennt, sondern selber miterlebt und als Marxist (!) überlebt und verarbeitet hat – inklusive der Verletzungen, die nicht immer vom Klassengegner stammten –, der verfügt über wirklich fundierten historischen Optimismus. Und: er hat nachwachsenden Generationen von Weltveränderern (m+w) etwas zu sagen. Mehr als die Propagandabücher der (vorläufigen) „Sieger der Geschichte".

Für Josef (Jupp) Schleifstein gilt das in besonderem Maße. Er gehört in die Reihe der großen Intellektuellen, bedeutenden Marxisten und Geschichtslehrer unseres Landes, das leider so gänzlich und gefährlich anders geworden ist, als es die überlebenden AntifaschistInnen – SozialdemokratInnen, KommunistInnen, ChristInnen, parteilose GewerkschafterInnen – nach der Befreiung Europas vom deutschen Faschismus am 8. Mai 1945 gemeinsam wollten und planten.

★

Am 15. März 2015 wäre Josef Schleifstein 100 Jahre alt geworden. Seine Beerdigung im Jahre 1992 vereinte unterschiedliche Kräfte und Strömungen der Linken, die sein Lebenswerk, seine Persönlichkeit über Parteigrenzen und Meinungsverschiedenheiten hinweg hoch schätzten. In der Broschüre „Reale Geschichte als Lehrmeister", 1993 gemeinsam herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF e.V.) und den Zeitschriften „Marxistische Blätter", „Sozialismus" und „Z. – Zeitschrift Marxistische Erneuerung" ist das beeindruckend dokumentiert *(siehe auch www.marxistische-blaetter.de)*. Wie prominente Kommunisten und Mitkämpfer Jupp Schleifstein, sein Wirken und sein Lebenswerk würdigten – auch nach seinem Austritt aus der DKP 1990 und ungeachtet dessen – kann man im Anhang des Buches „Reale Geschichte als Lehrmeister" lesen, das der Neue Impulse Verlag soeben herausgegeben hat. Dem ist nichts hinzuzufügen.

In dem Buch kommt Jupp Schleifstein selbst zu Wort. Neu veröffentlicht sind hier eine Reihe von Artikeln, die er in den 1960er Jahren – wegen des KPD-Verbots unter dem Pseudonym Egon Schreiner – und nach Konstituierung der DKP 1968 unter seinem „Klarnamen" geschrieben hat. Mit ins Buch aufgenommen wurde auch seine ausführliche Arbeit zur „Sozialfaschismus"-These. Im Zentrum aller Beiträge steht das Anliegen, Grundlagen des Marxismus anschaulich zu vermitteln, geschichtliche Lehren aus der Vergangenheit für die Gestaltung von Gegenwart und Zukunft nutzbar zu machen und „die Methode deutlich werden zu lassen, mit der Lenin an alle Fragen der Entwicklung herantrat: strengste historische Konkretheit und dialektische Elastizität in der Aufnahme der realen Veränderungsprozesse."

> „Für sich genommen wird kein Demokratismus den Sozialismus bringen. Im Leben aber wird der Demokratismus nie ‚für sich genommen', sondern er wird mit anderen Erscheinungen ‚zusammengenommen', er wird seinen Einfluss auch auf die Ökonomie ausüben, ihre Umgestaltung fördern, dem Einfluss der ökonomischen Entwicklung unterliegen usw. Das ist die Dialektik der lebendigen Geschichte."
>
> **(W.I. Lenin, Werke Band 25, Seite 466)**

Vieles in den nachgedruckten Artikeln klingt nicht nur, sondern ist auch heute nach Jahrzehnten noch hochaktuell und brisant. Was weniger am Autor liegt als an den Grundzügen heutiger Verhältnisse und den nicht gelösten Problemen – auch den nicht erledigten Hausaufgaben der Linken insgesamt.

„Kann und darf man von der Aktualität geschichtlicher Ereignisse und der Lehren aus diesen Ereignissen sprechen, die so weit zurückliegen …?", fragt Jupp Schleifstein einleitend in seinem Artikel über die Novemberrevolution 1918 und antwortet, nicht nur auf dieses konkrete Ereignis bezogen: „Natürlich nicht im Sinne einer mechanischen Analogie, eines schematischen Vergleichs der ökonomisch-politischen Situation und der Klassenkräfte sowie der Aufgaben und Lösungswege, die stets eine konkrete Antwort auf konkrete geschichtliche Fragen verlangen. Aber in einem tieferen, grundlegenderen Sinne vermitteln bedeutende historische Ereignisse, besonders wenn sie einen wesentlichen Einschnitt und Knotenpunkt in der Entwicklung eines Volkes bilden, ohne Zweifel auch nach … Jahrzehnten noch wichtige Lehren. Das gilt vor allem dann, wenn die damals … auf die Tagesordnung gesetzten Probleme ungelöst geblieben sind, wenn es – im prinzipiellen Sinne und im großen geschichtlichen Maßstab noch immer um die gleichen Ziele geht …"

Josef „Jupp" Schleifstein, geboren am 15. März 1915, gestorben am 24. Juli 1992

Zwei dieser auf die Tagesordnung gesetzten, ganz zentralen, aber noch ungelöst gebliebenen Probleme, auf die Jupp Schleifstein in seinen Artikeln immer wieder zurückkommt, möchten wir – auch aus Anlass des 70. Jahrestages der Befreiung Europas vom deutschen Faschismus – an dieser Stelle besonders hervorheben: die Aktionseinheit der real gespaltenen Arbeiterklasse und den Zusammenhang des demokratischen und des sozialistischen Kampfes. Was beides betrifft, lehrt uns die reale Geschichte der letzten 70 Jahre – ausgehend von den konkreten Erfahrungen des antifaschistischen Widerstandskampfes – und der aktuelle Zustand des kapitalistischen Weltsystems auf den Punkt gebracht: ohne den bis an die Grenzen des Kapitalismus geführten vereinigten Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten um wirkliche Demokratie in den innerstaatlichen wie in den zwischenstaatlichen Verhältnissen wird jedweder Übergang zum Sozialismus ferne Zukunftsmusik bleiben. Und kein zukünftiger Sozialismus wird ohne konsequent weitergetriebene Demokratisierung aller gesellschaftlichen Beziehungen auf der Grundlage der neuen Macht- und Eigentumsverhältnisse überlebensfähig sein, geschweige denn noch fernere Übergänge zum Kommunismus ausfindig machen.

> „Es wäre falsch anzunehmen, dass man der ‚Reformstrategie' des Großkapitals oder einer Politik der kleinen Zugeständnisse allein mit der Entlarvung der hinter einer solchen Politik verborgenen wahren Absichten begegnen kann. Diese Entlarvung ist absolut notwendig, sie ist ein ständiges unabdingbares Moment der Entwicklung und Stärkung des Klassenbewusstseins. Aber sie genügt nicht. Man kann Illusionen unter den arbeitenden Menschen und opportunistische Einflüsse nicht erfolgreich bekämpfen, wenn man – wie es linkssektierische Gruppen praktizieren – das Eintreten für Reformen dem Kapital, den rechten sozialdemokratischen Führern oder sozialpartnerschaftlichen Kräften überlässt."
>
> **(Josef Schleifstein, Zur Integrationsstrategie des Monopolkapitals, 1971)**

„In der tiefen Krise sozialistischer Praxis und sozialistischer Ideen, die wir durchleben, ist die kritische Überprüfung auch der theoretischen Grundlagen und historischen Voraussetzungen unabdingbar", schreibt Jupp Schleifstein 1990 in „Lenins Auffassung der Parteiorganisation", einem seiner letzten Artikel für die *Marxistischen Blätter*. „Das gilt selbstverständlich auch für alles, was Marx und Engels, Lenin, Luxemburg und Gramsci, aber auch ihre bedeutenden Mitstreiter und Schüler geschrieben haben. Der Prozess marxistischer Erneuerung darf sich selbst keine Grenzen, Schranken und Stoppschilder setzen, die einer gründlichen Aufarbeitung der eigenen Geschichte und der allseitigen Überprüfung bisheriger Theorie an den Erfahrungen und an der heutigen Wirklichkeit im Wege stehen würden. Rationales Umdenken ist aber selbst an historische Voraussetzungen gebunden. Es macht keinen Sinn, die Begründer des Marxismus oder generell frühere Marxisten für das verantwortlich zu machen, was die lebenden Generationen getan oder unterlassen haben; was sie an Dogmatisierung, Verflachung, Einengung, Realitätsverlust geduldet oder sich selbst geleistet haben. Niemand unter den bedeutenden Marxisten der Vergangenheit hat die eigenen Auffassungen anders gesehen als historisch bedingt und historisch begrenzt. Niemand unter ihnen hat den nachfolgenden Generationen untersagt, weiterzudenken und weiterzugehen. Ganz im Gegenteil, sie haben es mit Bestimmtheit erwartet."

In diesem Sinne empfehlen wir lebenden und nachfolgenden Generationen – ganz gleich in welcher Partei sie sich organisiert haben oder organisieren werden, heutigen und zukünftigen KommunistInnen aber ganz besonders – die Artikel von Jupp Schleifstein als Pflichtlektüre und Anregung zum Weiterdenken und Weitergehen.

Lothar Geisler

Lernbücher (nicht nur) für junge Linke

Auslieferung Anfang März

Lernen aus Krieg und Faschismus!
G. Judick, J. Schleifstein, K. Steinhaus
ISBN 978-3-910080-82-9
176 Seiten, 12,90 Euro

70 Jahre nach der Befreiung Europas vom deutschen Faschismus besteht mit Blick auf die Verhältnisse die dringende Notwendigkeit, die *richtigen* Lehren aus der realen Geschichte nicht zu vergessen und vermeidbare Fehler nicht zu wiederholen. Grund genug für uns, an die Lernprozesse der deutschen Kommunisten zu erinnern.

Auslieferung Mitte Februar

Evolution und Revolution in der Weltgeschichte
Ernst Engelberg
ISBN 978-3-910080-80-5
256 Seiten, 19,80 Euro

Was brachten die Werke von Marx und Engels für die Geschichtsbetrachtung? Was ist Weltgeschichte, was eine Revolutionsepoche? Wie ist das Verhältnis von Innen- und Außenpolitik, wie geschieht eine Revolution von oben? Sind Zeitalter-Begriffe überflüssig? Was ist historisches Erkennen? Gibt es einen Sinn in der Geschichte?

Auslieferung ab 15. März

Reale Geschichte als Lehrmeister
Josef Schleifstein
ISBN 978-3-910080-81-2
280 Seiten, 19,80 Euro

Wer wie Josef Schleifstein (1915-1992) die beiden größten Niederlagen der europäischen Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert, den Aufstieg des Faschismus zur Staatsmacht und den Niedergang des Sozialismus als Staatsmacht selber miterlebt und als Marxist überlebt und verarbeitet hat, der hat nachwachsenden Generationen etwas zu sagen.

Europäische Nachkriegsordnung
Harald Neubert
ISBN 978-3-910080-77-5
340 Seiten, 19,80 Euro

Die Arbeiten des Autors, die in den Jahren nach 1990 verfasst wurden und zumeist nicht mehr verfügbar sind. Ergänzt werden sie durch nicht publizierte Beiträge, Vortragsmanuskripte und Exposés, die sich alle um seine umfassende Darstellung der Nachkriegsgeschichte gruppieren. Vom selben Autor ist „Die internationale Einheit der Kommunisten" erschienen.

Kritische Geschichte der Juden
Alfredo Bauer
ISBN 978-3-910080-78-2
640 Seiten, 24,90 Euro

Alfredo Bauer wagt es, wie vor über einem halben Jahrhundert bereits Otto Heller und der von Nazis ermordete belgische Marxist Abraham León, die Geschichte der Juden im Sinne des historischen Materialismus zu untersuchen. Er kommt dabei zu Einsichten, die auch in der Linken verbreitete Klischees in Frage stellen.

Neue Impulse Verlag www.marxistische-blaetter.de
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
Tel.: 0201-2486482 – Fax: 0201-2486484
info@neue-impulse-verlag.de

Viva el Presidente

Pepe Mujica – nicht nur die Köchin, auch ein Blumenzüchter kann den Staat leiten

Nein, eine Idylle ist das nicht. Die Plastikplanen hängen zerfetzt von seinem alten selbstgebauten Gewächshaus, in dem schon lange keine Blumen mehr gezüchtet werden. Verlassen verstauben zwei alte VW-Käfer. Sie warten wohl schon ebenso lange auf ihren Einsatz wie der alte Ferguson-Traktor. Schwanzwedelnd hinkt die kleine Hündin Manuela heran, um sich ein kleines Kraulen abzuholen. Sie hat vor Jahren einen Vorderlauf verloren. Der kleine Hof ist in die Jahre gekommen wie auch seine Besitzer, der Präsident von Uruguay, José Alberto Mujica Cordano, „El Pepe", und seine Lebens- und Kampfgefährtin Lucia Topolansky.

„Besitz macht unfrei", wendet sich „Pepe" gegen die kapitalistische Ersatzreligion des Immer-mehr-haben-Wollens. Unfrei, die Dinge zu tun, die wichtig seien. Die neoliberale Beschleunigung des Lebens stößt ihn spürbar ab. Er brauche Zeit, Zeit nachzudenken, sich mit den konkreten Sorgen der Menschen zu beschäftigen, Zeit einfache, praktische Dinge, wie Blumen züchten, zu tun. Das sei wahrer Luxus. Der alte Traum von der Verbindung von Hand- und Kopfarbeit. Das Lebensglück liege nicht im Besitz möglichst vieler Dinge.

Der intime Film der Schweizer Filmemacherin Heidi Specogna verzichtet weitgehend auf einordnende Erläuterungen und Kommentare. Das wirkt etwas befremdlich. Dass der Begriff „Tupamaros" vielen der jüngeren Generation geläufig ist, möchte man zumindest nicht beschwören. Manches Gezeigte könnte durchaus eine Erklärung vertragen. Specogna hat das allerdings in früheren Filmen gemacht, wie 1991 in „Tania la Guerilla" oder 1996 in „Tupamaros" oder 2006 in „Das kurze Leben des José Antonio Gutierrez". Möglicherweise hatte sie gehofft, im Kontext ihrer früheren Arbeiten die Dinge nicht wiederholen zu müssen. In „Pepe Mujica" lässt sie die beiden ehemaligen Tupamaros, nur durch behutsamen Schnitt strukturiert, geduldig zu Wort kommen. Es ist so etwas wie die Bilanz zweier kämpferischer, auch leidvoller (13 bzw. 14 Jahre Haft und Folter), aber letztlich erfüllter Leben geworden.

Wie weiter nach 1989? Er habe fest an den Sieg des Sozialismus geglaubt, sagt er, als etwas, das in absehbarer Zukunft so oder so mit Sicherheit eintreten werde. Und er spricht von Fehlern. Zu

Foto: Piffl Medien

Idylle am Lebensabend: Der Präsident und seine Lebensgefährtin.

schnell, zu viel gewollt, man habe sich von den Menschen entfernt. Man dürfe Menschen nicht überfordern, meint er mit Blick auf den real nicht mehr existierenden Sozialismus.

Und so übergibt er Schlüssel an überglückliche alleinerziehende Mütter, die in einem Häuserbauprojekt eine neue, einfache Bleibe gefunden haben, spricht bei einer Arbeiterkooperative, die Glasflaschen produziert. Nicht viel, kein Sozialismus sei das, aber ein bisschen Humanität für jene, die immer zu kurz kämen. In nichtrevolutionären, neoliberal dominierten Zeiten erfordert schon der soziale Pragmatismus Mut und Kampfgeist. 2004 errang Mujicas Frente Amplio die absolute Mehrheit. Im gleichen Jahr erhielt das Recht auf Trinkwasser per Referendum Verfassungsrang. In neoliberalen Zeiten ebenso beispielhaft wie die Entkriminalisierung des Cannabiskonsums. Der US-amerikanische „War on Drugs" hat einen 600-Milliarden-Dollar-Markt erzeugt, der ebenso wie die Alkoholprohibition bekanntlich vor allem den Drogenkartellen und den inneren wie äußeren Herrschaftsinteressen des US-Imperiums dient.

Specogna begleitet José Mujica bei einem Staatsbesuch in der Bundesrepublik. Er hat die Aufgabe Investitionen einzuwerben. Ein heikles Unterfangen für einen alten Guerillero. Merkel, Rösler, Scholz, das ganze lackierte Sprechpuppenensemble – eine andere Welt. Er versucht es mit „moralische Verpflichtung", aber er weiß, er hat keine Chance. Er ist hier das „Unikum", der „Kauz", wie ihn auch die kommentierenden Medien missverstehen wollen. Er weiß, die Boomtowns liegen anderswo. Und für „Big Money" zählt nur eins: Rendite. Staatsbesuche sind erkennbar nicht seine Leidenschaft.

Spürbar erleichtert hat der 79-Jährige am 1. März dieses Jahres sein Amt abgegeben. Er hat wieder Zeit. Der Tod sei Teil des Leben. Es komme darauf an, in Würde abzutreten, meint er. Noch ist es nicht so weit. Eine Ära großer Hoffnungen und großer Kämpfe liegt hinter ihm, hinter uns. Sie hat beeindruckende Persönlichkeiten wie „El Pepe" hervor gebracht. Am 20. Mai wird Pepe 80 Jahre jung.

Klaus Wagener

„Eine der Mutigsten und Bescheidensten ..."

Die Wiederentdeckung der „verschollenen" antifaschistischen Autorin Maria Leitner (1892–1942)

Maria Leitner war nach ihrem frühen Tod im Exil jahrzehntelang vergessen. Kein Archiv verwahrt ihren Nachlass, keine Straße trägt ihren Namen.

1892 in Varaždin in Österreich-Ungarn (heute Kroatien) in einer jüdischen Familie geboren, war sie in Budapest aufgewachsen, hatte Kunstgeschichte in Wien und Berlin studiert und ein Praktikum beim Verlag Paul Cassirer absolviert. Um 1913/14 wurde sie Mitarbeiterin der Budapester Boulevardzeitung „Az Est" (Der Abend).

Zusammen mit ihren beiden Brüdern Max und Johann schloss sie sich dem radikalpazifistischen „Galilei-Kreis" an und beteiligte sich aktiv an der ungarischen Revolution und der Räterepublik. Johann, durch ein (gescheitertes) Attentat auf den Ministerpräsidenten Tisza berühmt geworden, war Mitbegründer der Kommunistischen Jugendinternationale, die 1919 bis 1921 von Willi Münzenberg geleitet wurde. Nach dem Scheitern der Revolution mussten die Geschwister aus Ungarn fliehen.

Maria Leitner nahm 1920 als Jugenddelegierte am 2. Kongress der Komintern in Moskau teil und arbeitete dann in Berlin für den Verlag der Jugendinternationale. Vermutlich gehörte sie zu den Protégés von Münzenberg.

Ihr Bruder Max „schrieb ab 1919 für die sozialistische Arbeiterpresse in Budapest und Wien, dann in Berlin u. a. für die Publikationen der KPD und IAH sowie des Proletarischen Freidenkerverbandes; er war 1927–1931 Mitarbeiter der Liga gegen Imperialismus und Krieg in Berlin und ab 1932 der Komintern in Moskau", berichtet Helga Schwarz.

Johann Leitner alias János Lékai profilierte sich als – ebenfalls zu Unrecht vergessener – Schriftsteller und wurde 1922 von der Komintern in die USA geschickt, wo er das Pseudonym John Lassen annahm und die kommunistische ungarische Tageszeitung „Uj Elöre" („Neuer Vorwärts") redigierte.

Seine Schwester folgte ihm 1925 in die Staaten, vermutlich, um dem Todkranken beizustehen – er starb 30-jährig im selben Sommer an Tbc – und ihn bei seiner Arbeit zu unterstützen bzw. diese fortzuführen. Offiziell war sie für den Ullstein-Verlag als Reporterin akkreditiert.

Ihre Reportagen „Eine Frau reist durch die Welt" (Agis Verlag 1932), in denen sie über ihre Erfahrungen als Billigjobberin in den USA und die zumeist elenden Arbeitsbedingungen berichtete, wurden in mehrere Sprachen übersetzt. Auch ihr Roman „Hotel Amerika" (Neuer Deutscher Verlag 1930) fand große Beachtung.

Sie war Mitglied des Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller (SDS), des Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller (BPRS) und der Internationalen Arbeiter-Hilfe (IAH). Ob sie der KPD angehörte, ist noch ungeklärt.

1933 wurden ihre Bücher in Deutschland auf die „Liste 1 des schädlichen und unerwünschten Schrifttums" gesetzt. Ihr antikolonialistischer Roman „Wehr dich, Akato" erschien noch teilweise in der „Arbeiter-Illustrierten-Zeitung" (AIZ), dann als – erst kürzlich wiederentdeckte – Buchausgabe in tschechischer Sprache im Verlag Zdenek Holfeld.

Maria Leitner lebte zeitweilig im Saarland, in Prag, Wien, im Sudetenland und in der Schweiz, in Belgien und zuletzt in Frankreich. Im Mai/Juni 1940 war sie im französischen Frauenlager Gurs interniert, floh von dort über Toulouse nach Marseille und verlor dabei wichtige Manuskripte.

In der Falle

1938 hatte Oskar Maria Graf den Begründer der Hilfsorganisation „American Guild for Cultural Freedom", Hubertus Prinz zu Löwenstein, gebeten, Maria Leitner zu unterstützen. Sie sei „eine sehr aktive antifaschistische Schriftstellerin, die nur wenige kennen … Sie ist nicht nur eine gute Schriftstellerin, sondern eine der mutigsten und bescheidensten Frauen, die wir haben."

Seit 1939/1940 bemühte sie sich um ein Visum für die USA. Prinz zu Löwenstein verschaffte ihr finanzielle Zuwendungen und versuchte ihr zu helfen, schrieb jedoch Ende Juli 1941 an Alfred Kantorowicz: „Das Emergency Rescue Committee, an das ich mich wandte war unfähig (oder unwillig!) ihr ein Affidavit zu verschaffen. (…) die American Writers haben nichts getan!"

In einem Brief an den US-amerikanischen Schriftsteller Theodore Dreiser, dessen Assistentin sie 1938 während seines Paris-Aufenthalts gewesen war, berichtet Leitner, sie habe dem Komitee alle benötigten Auskünfte geschickt. „Nur wusste ich noch nicht, dass ich ein ‚First- Lister' bin. Das bedeutet, dass ich mit anderen 150 Personen zusammen vom Komitee in New York auf einer Liste stehe, die als in Gefahr schwebend und ehrenwert betrachtet werden, um ein Danger-Visa zu erhalten. Die meisten von ihnen sind schon seit längerer Zeit in Amerika, aber ich habe keine Verbindungen und meine Ellebogen sind nicht stark genug (…) Seit dem 11. November 1940 hat das Fry-Komitee sieben Mal dem Komitee in New York telegraphiert, um mir ein Besuchs-Visa auszustellen, (…) aber nie eine Antwort erhalten."

In seinem Buch „Auslieferung auf Verlangen" hat Varian Fry eine Order der US-Regierung erwähnt, die ihm die Unterstützung für Kommunisten und deren Sympathisanten durch seine Hilfsaktionen in Marseille untersagte.

Möglicherweise war Maria Leitner damals auch in KP-Kreisen isoliert, da sich ihr Förderer Münzenberg 1937/38 von der Komintern und der Partei abwandte.

Anna Seghers versuchte zwar, sie zu unterstützen, wahrte dabei aber Distanz, wie etwa in einem Brief vom Juli 1936 an die Moskauer Redaktion „Das Wort", der sie ein Manuskript der Kollegin einreichte: „Mit dieser Frau hat es große Schwierigkeiten. Es geht ihr scheußlich schlecht. Sie schreibt für meinen Begriff einmal gut, einmal schlecht."

Maria Leitners Situation wurde wohl noch dadurch erschwert, dass sie eine Einzelkämpferin war. Sie gründete keine Familie, war nicht verheiratet, nichts ist bisher über Liebesbeziehungen und engere Freundschaften bekannt.

Die Kommunistin Luise Kraushaar, die sie 1921 in Berlin kennen gelernt und dann aus den Augen verloren hatte, sah sie 1941 in Toulouse einsam an einem Cafétisch sitzen: „Das gleiche zarte Figürchen, die gleiche Haartracht, der gleiche etwas melancholisch-verlorene Gesichtsausdruck", beschrieb sie später ihren Eindruck. Sie wagte nicht, auf sie zuzugehen.

Maria Leitner brauchte wenig – eine Kammer, Schreibzeug, etwas zu essen. Die Arbeit war ihr Lebensinhalt. Doch im Exil im besetzten Frankreich ihrer Publikationsmöglichkeiten beraubt, geriet sie allmählich an ihre physischen und psychischen Grenzen.

Sie klagte über „Hunger und Angst": „Meine Situation verschlimmert sich aus jeder Sicht. Wie ist dieses Leben auszuhalten?" In einem anderen Brief an Dreiser flehte sie: „Lassen Sie mich nicht zugrunde gehen!!!"

Als sie die endgültige Gewissheit hatte, dass sie kein Visum für die USA bekommen würde, brach sie in einem Tobsuchtsanfall zusammen und musste in Marseille in die Psychiatrie eingeliefert werden. Dort ist sie im Frühjahr 1942, am Ende ihrer Kräfte, gestorben.

Komplizierte Recherchen

Dass Maria Leitner heute nicht weitgehend vergessen ist und dass wir einiges über ihr Leben wissen, ist fast ausschließlich das Verdienst der Publizistin Helga Schwarz, die seit den 60er Jahren – also seit fast einem halben Jahrhundert – ihre Biographie und ihr Werk erforscht.

Ihr Buch über sechs „Internationalistinnen", u. a. mit einem Lebensbild Maria Leitners, war im Herbst 1989 vom Militärverlag der DDR ausgeliefert worden und erreichte in dieser Umbruchzeit leider nur noch einen kleinen Leserkreis. Ihre bereits angekündigte Biografie Leitners beim Leipziger Verlag für die Frau konnte nicht mehr erscheinen.

Nun bereitet sie eine ergänzte und überarbeitete Biographie der Schriftstellerin vor, „die mir in den vielen Jahren der geistigen Beschäftigung mit ihrem Schicksal fast schwesterlich vertraut geworden ist", wie sie gesteht.

Die für den 2014 bei AvivA Berlin erschienenen Band „Elisabeth, ein Hitlermädchen" von ihr zusammengetragenen Artikel Leitners waren in den 30er Jahren in der „Neuen Weltbühne", den Saarbrücker Zeitungen „Westland" und „Grenzland", „Tvorba" (Prag), „Regards" und „Vendredi" (Paris), in der „Pariser Tageszeitung", „Das Wort" (Moskau) „Deutsches Volksecho" (New York) erschienen. Im Mittelpunkt vieler dieser Beiträge stehen die Rüstungsproduktion und die Kriegsvorbereitungen Deutschlands.

Sie thematisierte die Herstellung von Benzin in den Leunawerken und von Sprengstoff in Reinsdorf, die Flugzeugproduktion in Berlin-Siemensstadt, die Gummifabrikation in Leverkusen, die Fertigung von Waffen in Solingen und von Munition in Berlin-Wittenau. In „Die Giftküchen von Hoechst" äußerte sie den Verdacht, dass bei IG Farben Giftgas für den kommenden Weltkrieg hergestellt würde.

Daneben führte sie Vergleichsinterviews im noch freien Saarland und im faschistischen Deutschland, erörterte die „Säuberung" der Kaiser-Wilhelms-Gesellschaft, hinterfragte die Wohltätigkeit der „Kraft durch Freude"-Organisation, besuchte eine Dorfschule und nahm die durch die Reichs-Wirtschaftsabfall-Verwertungs-Gesellschaft angeordnete penible Mülltrennung ins Visier. In der beklemmenden „Danziger Gespenstergeschichte" geht es um die „Endlösung der Judenfrage".

Geschrieben in lakonischer und bildhafter Sprache, sind diese Texte sachlich, pointiert und bis heute lebendig. Das ist erstklassiger Journalismus!

Ihr Roman über junge Menschen im „Dritten Reich", „Elisabeth, ein Hitlermädchen", wurde 1937 als Fortsetzungsroman in der „Pariser Tageszeitung" gedruckt und ist 1985 in der DDR wiederaufgelegt worden. Titelheldin ist eine junge, nationalsozialistisch begeisterte Frau, die als Schuhverkäuferin in einem Berliner Warenhaus tätig ist und in ein Arbeitsdienstlager der Landhilfe im Osten abkommandiert wird.

Wer mehr über Leitners Darstellung der Lage der Frauen in der Weimarer Republik und ihre Auseinandersetzung mit dem Abtreibungsparagrafen 218 erfahren will, dem sei der Band „Mädchen mit drei Namen", ebenfalls bei AvivA erschienen, ausdrücklich empfohlen.

Als Einstiegslektüre eignet sich das von Helga Schwarz und Julia Killet im dietz Verlag herausgegebene Bändchen „Maria Leitner oder Im Sturm der Zeit".

Cristina Fischer

Literatur:

Helga Schwarz: Internationalistinnen. Sechs Lebensbilder. (Frida Rubiner, E. Saborowski-Ewert, M. Leitner, Larissa Reisner, Rosa Jochmann, Helene Radó). Militärverlag Berlin 1989. 208 S. (nur noch antiquarisch bzw. bei der Autorin zu erhalten: schwarz.hw@web.de)
Julia Killet/Helga Schwarz: Maria Leitner oder: Im Sturm der Zeit. dietz Verlag Berlin 2013, 144 S., 9,90 Euro.
Maria Leitner: Hotel Amerika. Eine Frau reist durch die Welt. Severus Verlag, Hamburg 2013, 196 S., 24,90 Euro.
Maria Leitner: Mädchen mit drei Namen. Reportagen aus Deutschland und ein Berliner Roman 1928–1933. Hrsg. v. Helga u. Wilfried Schwarz. AvivA Verlag Berlin 2013, 222 S., 15,90 Euro.
Maria Leitner: Elisabeth, ein Hitlermädchen. Ein Roman und Reportagen (1934–39). Hrsg. v. Helga u. Wilfried Schwarz. AvivA Verlag Berlin 2014, 393 S., 19,90 Euro.

Anzeige

Progressive Literatur **Verlag Wiljo Heinen**

Kapitalherrschaft oder Demokratie

Jürgen Heidig
Kapitalherrschaft oder Demokratie
Eine Streitschrift

Tb. • 252 S. • 14,– €

In der DDR gab es die »Diktatur des Proletariats« – darüber wurde offen gesprochen, der Staat bekannte sich stets zu dieser Macht des Volkes. Doch wer herrscht in der BRD-Demokratie?

Jürgen Heidig vergleicht und legt den Finger auf viele Posten.

ISBN 978-3-95514-018-2 • 14,– €

www.gutes-lesen.de

Theorie ohne Praxis und Praxis ohne Theorie erklärt nichts

Entwicklung der Produktivkräfte und Arbeiterklasse heute • Von Uwe Fritsch

Für mich bilden Theorie und Praxis eine Einheit. Meine persönliche Praxis allerdings ist weniger von Wissenschaft und Theorie als von praktischer Beobachtung und dem Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen geprägt. Die daraus resultierenden Erfahrungen gleiche ich mit der Theorie ab und versuche daraus Schlussfolgerungen für die Praxis zu ziehen.

Theoriebildung ohne Praxis und Praxis ohne Theorie erklärt nichts, hilft unseren Kolleginnen und Kollegen nicht bei der Ausgestaltung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen und trägt damit nicht zur Aneignung revolutionärer Praxis oder der Überwindung einer kapitalistisch geprägten Gesellschaft bei. Sie hat mit ernstzunehmender Politik auf Höhe der Zeit und in einer kommunistischen Partei nichts zu tun.

(…) Karl Marx analysiert in seiner „Kritik der politischen Ökonomie“ die Produktivkräfte und ihr Verhältnis zu den Produktionsverhältnissen so: „Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein.“

Spannend wird es, diesen theoretischen Ansatz in der betrieblichen Praxis zu überprüfen.

Wir erleben aktuell eine rasante Entwicklung der Produktivkräfte. Unter dem Begriff Industrie 4.0 oder Digitalisierung wird eine neue, 4. industrielle Revolution ausgerufen, die im 21. Jahrhundert unsere Geisteskräfte potenzieren wird. Vergleiche werden mit der Dampfmaschine gezogen, die im 19. Jahrhundert die menschliche Muskelkraft vervielfacht hat und eine Entkopplung der Produktionsstandorte vom Vorhandensein natürlicher Energiequellen ermöglichte.

Von der Einführung der stark arbeitsteiligen „tayloristischen“ Produktionsweise in den Schlachthöfen von Chicago und ihrer exzessiven Umsetzung in der Ford Motor Company zu Beginn des 20. Jahrhunderts über die Erfindung der Computertechnologie und der Einführung von rechnergestützter Entwicklung, Produktion, sowie NC/CNC gesteuerten Maschinen und Anlagen, Ende der 70-er Jahre des letzten Jahrhunderts erleben wir die technische Umsetzung einer umfassend digitalisierbaren Produktion und darüber hinaus die Möglichkeit der scheinbar unbegrenzten Digitalisierung des Lebens wie zum Beispiel der Kommunikation, des Lernens oder der Steuerung von Verkehrsflüssen.

Mit dem Leistungssprung kommt auch eine neue Welle der Automatisierung auf uns zu, vor der auch Wissensarbeiter nicht gefeit sind. Chips und Algorithmen drohen, Geistesleistungen und damit Menschen im gigantischen Ausmaß zu ersetzen …

Diese Formen der Produktivkraftentwicklungen sind nicht neu. Sie waren aber immer begleitet von der Möglichkeit einer großen Steigerung der Produktion bei immer geringerem Einsatz von Arbeitskräften bis zum Verschwinden ganzer Industrien.

Dazu nur ein paar Beispiele:

Bei VW in Braunschweig waren wir im Jahr 1982 ca. 6 800 Beschäftigte. Die Produktion betrug ca. 750 000 Teile pro Jahr, im Wesentlichen Achsen und Fahrwerkteile für Volkswagen in Deutschland.

In diesem Jahr werden 8 700 Beschäftigte ca. 7,6 Millionen Teile für alle Konzernmarken weltweit herstellen. Produziert werden neben den schon erwähnten Achsen sowie Fahrwerkteilen auch Lenkungen und hochwertige Batteriesysteme für Fahrzeuge. Das Zehnfache an Produktion mit knapp 25 Prozent mehr Beschäftigten! Und in der Batteriefertigung ist eine Anlage in Betrieb genommen worden, die einen kleinen Vorgeschmack auf die Möglichkeiten von Industrie 4.0 bietet. Es ist die erste voll digital gesteuerte Fertigung, die den Beschäftigten umfassende Vorgaben macht, d.h. die Produktion wird über die Maschine gesteuert. Die Beschäftigten bekommen von der Maschine gesagt, was sie als nächsten Arbeitsschritt auszuführen

haben. (…) Damit hat der einzelne Beschäftigte keine Eingriffsmöglichkeiten mehr auf die Reihenfolge der Montage, keine Veränderungsmöglichkeiten seiner Tätigkeiten, keine Chance mehr auf einen individuell angepassten Ablauf der Produktion …

Constanze Kurz, eine der Sprecherinnen des „Chaos Computer Clubs“, beschreibt in ihrem Buch „Arbeitsfrei“ exemplarisch den Niedergang ganzer Industriezweige. Die Dramatik besteht im Verschwinden tausender Arbeitsplätze, die nur schwer zu ersetzen sind. Und darüber (…) mache ich mir Sorgen. Wo gibt es noch so etwas wie das revolutionäre Potential, wenn uns die Arbeiterklasse im Kern der materiellen Produktion scheinbar oder ganz real abhanden kommt? Wie müssen wir uns aufstellen, oder bedeutet dieser Abbau nicht gar die Befreiung von Arbeit? Sind unsere Fragen noch die richtigen? Welche Rolle spielt dabei der Dienstleistungsbereich und wie gelingt es uns, Menschen für unsere Partei und die gemeinsame Sache zu gewinnen?

(…)

Wir erleben in den Betrieben und der Gesellschaft auch, dass die Produktionsverhältnisse bisher scheinbar nicht spürbar zum Hemmnis der Produktivkräfte geworden sind oder als solche von der Mehrheit der Arbeiterklasse wahrgenommen werden.

Bis heute gelingt es dem Kapital den Widerspruch zwischen den immer rasanter sich entwickelnden Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen, den Eigentumsverhältnissen, nicht in soziale Veränderungen umschlagen zu lassen. Warum ist das so, was ist denn da nur los mit der Arbeiterklasse?

Nach wie vor gibt es das private Eigentum an Produktionsmitteln. Ich habe das als Lehrling im Handwerk gespürt, wer der Chef war, und habe ihn noch persönlich kennengelernt.

Bei Volkswagen habe ich das Kapital in Form der Meister mit ihren Vorgaben erlebt. Heute wird Produktion anders gesteuert. Die Vorgaben erfolgen im Wesentlichen über ein Arbeitspensum, dabei spielt es keine Rolle, wie ich sie erreiche, sondern nur, dass ich sie erreiche … Die Auswirkungen sind Arbeiten ohne Ende, Dauerstress und massive Zunahme psychischer Belastungen. In vielen anderen Betrieben kennt und sieht kaum noch ein Beschäftigter die wahren Eigentümer. Denn selbst der Vorstand von VW verfügt zwar über die Produktionsmittel direkt und unmittelbar, aber Besitzer der Produktionsmittel sind sie nicht.

Bei Volkswagen entscheidet im Zweifelsfall nicht der Vorstand, sondern der Aufsichtsrat mit den Eigentümern. Das sind zu 51 Prozent die Familien Piëch/Porsche, das Königshaus in Katar mit 17 und als Besonderheit das Land Niedersachsen mit ca. 20 Prozent. Allerdings geht der direkte persönliche Besitz an Produktionsmitteln und damit verbunden die direkte Einflussnahme auf Entscheidungen solcher Familien wie Piëch/Porsche, Quandt, Oetker und so weiter zurück. Heute überwiegt bei weitem der Einfluss von Hedge-Fonds wie BlackRock, von Investmentbanken oder Vermögensverwaltungen auf die Unternehmen und damit direkt auf die Produktionsmittel. Viele Kolleginnen und Kollegen in den Industriebetrieben sehen, spüren und erleben nicht mehr wie noch vor 20–30 Jahren den privaten Besitz an den Produktionsmitteln …

Es ist weitaus schwieriger, gegen einen imaginären, virtuellen, nicht personifizierbaren und erlebbaren Klassengegner zu kämpfen. Dieser erscheint heute immer mehr über abstrakte Zahlenvorgaben, die nicht mehr hinterfragt werden und eher Renditevorgaben der Aktienmärkte folgen als der Realität entsprechen. Wer kennt die wahren Besitzverhältnisse der Deutschen Bank? Wem gehören solche Unternehmen wie Vattenfall, EON, BASF, Thyssen, Siemens, Bertelsmann, RTL oder Nestlé wirklich? Wer ist der Besitzer von Ratingagenturen, die heute mehr über das Schicksal ganzer Unternehmen oder sogar Staaten entscheiden als jeder Vorstand, jede Regierung, geschweige denn die Bevölkerung eines Landes?

Das Kapital versucht die wahren Eigentumsverhältnisse mit aller Macht, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu verschleiern, und seien es nur die täglichen Börsennachrichten vor der Tagesschau. Das vermittelt doch den Eindruck, jede und jeder wäre Mitbesitzer und von schwankenden Kursen unmittelbar betroffen.

(…) Es ist dem Kapital und seinen politischen Helfern gelungen, durch die Differenzierung und Zersplitterung der Arbeiterklasse – frei nach dem Motto „Teile und herrsche“ – die Klasse tief zu spalten. Massenarbeitslosigkeit, prekäre Arbeitsverhältnisse, Zeitarbeit, Hartz IV und vieles mehr führen zur Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes. Die Anzahl der als „prekär“ bezeichneten Beschäftigten wuchs von 1998 bis 2011 von ca. 5,3 Millionen auf über 7,7 Millionen Menschen in Deutschland an. Allein in der Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen sind heute mindestens 18,8 Prozent in prekären Arbeitsverhältnissen. Insgesamt war jeder vierte abhängig Beschäftigte in einem prekären oder atypischen Arbeitsverhältnis, mit steigender Tendenz.

Einige Strukturmerkmale sind, dass Frauen viel häufiger prekär beschäftigt sind als Männer, dass der Anteil prekärer Beschäftigung unter den 15–24-Jährigen besonders hoch ist und dass prekäre Beschäftigung vor allem in den Branchen des Dienstleistungssektors stattfindet. (ver.di b+b) Nur noch ca. 30 Prozent der Neueinstellungen erfolgen unbefristet. Die Mehrzahl der Einstellungen sind nicht länger als sechs Monate befristet. Ohne gute, sichere Arbeit fehlt jegliche soziale und persönliche Absicherung. Ohne Arbeit ist der soziale Abstieg programmiert. Das gesellschaftliche Erleben ist: Einmal Hartz IV, immer Hartz IV! Und das auch immer stärker Generation für Generation. Das führt im Ergebnis viel zu oft und auch in gewerkschaftlich sehr gut organisierten Betrieben zu einer fast grenzenlosen Opferbereitschaft der Belegschaften. …

Ein weiterer neuer Aspekt der Veränderung in den Produktionsverhältnissen besteht in den neuen Formen und Methoden der Arbeitsorganisation. Dabei erleben wir einen grundlegenden Wandel in der betrieblichen Organisation. Heute überwiegen beteiligungsorientierte Organisationsmodelle mit flacheren Hierarchien, Teamarbeit und teilautonomen Gruppen. Dabei wird die persönliche Verantwortung für das Arbeitsergebnis erhöht, die kollektive Verantwortung gleichzeitig mit angehoben. Ein Beispiel dafür sind Zielvereinbarungen mit Teams über Menge, Qualität oder Herstellzeit anstelle von Akkordvorgaben für den Einzelnen.

Aktuell arbeiten nur noch ca. 30 Prozent aller im klassischen Sinn „Leistungslöhner“ unter Akkordbedingungen. Akkord steht ja nicht nur für schneller und/oder mehr. Akkordlohn war vor allem geprägt von der Mitbestimmung bei der Mengenvorgabe, dem Arbeitsinhalt, den Leistungsbedingungen, den Pausenzeiten und den Arbeitsplatzumgebungen. Daran ist auch die Höhe der Tariflöhne gekoppelt. Die Aufgabe der Gewerkschaften und der Interessenvertretungen in den Betrieben besteht aktuell im Erhalt der Mitbestimmung zu Arbeitsleistung, zum Arbeitspensum, zu den Arbeitsbelastungen, und nicht nur den körperlichen, zu Arbeitszeiten und wie bisher zur Arbeitsplatzgestaltung. Mein Eindruck ist, dass die Veränderungen in der Arbeitsorganisation hin zu immer mehr Teamarbeit und Zielvereinbarungen den Kolleginnen und Kollegen den Eindruck von mehr Mitbestimmung im Arbeitsablauf vermitteln sollen. Mitarbeitergespräche, Wertschätzung durch die Vorgesetzten, leistungsorientierte Vergütung nach Zielvorgaben und Mitarbeit bei Ideenwettbewerben oder kontinuierlichen Verbesserungsprozessen verstärken diesen Eindruck. Gleichzeitig nimmt damit die gegenseitige Disziplinierung in der Gruppe und innerhalb des Teams zu.

Die Führung findet durch gemeinsam vereinbarte Ziele statt, nicht durch tägliche Anweisungen von oben nach unten. Die Produktivkräfte zwingen zu einer solchen Arbeitsorganisation. Die gesamtgesellschaftliche Mitbestimmung, wer was, wann, wie produziert im Betrieb und darüber hinaus wird dadurch nicht erreicht. Die wahren Macht- und Eigentumsverhältnisse im Betrieb werden verschleiert. Das ist keine ganz neue Erkenntnis.

★

Mit meinen Erfahrungen aus einem der größten Industriekonzerne mit weltweit über 100 Produktionsstandorten, mit mehr als 600 000 Beschäftigten, versuche ich auf der Basis unseres Parteiprogramms meine politische Arbeit im Betrieb und außerhalb zu leisten. Unsere wissenschaftliche Weltanschauung bleibt nur lebendig und wirksam, wenn sie die realen Entwicklungen so gründlich es geht analysiert, so genau wie möglich die wirkenden Kräfte beschreibt, so dicht wie möglich an der Arbeiterklasse bleibt und die nächsten Schritte in der Arbeit der Partei umfassend und kollektiv berät.

Ich komme aus meiner täglichen Arbeit zum Teil zu anderen Schlüssen als die aktuelle Mehrheit im Parteivorstand. Das ist das Ergebnis meiner Analyse der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Situation, davon abgeleitet dann auch, was die Inhalte, die Strategie und Taktik für die Wirksamkeit unserer Partei, unserer Betriebsgruppe bei VW in Braunschweig und die Herausforderungen in den täglichen Klassenauseinandersetzungen angeht. Was machen wir als Betriebsgruppe in solchen nichtrevolutionären Zeiten? Wir kämpfen gegen Abbau, für progressive Reformen, versuchen, in diesen Kämpfen in solidarischer Form das Bewusstsein so weiterzuentwickeln, dass Einsichten wachsen, um gesellschaftliche Ziele zum Gegenstand nächster Kämpfe zu entwickeln.

Aus den langjährigen betrieblichen und gewerkschaftlichen Aktionen ziehe ich andere Schlussfolgerungen für die nächsten Schritte, für das Eingreifen unserer Partei in die Klassenkämpfe heute. Zum Beispiel unsere Chancen und unsere politische Verantwortung in den aktuellen gewerkschaftlichen Kampagnen. Sie gehen uns vielleicht in den Forderungen nicht weit genug, sie spiegeln aber die Bewusstseinslage in der Arbeiterklasse unseres Landes wider. Unsere Aufgabe ist es doch, in die Diskussionen um „Fair teilen“, um „Gerecht geht anders“, um „Gemeinsam für ein gutes Leben“, um die aktuelle Debatte zum Gewerkschaftstag der IG Metall unsere Standpunkte einzubringen, solidarisch und ohne erhobenen Zeigefinger darauf hinzuweisen, dass eine grundlegende Verbesserung der Situation der arbeitenden Menschen, eine sinnvolle Gestaltung der Arbeitsbedingungen, eine maximale Nutzung der Möglichkeiten der wissenschaftlich-technischen Revolution nur durch die grundlegende Änderung der Eigentumsverhältnisse möglich sein wird!

Wenn die IG Metall im Vorfeld Fragen zu drei wesentlichen politischen Feldern stellt, gehören unsere Antworten dazu. Im Feld Gesellschaftspolitik genauso wie zur Organisationspolitik oder zur Betriebs- und Tarifpolitik. Gestattet mir nur ein Beispiel: Frage 53: Wie wichtig ist ein unbefristetes Vollzeitarbeitsverhältnis auch in Zukunft? Welche Forderungen haben wir an die Politik, aber auch an unsere Tarif- und Betriebspolitik, um Leiharbeit, Befristungen und andere prekäre Beschäftigungsformen einzugrenzen?

Unsere Antwort: „Das sofortige und umfassende gesetzliche Verbot von Leiharbeit und die Erweiterung der gewerkschaftlichen sowie betrieblichen Mitbestimmung beim Abschluss von Dienstleistungsverträgen zum Beispiel! Unsere Aufgabe als Gewerkschafter ist es, ein Bewusstsein über diesen Doppelcharakter gewerkschaftlichen Handelns zu schaffen. Unsere Aufgabe ist es, in den Kämpfen um alltägliche Interessen der abhängig Beschäftigten einen Pfad zu weisen, der über diesen „Kleinkrieg“ hinausgehen kann. … Dafür sehe ich in den Gewerkschaften heute wenigstens zwei Ansätze, die genutzt und verstärkt werden müssen.

Erstens: Die Krise der Arbeiterbewegung nach 1990 ist bei weitem nicht überwunden, es fehlen Debatten um alternative, möglichst sozialistische Gesellschaftsordnungen. Das erfordert noch mehr Geduld, aber auch Wahrhaftigkeit im Umgang mit der Geschichte, so wie wir es im Programm getan haben. Es fordert auch, über antimonopolistische Übergangsformen zu diskutieren. Ein Ansatz hierfür ist die neu entfachte Diskussion über „Wirtschaftsdemokratie“ zur Einschränkung von Kapitalmacht, nachdem diese in der letzten Krise erneut unter Beweis stellen konnte, dass sie gesellschaftlichen Reichtum vernichten kann; und zweitens die Kampagnen „Gemeinsam für ein „Gutes Leben“ (IGM) und „Gerecht geht anders“ (ver.di).

Beide eröffnen zunächst nur die Möglichkeiten, gesellschaftliche Entwicklungsrichtungen und alternative Gesellschaftsentwürfe zu diskutieren. Die Möglichkeiten, daraus konkrete Forderungen und Aktivitäten zu entwickeln, sind aber größer als jemals zuvor. Verstehen wir sie als zivilgesellschaftliche Auseinandersetzungen im Sinne Gramscis, eines Kampfes um Hegemonie, können diese gewerkschaftlichen Ansätze genutzt werden, um in Gewerkschaften, linken Parteien und Organisationen über gesellschaftspolitische Veränderungen zu debattieren und an ihnen zu arbeiten. Es ist gut, wenn der IG-Metall-Vorstand in einer Resolution die neue griechische Regierung unterstützt und die „Austeritätspolitik“ für gescheitert erklärt und fordert: „ein ‚Weiter so‘“ darf es nicht geben. Es wird auch von der Solidarität aus der Arbeiterbewegung unseres Landes und ganz Europas abhängen, ob dieser Versuch gelingt. Bei allem Wenn und Aber über Syriza wäre es die Chance, dem Kapital nach langer Zeit wieder zu beweisen, dass die Arbeiterklasse in der Lage ist, es mit jedem Gegner aufzunehmen, sie die entscheidende Kraft bei der Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse ist!

red. gekürzt)

Produktivkraftentwicklung und Arbeiterklasse

Eine Frage von politisch-strategischer wie unmittelbar praktischer Bedeutung • Von Nina Hager

Im Leitantrag des Parteivorstandes steht am Anfang zur Kennzeichnung der gegenwärtigen Situation unter anderem der Satz „Wir erleben zugleich rasante Entwicklungen der Produktivkräfte (PK), die neue Veränderungen in der Klassen- und Sozialstruktur zur Folge haben:“ Leider wird das im Weiteren nicht ausgeführt.

In Vorarbeit auf das DKP-Programm von 1978 – stärker vielleicht noch vor dem Hamburger Parteitag und den Beschlüssen 1986 – wurde in unserer Partei viel Wert darauf gelegt, politische Entscheidungen wissenschaftlich vorzubereiten. Fragen der PK-Entwicklung spielten dabei eine große Rolle. Auch um die erreichte Entwicklungsstufe des monopolistischen bzw. staatsmonopolistischen Kapitalismus adäquat erfassen zu können und Gegenstrategien zu entwickeln.

Wenn ihr euch unser Parteiprogramm von 2006 anschaut, dann werdet ihr feststellen, dass auch dort bei der Kennzeichnung der Entwicklungen im Kapitalismus die PK-Entwicklung eine entscheidende Rolle spielt.

Künftig müssen wir meines Erachtens einen Weg finden, um wieder stärker unseren Blick auf die Entwicklung der Produktivkräfte unter den heutigen Bedingungen und die Folgen für die Gesellschaft insgesamt zu richten. Doch das betrifft nicht nur aktuelle Handlungsentscheidungen wie im vorliegenden Antrag des PV, sondern auch wesentliche politisch-strategische Fragen für unsere kommunistische Partei.

Eine marxistische Analyse des Standes und der heute vorhersehbaren Entwicklung der Produktivkraftentwicklung, wäre nicht nur von hohem theoretischem Wert, sondern hätte m.E. auch große politisch-praktische Bedeutung.

Nötig ist die Analyse auch, weil es nicht nur erforderlich ist, über weitere Gesellschaftsentwicklungen auf der Grundlage der fortgeschrittenen Produktivkräfte und die Folgen zu diskutieren, sondern dabei auch über mögliche Bruchpunkte mit dem kapitalistischen System und über Bündnispartner der Arbeiterklasse im Kampf.

Ich will in meinen folgenden Ausführungen auf drei Aspekte verweisen.

★

Der erste Aspekt, auf den ich hier verweisen will, betrifft theoretische Grundlagen des Marxismus, an die zu erinnern wäre.

Das ist zunächst

(a) die wesentliche Erkenntnis von Karl Marx und Friedrich Engels, dass die Entwicklung der Produktivkräfte der Menschen grundsätzlich in ihrer ganzen bisherigen Geschichte die Basis und die Triebkräfte des Geschichtsprozesses bildet.

Das war der entscheidende Ansatz für eine dialektisch-materialistische Sicht und für die Analyse der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft von ihren Anfängen bis in die heutige Zeit und speziell auch für die Entstehung sowie die Entwicklung von Klassen und den Klassenkampf.

Karl Marx verwies Ende 1846 im Brief an Annenkow darauf, dass die Entwicklung der Produktivkräfte der Menschen die „Basis ihrer ganzen Geschichte“ ist. Schon zuvor hatten er und Friedrich Engels in der „Deutschen Ideologie“ unter anderem die Entwicklung der PK als Triebkraft der geschichtlichen Dynamik des gesellschaftlichen Lebensprozesses bezeichnet.

Dabei verstand er unter Produktivkräften im umfassenden Sinne zunächst und vor allem alle erworbenen Kräfte, Fähigkeiten des Menschen selbst, einschließlich seiner Anlagen zur Vorausplanung und seiner konstruktiven Begabungen. Diese umfassen zudem die durch ihn benutzten Naturkräfte und -stoffe in unbehandelter wie auch in bearbeiteter Form als Werkzeuge, als Maschinen, Steuerungs- oder Meßgeräte und umfassende technische Systeme. Zu den Produktivkräften gehören Technologien, die Leitung und Organisation der Produktion und die Wissenschaft.

Ohne die industrielle Revolution, die vor allem auf der Revolution der Produktivkräfte beruhte, hätte sich der Kapitalismus gegenüber dem Feudalismus nicht durchsetzen können. Auf einer gewissen Stufe der Entwicklung der Produktions- und Verkehrsmittel entsprachen „… die feudalen Eigentumsverhältnisse“ nicht mehr „den schon entwickelten Produktivkräften“. „Sie hemmten die Produktion statt sie zu fördern. Sie mussten gesprengt werden, sie wurden gesprengt“.

Zur zunehmenden Entfaltung kam die kapitalistische Gesellschaft durch die Herausbildung und Entwicklung des kapitalistischen Fabriksystems. Die Teilung und Effektivität der Arbeit vervollkommnete und beschleunigte sich durch den Einsatz von Maschinen und einer neuen revolutionären Antriebstechnologie, die mit der Erfindung und Weiterentwicklung der Dampfmaschine möglich wurde.

Verbunden war dies mit der Veränderung der Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprachen. Produktivkräfte und die Produktionsverhältnisse bestimmen in ihrer Einheit den Charakter der jeweiligen Produktionsweise.

Die ökonomische Struktur der Gesellschaft bestimmt und bedingt die grundlegenden Klassen- und Ausbeutungsverhältnisse. Es entstand infolge der damaligen Entwicklung einerseits ein neuer sozialer Typus des Produzenten, die Arbeiterklasse, das moderne Proletariat, und andererseits entstand eine neue Gruppe von Besitzenden und Reichen, die Klasse der Kapitalisten, die Bourgeoisie – und damit der bis heute grundlegende Widerspruch zwischen „Kapital“ und „Arbeit“.

Die Untersuchung der kapitalistischen Gesellschaft im 19. Jahrhundert zeigte, dass mit der Entwicklung der Produktivkräfte, der Entstehung der großen Industrie usw., durch den wachsenden Einfluss der Arbeiterorganisationen usf. sich die Arbeiterklasse auch selbst veränderte (Größe, unterschiedlicher Bildungsgrad, soziale Differenzierung, Spaltungslinien, politisches Bewusstsein) und sich die Anforderungen an ihre Organisation und Mobilisierung in den Klassenkämpfen jener Zeit veränderten.

Karl Marx und Friedrich Engels arbeiteten zugleich

(b) heraus, was in diesem Zusammenhang das Neue ist in Hinblick auf die Prouktivkraftentwicklung und was die kapitalistische Gesellschaft bestimmt.

Diese unterscheidet sich von allen vorhergehenden Gesellschaftsformationen, die durch ein relativ langsames Wachstum der Produktivkräfte geprägt waren, dadurch, dass – wie Marx und Engels bereits im „Manifest der kommunistischen Partei“ feststellten – die Bourgeoisie nicht existieren kann, „ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren.“

Das ist eine Erkenntnis, die sich nicht nur im 19. Jahrhundert als richtig erwies: Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts dominierte eindeutig der städtische Kapitalismus und mit ihm das Fabriksystem, waren nicht nur neue Industriezweige wie die chemische Großindustrie und die Elektroindustrie entstanden und Großbetriebe mit vielen tausenden Beschäftigten, sondern auch neue Formen des Transports: Erste elektrische Schienenfahrzeuge gab es seit den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts, jedoch erst in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts wurden sie zu Massentransportmitteln. Neue Formen der Kommunikation wie Telegrafie und Telefonie oder die Kinematografie entstanden …

Massenproduktion auch von Konsumgütern am Band wurde möglich.

★

Der zweite Aspekt betrifft die Einschätzung der aktuellen Entwicklungen der Produktivkräfte und die auf dieser Grundlage vor sich gehenden gesellschaftlichen Veränderungen.

Etwa in der Mitte der 50er Jahre des vergangenen Jahrhunderts setzte eine Entwicklung ein, die Voraussetzung für die heute möglichen technisch-technologischen Veränderungen schuf: Die wissenschaftlich-technische Revolution.

Sie betraf Umbrüche in den Informations- und Kommunikationstechnologien, die Automatisierung und Roboterisierung von Produktionsprozessen. In wichtigen Industriezweigen kam es zu entscheidenden Veränderungen in der organischen Zusammensetzung des Kapitals: Der Anteil der lebendigen Arbeit im unmittelbaren Produktionsprozess sank dramatisch, dafür erhöhte sich die Bedeutung von Forschung und Entwicklung, produktionsvorbereitender und unterstützender Arbeiten, so vor allem der Kontrolle und des technischen Supports. Andere Leistungen, darunter auch wichtige für die Reproduktion der Arbeitskraft wurden zunehmend „outgesourct“.

Die sich vollziehenden Veränderungen betrafen aber auch neue Entwicklungen im Werkstoffbereich, die Entwicklung der Nanotechnologie sowie Umbrüche im Genetic Engeneering. Voraussetzungen für die Revolutionierung des Transportwesens entstanden ebenso, wie die wissenschaftlichen und technologischen Voraussetzungen für das „Outsourcing“ und die Internationalisierung von Forschung und Entwicklung, Programmierung, Logistik, Produktion in den Strukturen der großen, weltweit agierenden Konzerne, für die rasche, weltweite Vernetzung der Produktionsprozesse, auch für die Steuerung der Finanzströme.

Dem folgte Anfang der 2000er Jahre – aber nur auf der bisherigen Grundlage möglich – die sogenannte digitale Revolution.

Etwa im Jahr 2002 konnten erstmals mehr Informationen digital als im Analogformat gespeichert werden. D.h. auf Rechnern, auf CD/DVD und anderen elektronischen Speichermedien konnten mehr Daten erfasst werden als in Akten und allen Bibliotheken der Welt.

Die weltweite Telekommunikationskapazität war 1986 erst zu 20 Prozent, 1993 zu zwei Dritteln und im Jahr 2000 zu 98 Prozent digitalisiert.

Möglich wurden Erfolge in der Genom-Entschlüsselung, genauere Voraussagen der Klimaforschung, komplexe Modelle in Physik und Chemie usw.

Das Internet, Smartphones und Tablets, „Social Media“ usw. usf. bestimmen seit nunmehr gut drei Jahrzehnten zunehmend unser Leben.

Das alles hatte gravierende Auswirkungen auf Arbeitsprozesse, auf Bildung und Kultur, auf das Leben der Menschen.

Vieles führte in den vergangenen Jahrzehnten zu Erleichterungen im Arbeitsprozess und in anderen Lebensbereichen. Doch trotz dieser Fortschritte wird immer deutlicher, dass unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen der Widerspruch zwischen den bestehenden Möglichkeiten für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, die sich aus der Entwicklung der Produktivkräfte ergeben, und dem realen Leben der Mehrheit der Menschen sich vertieft und zuspitzt.

Der Kapitalismus gelangte aber auch in den Jahren nach der Niederlage des Sozialismus und auch in der Zeit nach der Jahrtausendwende nicht an die Grenzen seiner ökonomischen Möglichkeiten – sehr wohl aber werden natürliche Grenzen absehbarer …

Wann aber erreicht unter den heutigen Bedingungen oder in den kommenden Jahrzehnten der Widerspruch zwischen Produktivkräften und den Eigentumsverhältnissen jenen von Marx und Engels theoretisch vorausgesagten Höhepunkt, wo die Fesseln gesprengt werden müssen und können? – Wann ist für den Kapitalismus jene „gewisse Stufe“ erreicht, wonach eine Epoche „sozialer Revolution“ eintritt?

Oder ist das Ergebnis der jetzigen Entwicklung die Barbarei?

Einige bürgerliche Ideologen sprechen heute bereits von einem Epochenumbruch – ähnlich der industriellen Revolution im 18./19. Jahrhundert.

In der „Wirtschaftswoche“ hieß es am 1. November vergangenen Jahres in einem Beitrag jedenfalls: „Nun bricht das zweite Maschinenzeitalter an (mit dem ersten ist übrigens der Umbruch gemeint, der die Herausbildung der kapitalistischen Gesellschaft erst ermöglichte: die Industrielle Revolution im 18./19. Jahrhundert – N.H.). Computer und andere digitale Errungenschaften haben auf unsere geistigen Kräfte – die Fähigkeit, mithilfe unseres Gehirns unsere Umwelt zu verstehen und zu gestalten – die gleiche Wirkung wie die Dampfmaschine und ihre Ableger auf die Muskelkraft. Sie ermöglichen uns, frühere Einschränkungen zu überwinden, und führen uns auf Neuland. Wie genau sich diese Umwälzung vollziehen wird, liegt noch im Dunklen, doch ob das neue Maschinenzeitalter die Kurve ebenso drastisch verformt wie Watts Dampfmaschine oder nicht, eine große Sache ist sie allemal.

Um es vorab schon auf den Punkt zu bringen: Die Geisteskraft ist für Fortschritt und Entwicklung – für unsere physische und intellektuelle Fähigkeit, mit uns und der Welt erfolgreich zurechtzukommen – mindestens ebenso wichtig wie die physische Kraft. Ein so kräftiger und ungekannter Impuls für die Geisteskraft sollte der Menschheit daher einen enormen Schub verleihen – genauso wie früher einmal ihr physisches Pendant.“ *(Erik Brynjolfsson/Andrew McAfee, Das zweite Maschinenzeitalter bricht an, in: Wirtschaftswoche, 1.11.2014)*

Und Jeremy Rifkin, Soziologe, Ökonom, Bestsellerautor aus den USA, behauptet gar, dass der Kapitalismus seinem Ende entgegen geht und daraus eine globale, gemeinschaftlich orientierte Gesellschaft erwachse.

Schön wäre es.

★

Der dritte Aspekt sind die konkreten Folgen gegenwärtiger und möglicher künftiger Produktivkraftentwicklungen auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse und die betrieblichen wie gewerkschaftlichen Kampfbedingungen. (…)

Das aktuelle Stichwort lautet „Industrie 4.0“.

„Das Zukunftsprojekt Industrie 4.0 zielt darauf ab, die deutsche Industrie in die Lage zu versetzen, für die Zukunft der Produktion gerüstet zu sein“, kann man auf der Webseite des Bundesministeriums für Bildung und Forschung lesen. Industrieproduktion werde gekennzeichnet sein „durch starke Individualisierung der Produkte unter den Bedingungen einer hoch flexibilisierten (Großserien-) Produktion, die weitgehende Integration von Kunden und Geschäftspartnern in Geschäfts- und Wertschöpfungsprozesse und die Verkopplung von Produktion und hochwertige Dienstleitungen.“ Das ist der Werbeteil.

Werner Eichhorst vom IZA, dem Institut zur Zukunft der Arbeit, nennt diese Entwicklung einen „Prozess der kreativen Zerstörung“.

Welche Veränderungen werden sich vollziehen? Aus unserer Sicht entstehen weitere Differenzierungen und Spaltungslinien in der Arbeiterklasse: In der Qualifikation, in den Arbeitsbedingungen, in der Bezahlung. Arbeitszeiten, Arbeitsrhythmus und Bezahlung werden restlos an die Bedingungen des „Marktes“ angepasst. Völlige „Flexibilität“ ist angesagt, ständige Verfügbarkeit der Arbeitskräfte entsprechend der Nachfrage – möglichst mit hochqualifizierten, vielfältig einsetzbaren, unterbezahlten und ständig abrufbaren „Freelancern“, die wenn nötig, 24 Stunden am Tag und auch von zu Hause aus arbeiten. Alle Errungenschaften, die sich die Arbeiterklasse seit dem 19. Jahrhundert erkämpft hat, würden wegfallen.

(Für die UZ gekürzt durch die Autorin)

PapyRossa Verlag | Luxemburger Str. 202 | 50937 Köln

Inva Kuhn
ANTIMUSLIMISCHER RASSISMUS
Auf Kreuzzug für das Abendland

Antimuslimischer Rassismus, seit Jahren von Politik und Medien geschürt, manifestiert sich inzwischen auf den Straßen des »Abendlandes« sowie im Erstarken rechtspopulistischer Parteien. Kuhn fragt nach seinem innen- und außenpolitischen Nutzen und nach Antworten antirassistischer Politik.

110 Seiten | € 11,90

Jörg Goldberg
DIE EMANZIPATION DES SÜDENS
Die Neuerfindung des Kapitalismus aus Tradition und Weltmarkt

Exemplarische Analysen der chinesischen Ökonomie, des ›Boomkontinents‹ Afrika und Lateinamerikas zeigen, dass deren Aufstieg auch auf traditionellen Regelsystemen fußt, die neoliberalen Modellen des Westens oft überlegen sind.

326 Seiten | € 18,90

Giacomo Notari
IHR PARTISANEN, NEHMT MICH MIT EUCH!
Ein Bericht aus der Resistenza

Als die Wehrmacht 1943 Italien besetzt, schließt sich der 17jährige Notari einer Garibaldi-Brigade an. Nach der Befreiung Italiens heißt es für ihn, politische, kulturelle und ganz praktische Aufbauhilfe zu leisten. Vorwort von Ph. Becher und Chr. Begass, Einleitung von Gerhard Feldbauer.

158 Seiten | € 12,00

Tel.: (02 21) 44 85 45 | www.papyrossa.de | mail@papyrossa.de

Joachim Dörrenbecher
(Jockel)

hat uns kurz vor seinem 65. Geburtstag für immer verlassen.

Wir werden unseren Freund und treuen Genossen stets in guter Erinnerung behalten.

DKP Ludwigshafen am Rhein

Unser guter Freund und Genosse

Reinhold Ages

ist von uns gegangen.

Er stand immer für Frieden,
Völkerverständigung und
Sozialismus. Es verband ihn eine
enge Freundschaft mit der
Deutschen Demokratischen Republik.
Er bleibt uns ein großes Vorbild!

Kathi Koch
Norbert Koch
(Odenthal)

Er war ein Kämpfer, der immer für die
revolutionäre Überwindung des
Kapitalismus eingetreten ist.

Unser Freund und Genosse

Reinhold Ages

ist am 5. März 2015 nach langer schwerer Krankheit im Alter von 85 Jahren verstorben.

Geboren am 11. Januar 1930 in Köln-Riehl, kam Reinhold als Neunjähriger in den Arbeiterstadtteil Kalk, wo er sein ganzes Leben verwurzelt blieb. 76 Jahre engagierte er sich hier im FC Borussia Kalk. Die sportliche Förderung der Jugend lag ihm besonders am Herzen. Im letzten Jahr wurde er hierfür öffentlich geehrt.

1946 wurde er Mitglied der FDJ und der KPD. Im Zuge des KPD-Verbotes durch die Adenauerregierung wurde auch er neun Monate ins Gefängnis gesperrt. Sie konnten ihn nicht brechen. Eine Wiedergutmachung blieb ihm verwehrt. 1968 gehörte Reinhold zu den Mitbegründern der Kölner DKP. Er engagierte sich für den Parteiaufbau in seinem Kalker Veedel. Bis zu seinem Tod war er Vorsitzender der dortigen DKP-Gruppe, zudem lange Jahre Mitglied des Kreisvorstandes Köln, zeitweise stellvertretender Kreisvorsitzender und Mitglied des Bezirksvorstandes Rheinland-Westfalen.

Als Unzählige 1989/90 die DKP verließen und Strukturen zusammenbrachen, war es auch sein Verdienst, dass die DKP in Köln erhalten blieb. Er blieb trotz aller Enttäuschung und vieler Fragen überzeugt von der Notwendigkeit einer sozialistischen Alternative und dass es auch dafür einer wieder stärkeren DKP und des gemeinsamen Handelns aller fortschrittlichen Kräfte bedarf. Als Kommunist pflegte er gute Kontakte zu Sozialdemokraten und anderen in seinem Veedel, war privat vielen Genossen der heutigen Linkspartei in Zwickau und im Vogtland verbunden.

Reinhold war ein bescheidener Mensch, der seine Aufgaben zuverlässig erfüllte, ohne im Mittelpunkt stehen zu wollen. Man konnte sich immer auf ihn verlassen. Sein Tod hinterlässt eine Lücke, die nicht zu schließen ist. Ein Stück Identität der Kölner DKP ist nun mit ihm gegangen.

In Dankbarkeit nehmen wir Abschied von Reinhold.
Unser Mitgefühl gilt Peter, Liane, Marco und der ganzen Familie.

DKP Kreis Köln
DKP Gruppe Kalk (Stadtbezirk 8)
DKP Bezirk Rheinland-Westfalen

Bildungsberatung NRW

Eingeladen sind alle Bildungsverantwortlichen der Bezirke, Kreise und Gruppen aus Ruhr- und Rheinland-Westfalen und an der Bildungsarbeit interessierte Mitglieder beider Bezirke zu einem regionalen Erfahrungsaustausch.

Wie ist der Stand der Realisierung der Beschlüsse zur Bildungsarbeit in den Gruppen und Kreisen?

Welche Hilfestellungen sind nötig für die Restrukturierung der Bildungsarbeit?

Wie kommen die zentralen Bildungsmaterialien in den Kreisen und Gruppen an?

Wie läuft die inhaltliche Qualifizierung der Antragsdebatte für den 21. Parteitag?

Referent und Diskussionspartner:

Dr. Hans-Peter Brenner, stellvertretender Vorsitzender der DKP

Zeit: Sonntag, 29. 3. 2015, 10.00 Uhr
Ort: Essen, Parteivorstand, Hoffnungstraße 18

Anmeldungen erbeten bis Mittwoch, 25. 3. bei der Bundesgeschäftsstelle.

UZ

UZ stärken ... UZ in Aktion ... Dringend

Wir suchen

für die telefonische Werbung von UZ-Abonnentinnen / Abonnenten zielstrebige und freundliche Genossin oder ebensolchen Genossen auf Honorarbasis.

CommPress Verlag GmbH
Nachfragen, Infos und Bewerbungen:
verlag@unsere-zeit.de, Telefon 0251 2652 9640

*** Urlaub in Köln ***

Helferinnen und Helfer für das Festival der Jugend gesucht.
22. bis 25. Mai 2015, Jugendpark, Kölner Rheinwiesen
Die DKP unterstützt das Festival der SDAJ

u.a. mit dem Café K · bei Auf- und Abbau · bei der Versorgung

Kontakt: dkp.pv@t-online.de

Lukowsky – haben Sie Zeit?!

Der Komponist, Musikdozent, Chorleiter, Dirigent Rolf Lukowsky arbeitete lange Jahre mit Ernst Busch zusammen, war auch an den Aufnahmen zu den Aurora-Schallplatten beteiligt.

Am Freitag, dem 20. März 2015 ist er zu Gast in der Ernst Busch Gesellschaft und Helle Panke e.V., 19.30 Uhr
Kopenhagener Straße 9, 1047 Berlin.

Die neue Platte von Bernd Köhler zusammen mit ewo2, dem »kleinen elektronischen weltorchester«. 15, - Euro + Versandkosten - ab Mitte März bei JumpUp. Alle Texte sind lesbar (!) in einem 32-seitige Booklet enthalten.

IN DIESER STRASSE spiegeln sich, gleich einem Zoom aus dem All, die globalen wie die individuellen Themen die unsere Epoche bestimmen. Krieg, Zerstörung, Ringen um Selbstbestimmung, um Menschenwürde, ums Überleben. Eine dezidiert politische und musikalisch außergewöhnliche CD mit vielen privaten Momenten.

jumpup matthias henk, postfach 11 04 47, 28207 bremen
Tel.: 0421 - 49 88 535, Fax.: 0421 - 49 88 535
info@jumpup.de, **www.jump-up.de**

JUMP UP PRODUCTIONS

„... das Kind ohne Geschwister ist übler dran als das mit einem ganzen Haufen von Geschwistern."
Martin Andersen Nexö

Wir gratulieren ganz herzlich zum Zweiten:

Toto und Katrin

zu
Nuri Nadeem

DKP Göttingen

Einladung zur Diskussionsveranstaltung der DKP Baden-Württemberg:

DKP in Aktion – Bilanz ziehen, Neues erkennen, Chancen nutzen – gegen Monopolmacht, Kriegspolitik und Rechtsentwicklung

Zum Entwurf des Leitantrags für den 21. Parteitag der DKP

- Werden die aktuellen Zuspitzungen, national und international, zutreffend eingeschätzt?
- Was kann und soll verbessert werden, ohne ihn zu verwässern?
- Welche Kriterien wollen wir anlegen, um die größtmögliche Klarheit in der Partei zu erreichen?

Vortrag und Diskussion mit Dr. Hans-Peter Brenner, stellvertretender Vorsitzender der DKP

am Sonntag, 22. März 2015
um 11.00 Uhr bis 16.00 Uhr
in Stuttgart-Ost, Restaurant Theater Friedenau, Rotenbergstraße 127

---

www.marxistische-blaetter.de

Friedensbewegung

Neue Herausforderungen – neue Aufgaben

Die Gefahr eines europäischen Krieges wird unterschätzt, Gespräch mit Reiner Braun★**Herausforderungen für die österreichische Friedensbewegung,** Gerald Oberansmayr★**Rüstungskonversion – ein Beitrag zum Frieden,** Anne Rieger★**Menschenrechte versus Völkerrecht,** Norman Paech★**Der dritte Versuch imperiale Größe zu erlangen,** Alexander S. Neu★**Friedensforschung und Friedensbewegung,** Werner Ruf★**Die Welt verändern in Zeiten des Krieges,** Jürgen Meier

Weitere Themen u. a.:
Phillip Becher, Vom Salon auf die Straße: PEGIDA und Co. | **Klaus Wagener**, Zur Situation nach den griechischen Parlamentswahlen | **Lucas Zeise**, Eine Schweizer Fehlentscheidung | **Rainer Perschewski**, Zur Gewerkschafts- und Tarifpolitik in der Deutschen Bahn | **Gerhard Oberkofler**, Aus der Emigration zurück in die deutsche Wirklichkeit | **Wilma Ruth Albrecht**, Rosa Luxemburgs Kunstverständnis: Am Beispiel der Malerei | **Richard Albrecht**, Junius und Genossen – Lenins Kritik der Junius-Broschüre | Dokumentation: 70 Jahre nach der Befreiung von Faschismus und Krieg – Für eine neue Entspannungspolitik, nein zur Vorbereitung auf den Krieg!

Einzelpreis 9,50 €
Jahresabo 48,00 €
ermäßigtes Abo 32,00 €

Neue Impulse Verlag

Hoffnungstraße 18
45127 Essen
Tel.: 0201-23 67 57

DKP Berlin lädt herzlich ein zur
Anti-Kriegs-Revue

BOMBEN STIMMUNG

Samstag, den 14. März 2015
15.00 Uhr, Einlass ab 14 Uhr

Habbema Bühne der Peter-Hacks-Gesellschaft
10405 Berlin, Mülhauser Str. 6 – Hofgebäude/Ecke Prenzlauer Allee
Eintritt frei, Spenden sind erwünscht

UZ **SHOP**

8. MAI – TAG DER BEFREIUNG
70 JAHRE – СПАСИБО!

Kapuzenpullover	(Elfenbein + Rot auf Schwarz)	24,- €
T-Shirt	(Elfenbein + Rot auf Schwarz)	14,- €
Girlie Shirt	(Elfenbein + Rot auf Schwarz)	14,- €
Kaffeebecher	(Aufdruck auf rotem Becher)	7,- €
Button	(Elfenbein + Rot auf Schwarz)	2,- €

Auch als T-Shirt oder Girlie-Shirt

CommPress Verlag GmbH . Hoffnungstraße 18 . 45127 Essen
E-Mail: info@unsere-zeit.de
Alle Preise inkl MWSt. + 2,- Porto (auf die gesamte Bestellung)

Entschleunigung:
Ruhe & Natur satt im Müritz-Nationalpark. 2 FeWo je 2–3 Pers. ganzjährig in Kratzeburg-Granzin. Havel & Havelseen, Boot & Rad.
Info: www.trinogga.de
Tel.: 0331/870796 (AB)

Urlaub im Lotsenhaus an der Ostsee

(14 km von Stralsund)
3 komfortable Fe.-Wo.

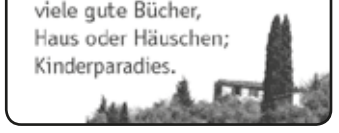
Erich und Michaela Bartels
Näheres: Tel. 03831 – 459 366
www.ferien-im-lotsenhaus.de

Urlaub im schönen Havelland

– wald- und wasserreich – Nähe Berlin-Spandau preiswerte Ferienwohnung für 5 Personen (2 Zimmer, Wohnküche – Herd, Kühlschrank, Bad, Dusche, WC). Preis nach Vereinbarung. Näheres Tel./Fax: 033 231/60661

Toskana, nah am Meer
www.toskana-biohof.de | 0039. 0566. 81478

Ökohof im Olivenhain,
weiter Blick, Stille;
große helle Zimmer,
viele gute Bücher,
Haus oder Häuschen;
Kinderparadies.



Frauen haben ihre Sache in die eigene Hand genommen

Betr.: „Warum der 8. März und kein anderes Datum?“
UZ vom 6. März 2015, S. 10.

Am 8. März 1857 traten Textilarbeiterinnen in New York in einen Streik. Im selben Jahr demonstrierten weitere Textil- und Tabakarbeiterinnen.

Am 8. März 1908 traten Arbeiterinnen der Textilfabrik Cotton in New York in den Streik. Sie wurden im Auftrag des Fabrikanten in der Fabrik eingeschlossen, in der ein Brand ausbrach. 129 Arbeiterinnen starben in den Flammen.

Am 8. März 1913 demonstrierten Frauen in ganz Europa für den Weltfrieden.

Am 8. März 1917 begann der große Textilarbeiterinnen-Streik in St. Petersburg, der auf andere Sektoren übergriff und eine große Arbeiterinnendemonstration auslöste. Diese Kämpfe lösten den Beginn der „Februarrevolution“ aus.

Nach dem Beschluss auf der II. Sozialistischen Frauenkonferenz 1910 in Kopenhagen wird der Internationale Frauentag zum ersten Mal am 19. März 1911 in verschieden Ländern durchgeführt. Das Datum wählten die Arbeiterinnen zunächst in Erinnerung an die Frauen der Pariser Commune.

Das vordringliche Ziel ist das Wahlrecht für Frauen. Der erste Frauentag war ein voller Erfolg – allein in Berlin beteiligen sich an 42 Versammlungen 45 000 Frauen.

Lange vor 1918 lassen die Forderungen der Frauen ihre Lebenslage offen zutage treten: Kampf gegen das reaktionäre Versammlungsrecht, Wahl- und Stimmrecht für Frauen, gleicher Lohn bei gleicher Arbeit, kürzere Arbeitszeiten ohne Lohneinbußen, Arbeitsschutzgesetze, ausreichender Mutter- und Kinderschutz, Festsetzung von Mindestlöhnen, Kampf gegen den imperialistischen Krieg.

Einige der Forderungen wurden mit der Novemberrevolution Realität. Kurze Zeit später begannen reaktionäre Elemente mit dem Kapp-Putsch, das Erreichte zurückzudrehen. In der Weimarer Republik ging es bereits spürbar um Existenzielles: Die Forderung war Senkung der Lebensmittelpreise und nach Schulspeisung. Weitere Forderungen waren umfassender Mutterschutz sowie Streichung des $ 218 StGB. Die Verelendung der Massen trieb Frauen millionenfach in die Arme von „Engelmacherinnen“.

Warum führe ich das aus? Es war die eigene Lage der Frauen in der Arbeiterklasse, die zu Forderungen führte, die aus Gemeinden, aus Städten kamen und anwuchsen zu dem einen großen Ziel, abzuschütteln, was unerträglich geworden war.

Genosse Münchow schreibt zum Schluss: „Der 8. März ist nicht von der Oktoberrevolution und ihrem Widerhall zu trennen.“

Ich halte dagegen: Der 8. März ist nicht von den Frauen, ihren Forderungen und den Kämpfen zu trennen, die zu ihrer Durchsetzung geführt werden mussten. Sie haben ganz einfach ihre Sache in die eigene Hand genommen! Die weltweite technische Umwälzung, die auch die Frauen in den Produktionsprozess geworfen hat, ließ sie ihre Lage erkennen und erzeugte den Willen zur Änderung. Und so haben weltweit Frauen mit ihren Kämpfen dazu beigetragen ein Klima zu erzeugen, in dem es möglich wurde „sich aus dem Elend zu erlösen“. Das erst war die Situation, die eine Revolution denkbar und in Russland Wirklichkeit werden ließ.

Die Oktoberrevolution ist der Widerhall unendlich vieler Kämpfe, die unendlich viele GenossInnen lange vorher führen mussten …

1921 wurde auf Beschluss der 2. Kommunistischen Frauenkonferenz der 8. März als Internationaler Frauentag festgelegt.

Heide Janicki, Braunschweig

Zur theoretischen Konferenz

UZ vom 27. 2. 2015 und 6. 3. 2015

Brenner/Steigerwald befassten sich in ihrer 2010 (!) veröffentlichten Broschüre „Revisionismus“ mit inneren Auseinandersetzungen in der DKP und widersprachen, dass die Parteiführung auf ein „revisionistisches Parteikonzept“ orientiere. Aus aktuellem Anlass möchte ich folgendes zitieren: „Aber warum wird, wenn ‚offensiv‘, Huar und andere von ‚marxistisch-leninistischer‘ Partei sprechen, inhaltlich nichts gesagt? Ist dies Ausdruck ihrer Sprachlosigkeit? Nein, sie setzen voraus, dass man weiß, was gemeint ist, und in der Tat, wir wissen, was gemeint ist: Der Parteitypus der Stalin-Zeit.“

Rolf Priemer, Bonn

Irrungen

Leserbrief zum Leserbrief von Udo Paulus, UZ vom 6. März 2015, S. 15

Wäre massenhafter öffentlicher Jubel an Wahlabenden ein zuverlässiger Indikator dafür, dass die Arbeiterklasse sich selbst als Akteur der Veränderungen verstanden habe, dann müsste das nach meinem Erleben 1981 in Iraklion beim haushohen Wahlsieg der PASOK so gewesen sein. 100 000 von 400 000 Kretern jubelten in Iraklion Papandreou zu, der „Raus aus der EG, aus der NATO und raus mit den US-Stützpunkten“ versprochen hatte. Die KKE bekam rund 12 Prozent, die aus der Spaltung 1968 hervorgegangene KKE tou Esoterikoú auch einige Prozent. Jahre später erlebte ich in Athen volle Straßen, die PASOK hatte erneut haushoch gewonnen. Jetzt schrieb ein Genosse von Syriza: „Den Menschen wurden das Lächeln und die Hoffnung zurückgegeben“.

Ein Vertreter der KKE hatte vor Jahren bei einer Bezirksmitgliederversammlung im Rheinland die Zerschlagung der EL als Voraussetzung für den Sieg der Arbeiterklasse bezeichnet. Udo Paulus beschrieb Syriza am 6.2.15 als eine Option der Bourgeoisie, die diese der griechischen Arbeiterklasse als Ersatz für die PASOK angeboten habe. Die KKE bezeichnete jüngst neben der CPUSA die Partei der Europäischen Linken, zu der Syriza gehört, als „Strandgut des Klassenkampfes“. Jetzt Tsipras vorzuwerfen, dass er sich die Frage nach einem Bündnis mit der KKE verbeten habe, erscheint mir da grotesk. Das träfe dann auch uns, wiesen wir doch vor Jahren nach uns ausgestreckte Fühler einer MLPD zurück, die uns nach wie vor als Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterklasse betitelt.

Die Gleichsetzung von ANEL und AfD wurde bei uns zuerst von den großbürgerlichen Medien inklusive der Pegida-Versteher betrieben und in sich links definierende Kreise übernommen. Der Nationalismus der ANEL richtet sich aus gutem Grund gegen die u.a. von Merkel und Schäuble betriebene Politik, ein Vergleich mit dem hierzulande geschürten Nationalismus gegen die „faulen Griechen“ die „auf unsere Kosten gut leben“ verbietet sich. Eine Liebesheirat war die Koalition nicht, aber eine mit den Kleptokraten von Nea Dimokratia oder PASOK oder die EU-freundliche To Potami kamen ja noch weniger in Frage. Und sagen „Tschüss, das war's dann“ ja wohl auch nicht.

Der Wahlsieg von Syriza, die Rückkehr von Lächeln und Hoffnung, wie ein Syriza-Genosse jüngst schrieb, sind Früchte einer breiten Bewegung gegen die Verelendungspolitik. Die EU-Bourgeoisie begreift, dass das eine Veränderung der Kräfteverhältnisse einläuten könnte. Das zu befördern ist unsere Aufgabe, z.B. dafür zu kämpfen, dass Deutschland seine Kriegsschulden begleicht. „Revolutionäre“ Rezepte, die bei den realen Machtverhältnissen dazu führten, dass in Griechenland in Kürze kein Euro mehr aus Geldautomaten käme, mangels Erdöl kein Strom mehr aus der Steckdose und die Lebensmittelgeschäfte leer wären, könnten zu Situationen wie in Chile 1973 führen, oder zu einer komplizierten wie jetzt in Venezuela, wo durch den Ölpreiskrieg zunehmend die Mittel für Sozialprogramme etc. fehlen und faschistische Kräfte sich das zunutze machen wollen.

Volker Metzroth, Bad Kreuznach

Wir bitten darum, uns kurze Leserzuschriften zuzusenden. Sie sollten unter der Länge von einer Spalte bleiben. Die Redaktion behält sich außerdem vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die Redaktion

termine@unsere-zeit.de

FR ★ 13. MÄRZ

Oldenburg: „Euro-Krise, USA, TTIP, islamistischer Terror, drohende Haltung des ‚Westens“ gegenüber Russland – die Krise ist das Lebenselexier des Imperialismus.“ Veranstaltung der DKP Oldenburg mit Hans-Peter Brenner, stellvertretender Vorsitzender der DKP. Büro der Linkspartei, Kaiserstraße 19, 19.30 Uhr.

München: „Auf den Spuren der slowenischen Partisanen“ , ein antifaschistischer Reisebericht in Bildern von Ernest Kaltenegger. Veranstalter: VVN-BdA, Freidenker, AK Aktiv gegen Rechts in ver.di, GEW-SV München, ver.di Jugend München. DGB-Haus, Schwanthalerstraße 64, 18.00 Uhr.

Schweinfurt: Jahreshauptversammlung der DKP Gruppe Schweinfurt/Haßberge. Gabelsbergerstraße 1, 19.00 Uhr.

Lübeck: Jahreshauptversammlung der DKP Lübeck. Interkulturelle Begegnungsstätte e. V. (IKB) „Haus der Kulturen“ , 19.30 Uhr.

MO ★ 16. MÄRZ

Dortmund: Jahreshauptversammlung der DKP-Gruppe Dortmund-Nord. Z, Oesterholzstraße 27, 19.30 Uhr.

DI ★ 17. MÄRZ

Rostock: Roter Stammtisch der DKP. Café Maya, Wismarsche Straße 21, 19.00 Uhr.

Dortmund: Jahreshauptversammlung der DKP-Gruppe Dortmund-Ost. Lenteninsel, 19.00 Uhr.

MI ★ 18. MÄRZ

München: Internationale Zusammenarbeit (PV-Antrag) und Diskussion über die Lage in Griechenland. Veranstaltung des DKP-Betriebsaktivs München. KommTreff, Holzapfelstraße 3, 19.00 Uhr.

SA ★ 21. MÄRZ

Eschborn: Festveranstaltung zum 90. Geburtstag von Robert Steigerwald. Es sprechen u. a. die Philosophen Prof. András Gedö, Prof. Alfred Kosing, Dr. Manfred Lauermann und Dr. Arnold Schölzel (Chefredakteur jW), Prof. Gretchen Binus und Willi Gerns (Marxistische Blätter), der Historiker Prof. Heinz Karl; der DKP-Parteivorsitzende Patrik Köbele, eine Vertreterin der SDAJ. Grußworte u. a. von Willi van Ooyen, Fraktionsvorsitzender der Partei „Die Linke“ im Hessischen Landtag, und vom Bürgermeister der Stadt Eschborn. Einen literarisch-musikalischen Beitrag wird Erich Schaffner beisteuern. Ratssaal der Stadt Eschborn/Ts., Rathausplatz 36, 11.00 Uhr.

München: Seminar des DKP-Betriebsaktivs München zur marxistischen politischen Ökonomie und Stamokap. Nähere Infos über Ort und Vorbereitung: Tel.: 089/44 839.

SO H 22. MÄRZ

Hagen: Ehrung der Märzgefallenen im Kapp-Putsch. Veranstaltung der DKP Hagen. Remberg-Friedhof, 11.00 Uhr.

Barhöft: „Antifaschismus – was heißt das heute?“ Bildungswochenende der DKP Mecklenburg-Vorpommern. Infos und Anmeldung: www.dkp-mv.de/bildung, bildung@dkp-mv.de.

MI ★ 25. MÄRZ

München: Treff der Ostgruppe der DKP München. KommTreff, Holzapfelstraße 3, 19.00 Uhr.

SO ★ 29. MÄRZ

Bochum: Kranzniederlegung der VVN-BdA am Denkmal der Kämpfer gegen Reaktion und Faschismus in Bochum-Werne. Die Gedenkrede hält Katharina Schwabedissen, Sprecherin der LISA (Linke sozialistische Arbeitsgemeinschaft Frauen) in NRW. Treffpunkt Marktplatz in Bochum-Werne, 11.00 Uhr.

MO ★ 30. MÄRZ

Berlin: „Victor Grossman crossing the river - Vom Broadway zur Karl-Marx-Allee.“ Veranstaltung mit Victor Grossman und Wiljo Heinen (Verlag Wiljo Heinen) in Zusammenarbeit mit der DKP-Pankow. Kultur- und Schankwirtschaft BAIZ, Schönhauser Allee 26 a, Berlin Prenzlauer Berg,19.00 Uhr.

Köppern: Gedenkveranstaltung der DKP Hochtaunus für die vor siebzig Jahren ermordeten Zwangsarbeiter. Waldfriedhof Köppern, 17.30 Uhr.

Terminankündigungen

von Gliederungen der DKP gehören auch in die UZ! Bitte so schnell wie möglich, spätestens am Freitag eine Woche vor dem Erscheinungstermin der entsprechenden Ausgabe der UZ, möglichst auch mit Angabe des Themas der Veranstaltung an termine@unsere-zeit.de oder UZ-Redaktion, Hoffnungstraße 18, 45 127 Essen.

Der Kampffonds der DKP – die erste Spendenadresse für Kommunistinnen und Kommunisten!

Kontoinhaber: DKP Parteivorstand
Konto Nr.: 4002 487 502
GLS Bank Bochum
BLZ 430 609 67
IBAN: DE36 4306 0967 4002 4875 02
Stichwort: Spende für die DKP

DKP KAMPFFONDS

UZ Jetzt abonnieren und Prämie sichern!

Hiermit abonniere ich die UZ – Wochenzeitung der DKP. Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr, wenn es nicht spätestens 6 Wochen vor Ende des Bezugszeitraums gekündigt wird. (Bitte eine Aboprämie auswählen)

☐ **NEU! 3 - Monats - Abo zum Kennenlernen (Sonderpreis 10,- €)**

☐ Jahresabo (Preis nach eigenem Ermessen)
- ☐ Normalabo (126,- € / Jahr)
- ☐ Ermäßigter Preis (72,- € / Jahr)
- ☐ Förderabo (mindestens 160,- € / Jahr)*

Ich zahle mein UZ-Abonnement
☐ monatlich ☐ vierteljährlich ☐ halbjährlich ☐ jährlich

*Alle Preise inkl MwSt. und Versand (Sie sparen bis 6,- € pro Jahr durch die Erteilung einer Einzugsermächtigung).

Ihre Prämie für ein Jahresabonnement (bitte ankreuzen)

Harald Neubert: Europäische Nachkriegsordnung (Buch, 300 S.)
☐

Ihre Prämie für ein 3-Monats-Abo (bitte ankreuzen)

Josef Schleifstein: Einführung in das Studium von Marx, Engels und Lenin (Buch, 165 S.)
☐

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Telefon, E-Mail

☐ **Einzugsermächtigung / SEPA-Lastschriftmandat**

KTO / IBAN

BLZ / BIC

Datum, Unterschrift:

Coupon einsenden oder per Mail schicken: CommPress Verlag GmbH . Hoffnungstraße 18 . 45127 Essen . E-Mail: info@unsere-zeit.de

Impressum

unsere zeit (UZ) – Zeitung der DKP (ISSN 0943–4216)

Herausgeber:
Parteivorstand der DKP
Erscheint wöchentlich

Redaktion:
Nina Hager (0201/1778–8914, Chefredakteurin, v. i. S. d. P.), Paul Kranefeld, Manfred Idler, Olaf Matthes, Lars Mörking, Werner Sarbok

Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernehmen allein die Autor/inn/en die Verantwortung. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden.

Telefon: 0201/225447
Internet: www.unsere-zeit.de
E-Mail: redaktion@unsere-zeit.de

Anschrift der Redaktion
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen

Druck
Union Druckerei Berlin GmbH

Verlag
CommPress Verlag GmbH
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
Geschäftsführer: August Ballin
Telefon: 0201/177889-23/26
Fax: 0201/177889-28
E-Mail: info@unsere-zeit.de

Abo-Service und Anzeigenbetreuung
Walter Herbster/Ben Richter
Telefon: 0201/177889-23/26
Fax: 0201/177889-28
E-Mail: info@unsere-zeit.de

Anzeigenschluss
Jeweils Montag, 12.00 Uhr
(für die kommende Ausgabe).

Bankverbindung
Postbank Köln (BLZ 370 100 50)
Konto-Nr.: 417099507
IBAN: DE34 3701 0050 0417 0995 07
BIC: PBNKDEFF

Spendenkonten des DKP-Parteivorstandes:

Für zentrale Arbeit:
GLS Bank, Bochum, BLZ 430 609 67, Konto-Nr. 400 248 7500
IBAN: DE90 4306 0967 4002 4875 00, BIC: GENODEM1GLS
Für internationale Solidarität:
Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Konto-Nr. 253 525 502
IBAN: DE93 3701 0050 0253 5255 02, BIC: PBNKDEFF

Meine progressive Woche

Vom 28. Februar bis 6. März

Dienstag

Es ist noch keine sechs Jahre her, dass man uns erzählt hat, Maria-Elisabeth Schaeffler habe 92,4 Prozent ihres Vermögens beim Übernahme-Poker um die Continental AG verloren.

Jetzt wissen wir, dass ihr Sohn Georg das „verlorene" Vermögen gefunden hat – vielleicht beim Buddeln im familieneigenen Sandkasten oder beim Aufräumen im Heizungskeller. Und schwupps sind die Schaefflers wieder reich, so reich, dass Georg mit 26 Mrd. Euro der reichste Deutsche ist – unter uns, die Schaefflers waren immer reich. Zumindest seit Oktober 1940, als die Brüder Schaeffler die jüdische Firma Frank im Zuge der Arisierung übernahmen. Erst ein Jahr später wurde Maria-Elisabeth Kurssa in Prag geboren, die später Georg Schaeffler heiraten sollte. Papa Kurssa machte ein schönes Vermögen im Protektorat Böhmen-Mähren. Eigentlich schade, dass die Familie 1945 vor der anrückenden Roten Armee nach Wien flüchten konnte, äh musste. Später wurde Kurssa – in Abwesenheit sozusagen – enteignet. Aber die US-Armee sprang ein und machte Kurssa zum Finanzberater in ihrem Wiener Hauptquartier, danach wurde der arme Mann Generaldirektor der Ersten Allgemeinen Versicherungs AG und deren Nachfolgerin Generali.

Wie deutsche Vermögen halt so entstehen, verloren gehen und plötzlich wieder da sind.

Donnerstag

Der IS hat anscheinend begonnen die jahrtausendealten Überreste des assyrischen Nimrod zu zerstören. Ein barbarischer Akt fürwahr.

Die traditionsreiche Kultur-Redaktion von BLÖD ist empört. An einer solchen Empörung fehlte es dort im Jahre 2003, als die USA und die anderen Räuber der „Staatengemeinschaft", den Irak völkerrechtswidrig überfielen.

Wir zitieren das Internet-Lexikon wikipedia: „Im Gefolge der amerikanischen Eroberung Bagdads wurden zahlreiche Kulturgüter der Stadt und des ganzen Landes mit seiner reichen Geschichte zerstört … Dabei sind erstrangige Zeugnisse der jahrtausendealten Geschichte der Kulturen im Zweistromland verloren gegangen oder beschädigt worden. Vieles verschwand im illegalen Kunsthandel … Auch durch die Kriegshandlungen selbst wurden einzelne Fundstätten verwüstet oder stark in Mitleidenschaft gezogen (siehe auch Nimrod)."

Wenn man dann noch bedenkt, wer den IS überhaupt erst geschaffen hat, können wir konstatieren: Nimrod ist im dritten Jahrtausend (bisher) zweimal von den gleichen Barbaren attackiert worden.

Freitag

Nehmen wir einmal an, ich hätte eine Stammkneipe. Dann würde ich mich vielleicht jeden Freitagabend dort einfinden. Die Hütte wäre voll und man könnte bei lecker Kölsch mit den Einheimischen reden, die gegenüber Imis (Zugezogenen) wie mir nachsichtiges Interesse zeigen. So könnte das sein, so war das schon oft.

Heute sitzen meine Begleitung und ich völlig allein, außer der Belegschaft natürlich, in der Kneipe. Der Wirt, Kleinbürger durch und durch, will nicht glauben, dass das daran liegt, dass das angeschlossene Hotel komplett und mittelfristig von der Stadtverwaltung angemietet worden ist – für die Unterbringung von Flüchtlingen.

Adi Reiher

650 Arbeiter sollen draußen bleiben

Foto: Daimler

In Düsseldorf soll der Mercedes-Transporter vom Typ Sprinter in Zukunft nicht mehr gebaut werden. Der neue Produktionsstandort entsteht in Charleston im Bundesstaat South Carolina, USA. Die Entscheidung haben Volker Mornhinweg, Leiter der Mercedes-Transporter-Sparte, und Nikki Haley, Gouverneurin des Bundesstaates South Carolina am 6. 3. in Charleston bekanntgegeben. Daimler will in den nächsten Jahren rund eine halbe Milliarde Dollar in den Aufbau des neuen Sprinterwerkes investieren. „Durch die Fahrzeuge ‚Made in USA' können wir die wachsende Nachfrage der nordamerikanischen Kunden künftig deutlich wirtschaftlicher bedienen und unsere Lieferzeiten um ein Vielfaches reduzieren," sagte Mornhinweg. Der Grundstein soll 2016 gelegt werden. Das neue Werk ist mehr als 800 000 Quadratmeter groß. Es entstehen rund 1300 neue Jobs.
Bislang waren die Sprinter für den US-Markt im Daimler-Werk in Düsseldorf produziert worden. Mercedes-Benz lieferte im vergangenen Jahr 26 000 Sprinter von dort an US-Kunden. Damit ist Amerika der zweitgrößte Markt hinter Deutschland. Im Zuge der Verlagerung fallen in Düsseldorf zehn Prozent der Stellen weg. In den nächsten Jahren sollen 650 der insgesamt 65 00 Mitarbeiter dort durch Abfindungen dazu bewegt werden, das Unternehmen zu verlassen, hatte Daimler im Dezember angekündigt. Außerhalb Deutschlands wird der Transporter noch in Argentinien, China und Russland gefertigt.

Das Abkommen von Varkiza

Griechenland Februar 1945. Teil 4

Als Winston Churchill am 1. Weihnachtstag 1944 überraschend im umkämpften Athen eintraf, wurde das nicht nur in Griechenland als Sensation empfunden. Churchills Reise unterstreicht die strategische Wichtigkeit, die der britische Alliierte dem Land im östlichen Mittelmeer am Ende des Zweiten Weltkrieges zumaß.

Es begann die sogenannte Weihnachtskonferenz. An der ersten Sitzung, am 25. 12. 1944 nahmen Churchill, Eden, McMillan, die Generäle Alexander und Scobie, der US-Botschafter MacVeagh, der Leiter der sowjetischen Militärmission Popov, der französiche Gesandte Baelen und von griechischer Seite die führenden Politiker der bürgerlichen Parteien sowie der EAM (Befreiungsfront) und der ELAS (Befreiungsarmee) teil.

Churchill – kam, sah und sprach.

Zu Beginn hielt Winston Churchill eine Rede, die MacVeagh als „versöhnlich" nach Washington meldete. Churchill wünschte im Namen seiner Regierung Frieden, allerdings nicht bedingungslos, trat für freie Wahlen und ein Plebiszit über die Staatsform (Monarchie?) ein. Außerdem wolle Großbritannien zum Wiederaufbau beitragen. Er betonte, dass die britische Politik von Stalin und Roosevelt unterstützt werde. Danach ließ man die Griechen allein.

Nach zwei Tagen Verhandlungen scheiterte die Konferenz sang- und klanglos. Keine der beiden Seiten rückte entscheidend von ihren Forderungen ab. Es befremdet, dass die britische Seite nicht an den Verhandlungen teilnahm, obwohl sie geostrategisch und militärisch so stark involviert war. Die griechischen Kommunisten sprachen von einer „Komödie". Diese wurde dann aber nicht nur für die Griechen, sondern auch für die sowjetischen und amerikanischen Alliierten aufgeführt. Dafür spricht auch, dass Churchill die Führer der EAM/ELAS nicht persönlich empfangen wollte.

Nach dem Scheitern der Verhandlungen ging die Schlacht um Athen mit unverminderter Härte weiter. Schritt für Schritt erlangten die britischen Kräfte die Oberhand. Während die ELAS im übrigen Griechenland erfolgreich kämpfte und die bürgerlichen Partisanen der EDES entscheidend schlug, musste sie sich Anfang Januar 1945 aus Athen zurückziehen. Schlimmer als die militärische Niederlage wog das schwindende Vertrauen bei Teilen der griechischen Bevölkerung. Dabei spielte eine geschickte Propagandakampagne der bürgerlichen Politiker und der Briten über angebliche Gräueltaten der Partisanen eine wesentliche Rolle – neben den ausbleibenden militärischen Erfolgen natürlich.

Nach einer umfassenden Lagebeurteilung und teilweise heftigen Diskussionen entschloss sich die ELAS-Führung Waffenstillstandsverhandlungen aufzunehmen. Angesichts der geschwächten Lage der Befreiungsfront, konnten die Briten für sie vorteilhafte Bedingungen durchsetzen. Die ELAS musste große Teile Griechenlands räumen. Außerdem wurden ein Gefangenenaustausch und die unverzügliche Aufnahme politischer Gespräche zwischen den griechischen Parteien beschlossen.

Im Ergebnis der Schlacht um Athen hatten die fortschrittlichen Kräfte ein Viertel ihrer Streitkräfte eingebüßt, sie kontrollierten nur noch die Hälfte des griechischen Territoriums mit einem Drittel der Bevölkerung. Die Parteiorganisationen der KKE in Athen und Piräus waren stark geschwächt. Andererseits verfügte die ELAS noch über mindestens 40 000 Kämpfer und Munition für sechs Monate.

In den folgenden Wochen sondierten ELAS, EAM und KKE ihre Möglichkeiten, dabei nahmen sie auch Kontakt zu Tito und Dimitrov auf. Am 2. Februar 1945 begannen die Verhandlungen in Varkiza, einem kleinen Badeort in der Nähe von Athen. **AR**

Fortsetzung in der nächsten Ausgabe

Grobiane und Phantome

Satirischer Rückblick auf den Februar 2015

Nach den Patriotischen Europäern gegen die Islamisierung des Abendlands eine neue Buchstaben-Häufung: Engagierte Demokraten gegen die Amerikanisierung Europas – ENDGAME. Das Endspiel? Nicht doch! Es fehlen doch noch „Demokraten gegen Putin" – DEGEPU, und „Aktive Nationalisten laufen Amok" – ANALA.

Kommt sicher alles noch auf uns zu. Aber keine Panik: Laut einer Studie des „Forschungsverbunds SED-Staat" denkt jeder Dritte, der Kapitalismus führe zwangsläufig zu Armut und Hunger, 37 Prozent assoziieren ihn mit kriegerischen Auseinandersetzungen. Knapp 30 Prozent gaben an, sie könnten sich echte Demokratie nur ohne Kapitalismus vorstellen, und 20 Prozent votierten gar für eine Revolution. Knapp 60 Prozent der Ostdeutschen und 37 Prozent der Westdeutschen halten Sozialismus für eine prinzipiell gute Idee. Für eine Revolution einzutreten halten sie aber offenbar nicht für eine gute Idee. Sodass in der „Welt" erleichtert festgestellt werden kann: „Bemerkenswert ist, wie wenig diese Schwärmerei dem Wirtschaftsstandort schadet."

„Geld hat man zu haben"

Unser Wirtschaftsstandort wird allerdings gefährdet, wenn „Grobiane am Werk (sind), Halbstarke ohne Manieren!" Die Griechen natürlich. „Es zeigt sich doch, dass sie offensichtlich überhaupt keinen Plan haben, sondern nach dem Motto „Frechheit siegt" versuchen, Druck auszuüben, sich aufführen wie die Halbstarken und dann hoffen, dass alle am Schluss froh sind, wenn sie irgendwie zu irgendwas sich bereit erklären." Sagte Hans-Peter Friedrich (CSU) nach dem Scheitern der Euro-Gruppen-Gespräche mit Griechenland.

Aber es kommt etwas anders. Hieß es nach dem 12. Februar noch: „Wir haben nicht genug Fortschritte erzielt, um eine gemeinsame Erklärung abzugeben", gab es dann doch eine Einigung: Die EZB genehmigt weiterhin Kredite für Griechenland und in den nächsten vier Monaten soll die griechische Regierung ihre eigenen Spar- und Reformpläne umsetzen. Das ist kein Durchbruch – aber eine Verlängerung der Hängepartie ist immerhin kein Rausschmiss und kein Putsch – beide Optionen sind einer beobachtenden Haltung gewichen. Nach dem Motto: „Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit", wie Volker Kauder, Fraktionschef der Union, so schön sagte. Er bezieht das nur auf die Griechen. Aber auch die schwarze Null Schäuble musste einsehen, dass die Griechen eine Alternative vorgelegt haben zu seiner „alternatvilosen" Kaputtspar-Manie.

Bisher ging es ja nach der Devise: „Geld hat man zu haben" (so die Richterin des Bundesgerichtshofs Karin Milger als Begründung, weshalb der Rauswurf eines Hartz-IV-Beziehers aus seiner Wohnung gerechtfertigt sei).

Da wurde großzügig hinweggesehen über die 60 Prozent arbeitslosen griechischen Jugendlichen, über die 30 Prozent, die nicht mehr krankenversichert sind, und den Zusammenbruch des Gesundheitswesens und der öffentlichen Bildung in Griechenland. Jetzt nimmt man doch immerhin Rücksicht auf deren empfindlichen Nationalstolz: „Wir nennen die ‚Troika' aus Rücksicht auf unsere griechischen Freunde neuerdings nicht mehr ‚Troika', sondern ‚Die Institutionen'" erklärte Martin Jäger, Sprecher des Bundesfinanzministeriums. Oder auch „TIFKAT" „The Institutions formerly known as Troika".

★

In Freiburg wollten die Nazis demonstrieren, am gleichen Samstag gab es ein Bundesligaspiel Freiburg gegen Eintracht Frankfurt. Deren Fans und die Nazis wollte die Polizei auseinanderhalten und stoppte daher in Karlsruhe die Nazis. Sie sollten nicht den gleichen Zug benutzen wie die Frankfurter Ultras, sondern den nächsten Zug nehmen. Sie nahmen dann auch den nächsten Zug – nur der fuhr in die entgegengesetzte Richtung, und so kamen die Nazis nicht in Freiburg an, die Gegendemonstranten warteten vergebens.

Nicht vergebens war das Warten auf Klartext: „ISIS wurde durch finanzielle Unterstützung von unseren Freunden und Verbündeten geschaffen. Dafür haben sie Eiferer und religiöse Fundamentalisten rekrutiert, damit sie bis zum Tod gegen die Hisbollah kämpfen." Der ehemalige Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte Europa, Clark Wesley, bei CNN. Merke: Auch wenn du unter Verfolgungswahn leidest, heißt das nicht, dass sie nicht hinter dir her sind!

Jane Zahn

Der rote Kanal

Mein Bauch gehört mir
Der arte-Themenabend beginnt mit der Dokumentation „Abtreibung – ein Menschenrecht", in der die Lebenswirklichkeit der Frauen in Deutschland, Frankreich und Polen im Hinblick auf die unterschiedlichen Abtreibungs-Gesetze untersucht wird. Es folgt die Dokumentation „Tabu Abtreibung", mit der ein Raum geschaffen werden soll, in dem Frauen nach einer Abtreibung ihre Gefühle teilen können.
Di., 17. 3., 21.50–23.35 Uhr, arte

***Frankreich und die deutsche Besatzungszeit*, F 2012**
Der deutsche Erbfeind verhält sich zunächst „anständiger" als viele Franzosen vermutet hatten – entgegen den Gräuelgeschichten aus dem 1. Weltkrieg, die das Deutschenbild jenseits des Rhein bestimmten. Dass sie es mit Nazis zu tun haben, macht für sie keinen Unterschied. Viele sind auch ein Jahr nach Beginn der Besatzung der Ansicht, die deutschen Soldaten machten einfach ihre Arbeit, ohne groß zu stören. Aber angesichts der zunehmenden Plünderungen und der Hinrichtungen von Geiseln als Antwort auf die gegen die Besatzungstruppen verübten Attentate öffnet sich allmählich eine tiefe Kluft zwischen Besatzern und Besetzten.
Di., 17. 3., 23.35–1.25 Uhr, arte